Nr. 82
7. Dezember 1989
INTERIM
auswärts
2,50 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2 DM

VORWORT

Es ist diesmal nicht nur der Briefkasten voll, sondern erstmals auch das Heft: 44 Seiten. Die DDR-Papiere rücken zahlenmäßig wieder etwas zurück, denn es passiert zur Zeit auf dieser Seite der Mauer endlich wieder einiges: Demos, Aktionen, Veranstaltungen , Diskussionen und auch die Volxsportwelle reißt nicht ab.
Auch Auseinandersetzungen, die schon etwas versackt waren, werden wieder eingefordert: Anwälte von Vergewaltigern können keine Szene-Anwälte sein, die Anti-Shell-Kampagne soll endlich breiter und praktischer werden. Ein langes Papier einer Revolutionären Zelle gibt viel Anlaß zur Diskussion und hat das seine zur Überlänge des Heftes beigetragen.

zum Schluß: Liebe Leute aus allen Kiezen, organisiert den flächendeckenden Vertrieb bitte möglichst autonom von uns!! Liebe WeddingerInnen bitte betreibt den "zusätzlichen Aufwand" noch eine Weile, denn wir schaffen zur Zeit wirklich nicht mehr.

Und wie immer: Texte und vor allen Dingen Termine bis nächsten **montag** in den Briefkasten. Briefe und Bestellungen (ab 5 Exemplare) an INTERIM, Gneisenau 2a 1/61

Inhaltsverzeichnis

seite

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



FÜR DIE ANERKENNUNG DER DDR

Nach der Öffnung der DDR-Staatsgrenze und der von der oppositionellen Bewegung der DDR erkämpften Meinungsfreiheit, haben sich die Strategen eines Großdeutschlands formiert. Der Plan der BRD-Regierung zielt auf die schrittweise Einverleibung der DDR durch die BRD ab. Mit "wirtschaftlicher Hilfe" soll die kapitalistische Marktwirtschaft in der DDR eingeführt werden - natürlich für die Profite der westdeutschen Banken und Konzerne.

Wenn die DDR-Wirtschaft westlichen Maßstäben angeglichen ist, stünde nach den Regierungsplänen einem Großdeutschland nichts mehr im Wege.

Nationalismus in Deutschland

Dabei ziehen die bürgerlichen Parteien an einem Strang. Die faschistischen 'Republikaner' reden nach wie vor von einer "Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937". SPD, FDP und CDU haben dafür neue Worte gefunden, um den Menschen hier und in der DDR Sand in die Augen zu streuen - "Konföderation" und dann "Föderation".

Das Resultat der letzten deutschen 'Wiedervereinigungs-Kampagne' lief unter dem Namen "Heim ins Reich" und führte zu einem Großdeutschland, das in einem Krieg ganz Europa verwüstete und 60 Millionen Tote forderte.

Von Bismarck über Hitler bis zu seinen heutigen Vertretern - der Nationalismus hat immer dazu gedient die Reichen noch reicher zu machen, die Ärmeren zu täuschen, um sie mit der deutschen Volkstümelei und dem Traum von 'ihrer Nation' von den eigentlichen Ursachen ihrer Armut abzulenken.

Wir wissen genau, daß die Reichen auf unsere Kosten leben und wir für unsere Interessen selbst eintreten müssen. Menschen, die nicht funktionieren wie die Roboter, werden entlassen. Die, die kein Geld haben, finden keine Wohnung. Das unterste Drittel dieser Gesellschaft wird vom Wohlstand ausgegrenzt.

"Konkurrenz belebt das Geschäft"

- das Geschäft der Reichen! Denn, wer Angst vorm sozialen Abstieg und der Armut hat, wird nach Oben buckeln und nach Unten treten. Es sei denn, die Betroffenen schließen sich zusammen und nehmen die Durchsetzung ihrer Interessen selbst in die Hand!

Das Buckeln und Treten wird von Oben geschürt. Flüchtlinge, die vor Hunger und Krieg hierher nach Westberlin geflohen sind, werden vom "Rot"-Grünen Senat abgeschoben. Sowohl die ArbeiterInnen aus der Türkei und anderswo, die seit Jahren hier leben, als auch Flüchtlinge werden als Menschen zweiter und dritter Klasse behandelt. Gleiche Rechte werden ihnen verweigert. Die Menschen aus der DDR sollen mit Begrüßungsgeld eingekauft werden und als billige (Schwarz-)Arbeitskräfte die Löhne drücken.

Die Bänker und KonzernHerren würden es gerne sehen, wenn wir uns gegeneinander ausspielen lassen: die Bundesdeutschen und WestberlinerInnen gegen die DDR'lerInnen und alle zusammen gegen die hier lebenden ArbeitsemigrantInnen, gegen die PolInnen und gegen die Flüchtlinge aus der sogenannten 3. Welt.

Wir lassen uns nicht spalten!

Unser Kampf steht für die Freiheit aller Menschen. Solidarität heißt nicht Buckeln und Betteln, sondern zusammen für gemeinsame Interessen zu kämpfen.

Die beste Unterstützung für eine sozialistische DDR ist der Kampf hier - gegen Miethaie und Spekulanten, gegen Konzernchefs und Bänker, gegen Nationalisten, Rassisten und Neonazis.

Wir wissen, daß uns allein die dauerhafte Organisierung von Unten befähigt Veränderungen zu erreichen. Egal, ob am Arbeitsplatz, in der Schule, im Stadtteil oder gegen die alltägliche Männergewalt.

GEGEN FASCHISMUS, RASSISMUS UND SEXISMUS - KLASSENKAMPF VON UNTEN!

Wir rufen auf zum Block der autonomen und unabhängigen Gruppen auf der Demo am

9. 12. um 13.00 Uhr Adenauer-Platz

Wir unterstützen die KIEZDEMO am

16. 12. um 14.00 Uhr Schlesisches Tor

ANTIFA-Westberlin

V.i.S.d.P.: P. Schmidt. Gneisenaustr. 2a 1/61



WI DERVEREINIGUNG!

Am 9.12.1989 um 13°° Uhr findet am Adenauerplatz eine Demo gegen die großdeutsche Tümelei statt!

Wenn Teile der BRD Regierung von der Wiedervereinigung reden, meinen SIE dann vielleicht folgende Punkte?

- Übernahme des DDR-Mietpreisniveaus auch im Bundesgebiet.
- Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages, da das Feindbild weggefallen ist.
- Ausbaustop aller Autobahnprojekte, dafür Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Wiedereinführung der Straßenbahn auf allen westberliner Hauptstraßen.
- 0-Tarif bei der BVG, nicht nur für DDR-Bürger.
- Scharf überwachtes Tempo 100 auf allen Autobahnen im Bundesgebiet.
- Einführung des DDR-Recycling-Systems auch in der BRD.
- Einführung des liberalen DDR-Abtreibungsrechts auch in der Bundesrepublik, anstatt den § 218 immer weiter zu verschlechtern.
- Übernahme des sozialistischen Scheidungsrechts.

Nein, das ist wohl nicht mit dem Wiedervereinigungsgetue gemeint!

SIE maßen sich an, genau zu prüfen, ob die Reformen in der Volksrepublik nach ihren kapitalistischen Ideen ablaufen. Denn die Unterstützung der DDR soll wirtschaftlich und politisch profitbringend für die BRD sein. Die Forderungen der Opposition in dem sozialistischen Staat werden einfach ignoriert.

- Wenn Wirtschaftshilfe, so darf sie an keine Bedingungen geknüpft sein und muß das Volk direkt unterstützen!

Die DDR ist seit über 40 Jahren ein eigenständiger Staat, der von fast allen Ländern der Erde mit Außnahme der BRD anerkannt ist. Die Regierungen der BRD sahen und sehen in der DDR einen Teil "Großdeutschlands", weshalb Unterschiede zwischen DDR-BürgerInnen und anderen AusländerInnen gemacht werden. Dies ist nichts anderes als eine imperialistische Außenpolitik der BRD, denn SIE unterscheidet zwischen "guten" und "schlechten" AusländerInnen und anderen AsylbewerberInnen. Während z.B. LibanesInnen und IranerInnen in den Tod abgeschoben werden oder mehrere tausend D-Mark für eine Einbürgerung zahlen müssen, bekommt jedeR DDR-BürgerIn 100,- DM Begrüßungsgeld und auf Wunsch die kostenlose Einbürgerung.

- Die DDR muß als souveräner Staat anerkannt werden.
- Wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung von allen Aussiedlern, Übersiedlern und Flüchtlingen.

Kohl sichert DDR Hilfe zu, fordert grundlegenden Wa

Heute in der WELT

Ost-Mark in Fesseln

igel: Die wirksamste Hilfe ist Einführung der Marktwirtschaft

"Soziale Marktwirtschaft ist nicht Laisser-faire-Liberalismus unbeschränkter Individualität. Sie ist private Wettbewerbswirtschaft, die sich in einem klaren staatlichen Ordnungsrahmen abspielt. Sie ist ein geistiges Konzept, nicht eine bloße Methode des Wirtschaftens."

Wilfried Guth, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank

Neue Dimensi
und Zusammen
Vandel in der DL

Mann/Frau stelle sich das selbe Szenario mal hier in Westberlin vor: die Menschen durchsuchen die Villen der Bonzen im Grunewald; Diepgen, Landowsky, Lummer, Kewenig und Pagels sind alle verhaftet oder stehen unter Hausarrest; im Radio werden Telephonnummern bekanntgegeben, um bei der neuen "Volxpolizei" Mietverbrecher (d.h. Menschen,die Wohnungen aus Profitgründen vermieteten) anzuzeigen; die FlughafenarbeiterInnen in Tegel weigern sich, zur Flucht bereitstehende Flugzeuge aufzutanken; in fast allen Knästen wird (hunger-)gestreikt; Teile der Bullen laufen auch schon auf den Demos mit (wollen sie nur ihren Kopf retten ?); der Verfassungsschutz wird von aufgebrachten BürgerInnen durchsucht und die Akten vor der Vernichtung gerettet.

"Ein netter, versponnener Traum" würde man/frau dazu bemerken. Doch passiert das nicht zur Zeit rund um Westberlin , in der DDR? Sicher sind das immer nur kurze Momente der Anarchie, denn gleichzeitig stehen schon mehrere neue, um die Macht konkurrierende Seilschaften bereit (die SED-Erneuerer, die neuen Parteien und die GangsterInnen in Bonn). Und die Motivation bei vielen BürgerInnen ist sicher nicht anarchistisch (siehe z.B. den Bericht aus Leipzig), auch wenn ihr Handeln im Augenblick "objektiv" gegen die Macht ist.

Auf den folgenden Seiten drucken wir wieder einige Artikel aus der neusten Ausgabe des "telegraph" ab: ein Kommentar zur aktuellen Lage, ein längerer Bericht über das Wochenende der "Vereinigten Linken", ein Redebeitrag zum Müllexport sowie ein sehr harter Bericht über die Demo am vorletzten Montag in Leipzig. Danach kommt noch ein von uns neu abgetipptes Flugblatt des RAJV.

Hinweisen möchte ich noch auf das am Samstag im Mehringhof stattfindende Treffen mit Menschen aus der DDR (siehe letzte Interim). Das Treffen beginnt um 15.00 Uhr ("nach der Demo") im Versammlungsraum und teilt sich dann in verschiedene Arbeitsgruppen. Reader zum Treffen gibt es im Buchladen im Mehringhof.

Kommentar: Öffnet die Archive!

Wir brauchen keinen Schauprozeß gegen Erich Honecker, aber wir brauchen die Wahrheit

Markus Wolf, der sich als letzte Trumpfkarte der SED anbietet, hat in einem Fernsehinterview gefordert, Erich Honecker und Günther Mittag vor Gericht zu stellen. Sollte dieser Vorschlag Wirklichkeit werden und die Gerichte dann unabhängig urteilen, könnte Honecker am Ende zum zweiten Mal in seinem Leben im Zuchthaus Brandenburg verschwinden. Diese Konsequenz zeigt, daß die Forderung von Markus Wolf nicht nur absurd, sondern auch hochgradig unmoralisch ist. Wir brauchen keine Schauprozesse gegen Sündenböcke, wir brauchen die Wahrheit!

Hinter Wolfs Vorschlag steckt nur zu deutlich die Absicht, sich einen Pappkameraden aufzubauen, den die Wendehälse dann nach Belieben anspucken können. Die Parole, der jetzt schon Egon der Wahlfälscher mit Unverfrorenheit folgt, lautet: Je mehr Dreck wir auf Honecker und Mittag häufen, desto sauberer stehen wir selber da. Mit Schauprozessen will Markus Wolf diesem sauberen Gesellschaftsspiel die Krone aufsetzen. Dazu wäre zu sagen: Solche Saubermänner sollten selbst gewaschen werden, daß es sich gewaschen hat.

Ein Vorschlag zum Bösen: Generalamnestie für alle Vergehen und Verbrechen, die vor dem 9. November begangen wurden - in unserer Gesellschaft bekommt jeder eine neue Chance. Für alle Verbrechen nach dem 9. November verlangen wir allerdings unnachsichtige Verfolgung. Wer jetzt z.B. in den Ministerien, Parteisekretariaten und sonstigen Einrichtungen Akten vernichtet, um Aufklärung unserer Geschichte und der jeweiligen persönlichen Verantwortung zu verhindern, der sollte als Verbrecher am Volke bestraft werden. Wir brauchen keine Rache - wir brauchen die Wahrheit!

Die Wahrheit muß auf den Tisch! Dazu gibt es nur einen Weg: Alle Akten und Archive des Politbüros, des Zentralkomitees, der Regierung, der Verwaltungen und auch des Ministeriums für Staatssicherheit müssen geöffnet und den Historikern zugänglich gemacht werden. Als erste Maßnahme müssen alle Protokolle der Tagungen des ZK und des Politbüros sowie der Ministerratssitzungen der vergangenen 45 Jahre ungekürzt und vollständig veröffentlicht werden. Das Volk will wissen, was und wie Ihr mit ihm gespielt habt! Vor Rache braucht Ihr Euch nicht zu fürchten; für Rache ist unsere Verachtung viel zu groß.

p.h.

Arbeitstreffen der Initiative Vereinigte Linke

Zu harten Auseinandersetzungen zwischen Vertretern verschiedener Strukturauffassungen kam es am gleichen Wochenende auch auf dem Arbeitstreffen der Vorbereitung für eine Vereinigte Linke. Das hatte sich schon im Vorfeld angedeutetet, als bei Sitzungen von Arbeitsgruppen und Plena immer nur ein Minimalkonsens möglich war. Kein Wunder, denn das Spektrum der Interessenten ist weit gefächert, von SED-Mitgliedern und ehemaligen SED-Mitgliedern über demokratische Sozialisten und Trotzkisten bis hin zu Anarchisten.

Immerhin wirkten diese Differenzen eher harmonisch gegenüber dem heftigen Gezänk, das VertreterInnen linker Sekten und Parteien des Auslands auf dem Arbeitstreffen untereinander austrugen und in den Arbeitsgruppen geltend zu machen suchten. Eine wohltuende und angemessene Zurückhaltung war eigentlich nur bei den französischen Trotzkisten und den westdeutschen und Westberliner Autonomen bemerkbar.

Die Vereinigte Linke hatte bei einem der Gespräche mit SED-Funktionären vor dem Roten Rathaus für ihr Treffen das Haus der Jungen Talente erwirken können. Für den Massenandrang, über 600 Teilnehmer, hatte das Haus genau den richtigen Zuschnitt. Unter dem Banner Rosa Luxemburgs, hieß es in der Eröffnungsansprache, wolle man antreten und in der Hoffnung nicht zu spät zu kommen. Es ginge um Formen direkter Demokratie, um Selbstverwaltung in Betrieben und Kommunen.

Die Arbeitsgruppen lahmten an einem erstaunlichen Mangel an Grundvoraussetzungen. So mußte in der Gruppe, die mit Energiepolitik beschäftigt war, erst einmal die Faktenlage in Bezug auf Atomenergie geklärt werden. In einer anderen Gruppe, die sich mit Formen der politischen Selbstbestimmung beschäftigte, wurde nach Stunden gefragt, was eigentlich Räte und Selbstverwaltung sind. Nur die wenigsten Gruppen konnten auf dem Arbeitstreffen konkrete Ergebnisse erarbeiten. Immerhin bleibt das Wenige interessant genug.

Die Geschichtsgruppe beschloß die Einrichtung eines Archivs, das "Erlebnisberichte, Prozeßberichte und Namen sowie andere Angaben" zur Entwicklung linker Alternativen in der DDR, zum Stalinismus sowie zu internationalen Zusammenhängen enthalten soll. Bunt war ein Forderungskatalog, den die Kulturgruppe entwarf: z.B. freie Entfaltung des Menschen, Entwicklung alternativer Lebensprojekte und Freigabe von Häusern für selbstverwaltete Projekte, Offener Strafvollzug. "Weg von einer sexistischen Gesellschaft", hieß es, "hin zu einer erotischen Gesellschaft; Proletarier aller Länder erlebt euch!" Eine Frauengruppe wurde ad hoc gebildet und der feministisch-sozialistische Forderungskatalog der Berliner Gruppe "Lila Offensive" diskutiert. Unter anderem ging es um Quotenregelung, eine Neubestimmung der Familienpolitik und eine Frauenfraktion in der Volkskammer.

Die Ökonomiegruppe konnte sich nur auf die Kernpunkte der Böhlener Plattform einigen ("gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln als die vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung, Ausbau der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit, konsequente Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder, politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freie Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds, ökologischer Umbau der Industriegesellschaft"). Hinzugesetzt wurde, daß diese Punkte im weltweiten Kontext gelten. Alternative Wirtschaftsvorstellungen wurden in der Gruppe nicht konkretisiert.

Eine andere Gruppe, die sich mit Außen-, Deutschland- und Militärpolitik beschäftigte konnte sich nicht zur dringend notwendigen Stellungnahme zu aktuellen Fragen wie der sogenannten "Wiedervereinigung" entschließen. Stattdessen entstand eine recht formalistische Diskussion zur Militärpolitik, zB. Einrichtung von Arbeiter- und Matrosenvertretungen, Abschaffung der kasernierten Volkspolizei. Die Arbeitsgruppe "Volksbildung und Jugendpolitik" forderte ein einheitliches Schulsystem ohne Zulassung von Privatschulen. Eine Alternative sahen sie in unabhängigen Schüler- und Studentenvertretungen, Einbeziehung von Behinderten in Schul- und Lebensalltag, der Abschaffung von FDJ und Pionierorganisation als alleinvertretende Organisationen. Von Prinzipien einer modernen demokratischen und freiheitlichen Pädagogik war keine Rede.

Ein wenig bunter war dann schon wieder die Arbeitsgruppe Partizipation und Gerechtigkeit. Die Arbeits- und Lebenszusammenhänge, hieß es, müssen ganzheitlich betrachtet werden, bedarfsorientierte statt bedürfnisorientierte Wirtschaft muß geschaffen werden. Dabei sollen vorhandene Strukturen nicht auseinandergebrochen werden, sondern kleine selbstverwaltete Projekte jeglicher Couleur geschaffen und dadurch die Entfaltung jedes Einzelnen ermöglicht werden. Interessant war auch die Idee der Schaffung eines alternativen Weltmarktes zwischen sozialistischen Zusammenhängen und der dritten Welt.

Im Laufe des Arbeitstreffens wurde von den Teilnehmern zunehmend kritisiert, daß die Vorgaben der Koordinierungsgruppe die Einbringung neuer Vorstellungen nicht ermöglichte. Die Gesprächsleiter blockierten häufig mit eigenen Konzeptionen die Diskussion in den Gruppen.

Im Plenum am Samstag Abend kam es zu ersten Konfrontationen. Die Patriarchatsdiskussion der Frauengruppe stieß bei SED-Leuten und dogmatischen Linken auf einen weißen Fleck ("Wo bleiben die Schwulen und Behinderten?", "Da können wir ja auch eine Bauerngruppe gründen!"). Die "Effektivisten" (wie sie sich dann nannten) verloren die Geduld, sich mit "Nebenwidersprüchen" und Inhalten auseinanderzusetzen und begannen mit der Strukturdiskussion. Ihnen ging es um feste organisatorische Strukturen der Vereinigten Linken. Eine starke Minderheit von Undogmatischen bis Anarchisten widersprach ihnen.

Am Sonntag stießen die Fronten erneut aufeinander. Bereits am Samstag war, von allen als einsichtig empfunden, eine aus Vertretern der Arbeitsgruppen bestehende Strategiegruppe zur inhaltlichen Auswertung, Vorbereitung und gegenseitiger Information gewählt worden. Eine Strukturgruppe aber, die als Vertreter von Vertretern auf Betreiben eines Mitglieds des Sprecherrates aus der Strategiegruppe gewählt worden war, entpuppte sich als Instrument der Effektivisten. Die Ergebnisse dieser Gruppe, die am Sonntag nachmittag beim Strukturplenum vorgestellt wurden, entsprachen hauptsächlich den Vorstellungen der nach einer einheitlichen Organisation strebenden Mehrheit. Bezeichnenderweise ging das mit einer inhaltlichen Verflachung einher. Eine "liberalisierte" Fassung der oben zitierten Kernpunkte der Böhlener Plattform sollte nach den Vorstellungen der Strukturgruppe eine breitere Resonanz der Vereinigten Linken bei anderen Parteien und Organisationen ermöglichen. Dieser Vorschlag wurde ebenso wie eine überregionale Redaktion, die sich aus lokalen Vertretern zusammensetzen sollte, vom Plenum abgelehnt. Maßgebend wurde dabei das Argument der Vermeidung von "Berufsrevolutionären". Dagegen fand ein Alternativvorschlag Zustimmung, der die Bildung einer Arbeitsgruppe vorsieht, die ein Konzept für eine überregionale Zeitung ohne Funktionäre entwirft. Ein Vorschlag für einen "Kongreß der Werktätigen" und sodann einen "Volkskongreß" wurde angesichts der bisher mangelhaften Resonanz der Vereinigten Linken in Betrieben abgelehnt. Auf Widerstand des Plenums stieß auch der Vorschlag, sich ab jetzt definitiv "Vereinigte Linke" zu nennen. Weiterhin soll nach dem Willen des Plenums der offizielle Name "Initiative für eine Vereinigte Linke" die nicht beendete aber fortzusetzende Bemühung um ein Aktionsbündnis andeuten.

Zu einem Eklat kam es dann bei der Forderung der Strukturgruppe nach Schaffung einer Informationszentrale für die linken Gruppen. Eine starke Minderheit machte schlechte Erfahrungen mit dem Machtmißbrauch geltend, die aus einer Zentralisierung von Informationen erwächst. Eine Abstimmung zeigte eine Mehrheit von 73:33 für die Effektivisten. Einige vermittelten. Ein Konsens sei nötig. Diejenigen, die eine feste Partei gründen wollten, müßten in einem Zusammenhang "Vereinigte Linke" zurückstecken und auf die anderen Rücksicht nehmen. Ein Kompromißvorschlag sah die Bildung eines Informationsnetzes zwischen den Gruppen der Einzelnen Regionen unter Einbeziehung der bestehenden Informationsnetze vor.

Die Effektivisten entschlossen sich nach dem Plenum, ihre Pläne zu einer festeren Organisation in einer eigenen Gruppe anzubahnen. Sie tauschten Adressen aus, bildeten eine gemeinsame Informationsstelle und eine gemeinsame Zeitschriftenredaktion und vereinbarten "Schulungen"(?). Im Abschlußplenum leugneten sie dann, daß diese Vereinbarungen die Bildung einer Fraktion bedeuten.

Natürlich war das Arbeitstreffen der Vereinigten Linken insgesamt ein disharmonisches Wochenende. Aber bei der Vielfalt von linken Ideen war ein weitgehender Konsens gar nicht zu erwarten. Entscheidend bleiben Punkte, auf die sich die TeilnehmerInnen des Arbeitstreffens einigen konnten, neuerarbeitete Inhalte aber auch Fragestellungen. Nur in einem ständigen fruchtbaren Streit und wahrscheinlich immer hart am Rande der Spaltung wird sich eine Arbeitsgemeinschaft der Linken in unserem Lande formieren können. Auch die Bildung der Fraktion der Effektivisten kann sich am Ende eher konstruktiv auswirken, falls die Gegengruppe, nennen wir sie mal "die Bunten" dadurch endlich zur Erarbeitung ihrer gemeinsamen Inhalte veranlaßt werden. Hier nämlich, nicht in der Frage, wogegen sich Undogmatische bis Anarchisten wehren, würde ein Anfang für eine neue Art von Gesellschaft liegen.

Ein nicht wieder gutzumachendes Versäumnis der Arbeitstagung der Initiative Vereinigte Linke aber bleibt, daß sie über dem Streit um Ideen und Fraktionen nicht dazu kam, sich zu aktuellen Entwicklungen auszusprechen: zum Ausverkauf des Landes, zum Aufkauf durch kapitalistische Firmen und Regierungen, zu kurz- und mittelfristigen Ansätzen für eine alternative Politik, die moralischen Druck auf die gegenwärtige DDR-Regierung ausüben könnten. Es reicht eben nicht aus, sich für Gespräche am runden Tisch zu entscheiden. Es wäre gut zu wissen, was dort vertreten werden soll.

r.l., d.w., d.t., s.

Unser Land darf nicht die Müllkippe Europas werden!

Rede auf einer gemeinsamen west-östlichen Demonstration gegen den Müllexport in die DDR vor dem Rathaus Schöneberg in Westberlin am 19. November

"Ich komme von der Umwelt-Bibliothek in Ostberlin und möchte etwas darüber sagen, daß alles mit allem zusammenhängt. Wir haben vor Jahren begonnen, uns mit dem Waldsterben im Erzgebirge zu beschäftigen und entdeckten, daß das ein ökonomisches und ein Problem des politischen Systems ist. Solange nämlich das kurzfristige Gewinndenken von Bürokraten herrscht, die ihre Privilegien auf Kosten der Bevölkerung und der Natur erwerben, solange werden Wälder und Flüsse sterben und solange sterben auch Menschen, an der Mauer oder an irgendeiner der neuartigen Krankheiten.

Später haben wir uns mit dem Müllimport aus Westeuropa in die DDR beschäftigt und es war das gleiche Problem: Verantwortung für das Land, das Leben zu tragen, ist zuviel verlangt von Leuten, die Herrschaft, nämlich ihr eigenes Interesse im Kopf haben. Beim Müllimport zeigt sich, daß in dieser Hinsicht das westliche kapitalistische dem östlichen bürokratischen System völlig gleicht. Eine Zukunft der Menschheit wird es nur geben, wenn wir es lernen, Herrschaft abzuschaffen. Auf den Weg in die Zukunft werden wir nur kommen in dem Maße, indem wir unsere Regierer, die im Osten und die im Westen, zwingen, das Interesse der Bevölkerung und des Lebens zur Kenntnis zu nehmen. Das können wir nur schaffen, wenn wir uns nicht im Namen angeblich gegensätzlicher Interessen gegeneinander schicken lassen. Wir, im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden müssen uns gegen diejenigen wenden, die die Luft, das Wasser und die Erde vergiften. Der Müll, den Ihr in der BRD und in Westberlin zu uns in die DDR schickt, kommt eines Tages wieder zu Euch zurück. Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Wir müssen die Herrschenden zwingen, die Giftproduktion einzustellen oder ihren Müll selbst zu fressen."

Bericht von der Demo in Leipzig am Montag vor zehn Tagen:

Schönhuber pfeift – die Ratten kommen

Als ich am 27. November vor der überfüllten Leipziger Nikolaikirche auf Freunde und die Demo wartete, wunderte es mich, hinter den Fenstern der Küsterei eine riesige Deutschlandfahne zu sehen. Nebenbei erfahre ich, daß der IGL (Initiativgruppe Leben) die Gestaltung des heutigen Friedensgebetes verwehrt wurde, ebenso erging es dem Arbeitskreis Gerechtigkeit in der Vorwoche – Pfarrer Führer sind die Basisgruppen anscheinend zu links, zumal der Bürgermeister der Partnerstadt Hannover anwesend ist. Die Deutschlandfahne voran bewegt sich alles zur Kundgebung auf den Karl-Marx-Platz (der künftig "Platz der Freiheit" heißen soll). Gerade heute gibt es eine breite Öffentlichkeit durch anwesende Dokumentarfilmer.

Aber es ist nicht mehr die gewohnte Leipziger Demo: Überall Deutschlandfahnen, Transparente wie "Wiedervereinigung jetzt", "Weizsäcker – Präsident aller Deutschen", "Einigkeit und Recht und Freiheit". Während der Ansprachen verdichtet sich das Gefühl, unter die REPs geraten zu sein. Auf die wenigen klaren Absagen an die Wiedervereinigung (SDP, Vereinigte Linke, ein Mensch aus Heidelberg) folgen Pfiffe und der Schlachtruf "Deutschland einig Vaterland" in Fußballstadionmanier. Selbst als ein Redner notwendige gute Nachbarschaft mit unseren polnischen und tschechischen Freunden fordert, wird er ausgepfiffen – diese Ausländerfeindlichkeit bekam Nahrung durch staatliche Stimmungsmache in der DDR in den letzten Tagen. Nur vereinzelt andere Plakate: "Gegen Aufkauf der DDR durch die BRD-kein viertes Reich". "Alle Herrschaftssysteme sind brutal, weil sie auf Gewalt aufbauen", "Gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus" – auf der Rückseite die Faust, die das Hakenkreuz zerschlägt, "Umweltreich statt Deutsches Reich". Wir sind nur ca. 50 Andersdenkende, hauptsächlich Punks und Anarchisten und beschließen, in die entgegengesetze Richtung zu laufen. Als wir dann der Demo begegnen, rufen wir den Menschen zu "Keine Wiedervereinigung", "Kein viertes Reich", einer schwenkt die rot-schwarze Fahne der Anarchisten. Aus der dumpfen Menge schägt uns entgegen "Ihr seid das letzte", "Schämt euch was", "Geht erst mal arbeiten", "Wichser", selbst als "Stasischweine" und "Faschos" (Gipfel der Demagogie!) werden wir beschimpft. Plötzlich weiß ich, wie Adolf-Hitler-Wähler aussehen. Es riecht förmlich nach Pogrom. Einer hält beschwörend sein Schild "keine Gewalt" hoch. Wir antworten mit "Nazis raus", "Schönhuber raus", "Ihr seid hohl – verkauft euch bloß an Kohl". Nur vereinzelt gab es Beifall, wenige stellten sich an unsere Seite. 50 gegen 50.000.

Das Leipziger Demo-Publikum ist also ein anderes geworden. Jetzt, wo das Demonstrieren nicht mehr gefährlich ist, kriechen die Deutsch-Nationalen aus den Löchern. Die es begannen und erkämpften, bleiben fern. Erschöpft von der Kleinarbeit, aber auch erschreckt durch großdeutsches Wiedervereinigungsgeschwafel bereits am 13. November. Damals gab es noch Plakate wie "Stasigelder für die Wälder", "Banane – Vorsicht Rutschgefahr", "Selbstverwaltung statt Mitbestimmung", Forderungen nach der Rehabilitierung Robert Havemanns und Wolf Biermanns. All dies fehlt jetzt, als ob alle Forderungen verwirklicht seien (auf der Kundgebung wurde z.B. bekannt, daß die Stasi-Leute, die in Cottbuser Tagebauen arbeiten ihr altes Dienstverhältnis inclusive Bezahlung behalten haben! Zum anderen ist bekannt, daß die Verschickung in die Produktion doch nur hauptsächlich Wehrpflichtige des Wachregiments "Dzierzinski" betraf, ganz zu schweigen vom Gefängnispersonal und den unveränderten Knastverhältnissen...)

Sicherlich sind nicht alle Nazis – für manche scheint die Wiedervereinigung das letzte Tabuthema zu sein. Oder ist es nur einsetzende Verzweiflung, aus Angst vor der eigenen Verantwortung für die Zukunft? Mittlerweile gibt es hartnäckige Gerüchte, daß sich eine "Partei für die Wiedervereinigung gründen will – sicherlich, "Republikaner" werden sie sich noch nicht gleich nennen.

Dem vierten Reich keine Chance!

Wir brauchen keinen starken Mann, denn wir sind selber stark genug!

g.h.

AM 15.11.89 GRÜNDETE SICH DER REVOLUTIONÄRE AUTONOME JUGENDVERBAND (RAJV)

Zu den Aufgaben und Zielen des RAJV:
Wir wollen die linke Jugend wieder aktionsfähig machen. Bisher verstreut in kleinen Gruppen, vereinzelt im Riesenmischmasch FDJ bzw. außerhalb dieser Organisation hatten wir kaum Kraft, unsere Stimme laut werden zu lassen, für unsere Ansichten von einem sozialistischen Staat. So war eine Zähmung leicht, der Weg war vorbestimmt in die SED oder raus aus dem politischen Geschehen. Wir werden im RAJV unsere Kräfte aktivieren zur Wiederbelebung der sozialistischen Idee, d.h.

- gesamtgesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln
- freie Entwicklung eines Jeden als Grundlage für die Entwicklung aller
- politische Demokratie -Rätedemokratie- ALLE MACHT DEM VOLKE NICHT EINER PARTEI, welcher auch immer
- soziale Sicherheit
- ökologischer Umbau der Industrie- und Konsumgesellschaft

Um diese Ziele zu erreichen, müssen viele grunglegende Fragen gestellt und gelöst werden. Zu erreichen ist ein neues, selbständiges, politisches Denken und Handeln. Dazu gehört auch das Überprüfen eigener Verhaltensweisen, Denkmuster und Wertvorstellungen. Schluß mit dem Monolog- alle reden, keiner hört zu. Fragestellungen wie z.B.: Wie soll eine Industriegesellschaft umgestaltet werden, wenn jeder auf sein eigenes Auto besteht? Gibt es alternative Lösungen und welche?

Eine der wichtigsten Aufgaben des RAJV wird sein, einen verstärkten Kampf gegen Nationalismus, Stalinismus, Bürokratismus, Rassismus und vor allem gegen Faschismus und Neonazismus zu führen. Dabei geht es um Ursachenforschung und -bekämpfung. Die Faschisten und Neonazis marschieren wieder, in anderen Ländern offen, bei uns NOCH verdeckt. Wir müssen uns im Kampf gegen sie organisieren, Verbindung aufnehmen zu allen Kräften in Europa für gemeinsame Aktionen.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die ökologische Kontrolle und der Umweltschutz. Hier müssen ebenfalls Info- und Aktionszentren eingerichtet werden, um zu ermöglichen, daß wir auch über Ländergrenzen hinaus arbeiten können. Eine Zusammenarbeit der Öko- und Friedensgruppen muß angestrebt werden. Zu den Zielen des RAJV gehört auch eine Verbesserung der Möglichkeiten des Zusammenlebens der Jugendlichen (Verbesserung der sozialen Einrichtungen in Eigeninitiative, z.B. Schaffung von Mitfahrer- und Mitwohnzentralen sowie Autonomen Jugendzentren). Wir werden uns aktiv beteiligen an der Aufarbeitung und Neuerstellung des Jugendgesetzes und des Bildungssystems.

Zur Verwiklichung all dieser Ziele ist es nötig, innerhalb kürzester Frist ein gut funktionierendes Koordinations- und Informationsnetz aufzubauen. Autonome Jugendzentren zu errichten, Arbeitsgruppen zu allen wichtigen Problemen, die ins Haus stehen, zu bilden.(Meinungsstreit wird vorrausgesetzt)

Der RAJV arbeitet auf der Grundlage des Räteprinzips. Die Interessen- und Arbeitsgruppen können orts-, betriebs- oder interessengebunden sein. Sie arbeiten autonom, nach ihren Bedingungen und Voraussetzungen.(Gruppen aller Art, kulturelle, politische u.v.a.m.)

Sie wählen Deligierte für Räte. Über sie können die Gruppen Kontakt zueinander halten, Aktionen planen, Unterstützung anfordern. Die Räte haben sich als Interessenvertreter zu verstehen, sie sind ständig rechenschaftspflichtig (nach unten - nicht nach oben). Jeder Delegierte ist jederzeit mit einfacher Mehrheit abwählbar!

Den Ideen, dem Spaß an Initiative sind keine Grenzen gesetzt, wer soll es machen, wenn nicht wir

Mitglied kann jeder werden, ungeachtet von Nationalität, Arbeit bzw. Mitgliedschaft in anderen Organisationen, gesellschaftlicher Stellung, Haarfarbe und -länge.

Wir sind nicht inkompetent, wenn es um unsere Zukunft geht, wie man uns jahrelang beigebracht hat!

DA SIND WIR-DIE ZEIT IST RAJV

In den letzten Wochen seit dem 9. Nov. sind 10 Mio. Menschen aus der DDR auf eine ähnlich oder größere Zahl von Menschen aus der BRD und Westberlin getroffen, von denen sie seit 40 Jahren durch eine eher entgegengesetzte Geschichte und das fast völlige Fehlen sozialer Kontakte getrennt sind. Wenn Menschen dazu gebracht werden, es in dem Gebiet, wo sie leben, lieben und arbeiten, nicht mehr auszuhalten und sich auf Dauer oder zeitlich begrenzt von dannen machen, so ist das ein Ergebnis der Politik der jeweils Herrschenden. So flüchten die Menschen der Industriestaaten jedes Jahr wieder aus ihrer Heimat und fallen in Millionenscharen in die bäuerlich-rückständigen Gebiete Südeuropas ein, auf der Suche nach einem Leben, das ihnen zuhause fehlt und das sie dort doch auch nicht finden können.

Für die Menschen in der DDR bestand jedoch ein Unterschied. Die Herrschenden wollten ihr Volk nicht ziehen lassen und das Volk der DDR mußte es ihnen abtrotzen. Nun ist es so, daß die meisten Völker der Erde mit Ausnahme derer in den imperialistischen Metropolen es nicht mit den jeweilig Herrschenden aushalten und diese am liebsten stürzen, oder zumindest (falls nicht möglich ist) sich ins Exil flüchten wollen.

FEUER UND FLAMME FÜR JEDEN STAAT

Aber sie haben das Pech, daß auch dieser zweite Ausweg ihnen versperrt bleibt, weil die anderen Herrschenden sich weigern, diese Menschen aufzunehmen, die aus dem berechtigten Wunsch nach einem menschenwürdigen Leben zu ihnen flüchten. Es könnte ja sein, daß dieser Wunsch, diese Idee von einer besseren Welt Konsequenzen hätte, z.B. den Sturz der Mächtigen.


Demgegenüber haben die DDR-Menschen Schwein: Da gibt es doch tatsächlich eine herrschende Klasse, einen Machtapparat, der sich darüber freut, daß Millionen Menschen sich zu ihm drängen und der dafür gerne an jeden von ihnen 100,- DM zur Begrüßung auszahlt. Was ist denn hier anders als bei den anderen Völkern?



Mehrere Antworten sind hier denkbar: Die freundlichste Variante wäre, wir hätten hier in der BRD und Westberlin gute und wohlmeinende Herrschende mit dem Herz am richtigen Fleck, die einfach die Menschen lieben und es ihnen mit BVG-Freifahrt, Suppen sowie kostenloser Übernachtung und Gesundheitsversorgung gut tun wollen. Das kommt uns, die wir in der BRD und Westberlin leben, allerdings merkwürdig vor. Kennen wir doch unsere Regierenden ganz anders, wenn wir daran denken, wie sie mit uns in der letzten Zeit umgesprungen sind. Dabei denken wir nicht nur an Knast und Repression, mit denen alle FeindInnen dieses Systems zu rechnen haben, sondern auch an Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, Gesundheitsdeform, Ellenbogengesellschaft, verschärften Arbeitsdruck, Überwachungsstaat usw. Ganz dunkel können wir uns auch daran erinnern, daß alle politisch und wirtschaftlich wichtigen Leute hier auch schon in der Nazizeit am Ruder waren (z.B. Lübke, Kiesinger, Abs, Schleyer etc.).

Eine mittelfreundliche Variante wäre, daß unsere Herrschenden nur die Menschen einer Nation lieben und tatsächlich tiefes Mitgefühl für die "Brüder und Schwestern im Osten" empfinden, die in den letzten vierzig Jahren soviel Entbehrungen erdulden mußten. All das wollen sie nun mit kleinen Geschenken ausgleichen, während ihnen die Menschen anderer Nationalität gleichgültig sind, ob sie nun in den Grenzen der BRD und Westberlins leben oder auf irgendwelchen fernen Kontinenten. Verhungernde Kinder in Afrika und Gefolterte in Lateinamerika entlocken ihnen nur ein kurzes "Ach Gott, wie schrecklich", während der Gedanke, daß ein DDR-Deutscher nur Trabi und nicht Mercedes fahren kann, sie schier zur Verzweiflung treibt. Deutsche aus dem Osten werden mit offenen Armen und warmer Anteilnahme empfangen, während die Mauern für Zufluchtsuchende aus anderen Ländern immer höher werden.

Ist es also wirklich das Mitgefühl für die Menschen der deutschen Nation, daß unsere Herrschenden zu ihrer offen zur Schau gestellten Hilfsbereitschaft treibt? Auch hier machen uns unsere Erfahrungen mißtrauisch. Weshalb sollten jetzt plötzlich dieselben Menschen, die aus uns das Letzte herauspressen wollen, die sonst immer mit dem Pfennig rechnen, auf die Idee kommen, völlig uneigennützig Geschenke zu verteilen?



Und so kommen wir zur dritten, zur unfreundlichsten Variante: Die Mächtigen in der BRD und Westberlin handeln weder aus menschlichem Mitgefühl, noch aus Nationalstolz, sondern wollen für ihre kleinen Geschenke knallharte Gegenleistungen. Mal abgesehen davon, daß ein guter Teil der 100 DM Begrüßungsgeld sowieso über Steuern wieder in der Staatskasse landet und der Rest in den Kassen der verschiedenen kapitalistischen Unternehmen klingelt, versprechen sie sich noch eine ganze Menge mehr Vorteil davon. Mit diesem kleinen Anschub - so rechnen sie - haben sie sich einen dauerhaften Absatzmarkt für ihre Waren geschaffen. Und die Konsumwünsche steigen. Boomt derzeit noch vor allem der Bananenmarkt, so rechnen doch gleichzeitig schon die Automobilkonzerne u.a. den Markt im Osten durch. Daß damit die DDR-Wirtschaft in die Krise getrieben wird, ist ein durchaus erwünschter Nebeneffekt. Auf eine Einverleibung der DDR durch den Westen (unter dem Titel "Wiedervereinigung") muß das Ganze dabei nicht einmal hinauslaufen, auch wenn zur Zeit mächtig die Werbetrommel dafür gerührt wird.

Vielleicht ist es ihnen viel lieber, wenn die Menschen im Westen zerrieben werden zwischen Neid und Mißgunst für die DDRler, die als BesucherInnen und BilligarbeiterInnen kommen, und der Hoffnung auf ein vereintes Großdeutschland, in dem irgendwann einmal alles besser sein könnte. Die Ostdeutschen gleichzeitig als Bemutterungsobjekte und als neue Sündenböcke, das wäre ein genialer Streich, mit dem die Diskussion über die realen Widersprüche des kapitalistischen Systems erst einmal für lange Zeit abgewürgt werden könnte.

Gleichzeitig konnte die DDR destabilisiert und für das westliche Kapital geöffnet werden. Den Weg zeigen die Beispiele von Polen und Ungarn, wo gerade IWF-Anpassungsprogramme auf Kosten der Bevölkerung und zugunsten der westlichen Gläubiger durchgedrückt werden. Die DDR steht zwar noch wesentlich besser da als diese Länder, aber Herrhausen(†30.11.89) u.a. werden nichts unversucht lassen, um das Land in ihrem Sinn umzugestalten. Die Reiselust und Konsumfreudigkeit der Menschen aus der DDR werden ausgenutzt, um eben diese Menschen unter die Herrschaft des Kapitals zu bringen.

Kann sich ja jedeR aussuchen, welche Antwort ihr/ihm am besten behagt. Aber das ist ja wohl nicht alles gewesen. Da gibt es doch noch was anderes, als sich den Kopf um die Motive und Absichten der Herrschenden zu zerbrechen. Und das ist unser Kampf:

- für eine Welt ohne Grenzen
- für eine Welt, in der weder nach außen noch nach innen Mauern aus Stahl, Beton, Macht, Arroganz, Aus-Krenzung oder Ausgrenzung zwischen den Menschen aufgebaut werden
- für eine Welt, in der Menschen selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben
- für eine Welt, in der das Vorwärtskommen und die Selbstverwirklichung des Einen nicht auf der Zurückdrängung, Unterdrückung und Entfremdung des anderen beruht
- für eine Welt, in der nicht nationale Besoffenheit gepaart mit rassistischer Hetze gegen andere die Voraussetzung für ein fragwürdiges Gemeinschaftsgefühl ist
- für eine Welt, in der die internationale Solidarität der Völker die Respektierung der Unterschiedlichkeit und Vielfalt menschlicher Lebensgestaltung bedeutet
- für eine Welt, in der Selbstbewußtsein nicht in der kollektiven Anlehnung an einen starken Staat und an einen starken Mann entsteht, sondern in der das Selbstbewußtsein auf der individuellen und zugleich solidarischen Verwirklichung der eigenen Interessen, Sehnsüchte, Träume und Wünsche beruht
- für eine Welt ohne Herrscher und Beherrschte, in der die Menschen den Mut haben auf der gemeinschaftlichen Basis von Räten und Selbstverwaltung ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

KIEZDEMO - KEINE EINTAGSFLIEGE

Nachdem die Avantgarde des autonomen Widerstandes mit einem Agit-Prop-Plakat bereits vorausgegangen ist (ihr kennt es sicher) meldet sich nun ein anderer Teil der an der Mobilisierung zur Kiezdemo beteiligten Zusammenhänge zu Wort.

Die Idee einer Kiezdemo gärte in einigen Köpfen schon etwas länger, d.h. schon Wochen bevor Kreuzberg als gesamtdeutsches Intershop-Projekt in den Kapitalisten- und Spekulantenetagen an Bedeutung gewann.
Seit vier Wochen gibt es ein gemeinsames Vorbereitungstreffen: Stadtteilgruppen, Leute aus verschiedenen besetzten (zum Teil schon wieder geräumten Häusern), aus z.Zt. heiß umkämpften Projekten wie dem Kinderbauernhof und der Backsteinfabrik antifaschistische Zusammenhänge und antifaschistische Jugendliche aus der Türkei und andere autonome Gruppen.
Aus aktuellen Anlässen haben wir uns entschieden, die Demo noch in diesem Jahr, also noch vor Weihnachten, zu machen. Trotz der Kürze der Zeit versuchen wir eine gemeinsame Mobilisierung auf die Füße zu stellen. Dabei knüpfen wir an die Erfahrungen der Kiezdemo im Herbst '87 an, die mit ca. 2000 Frauen und Männern und toller Stimmung ein Erfolg war.
Ursprünglich sollten einerseits die unterschiedlichen stadtteil- und Häuserinitiativen an einem Punkt zusammenkommen, wobei die grundsätzlichen Bedingungen von ständig steigender Wohnungsnot und explodierender Mieten zentrale Bedeutung haben sollten. Andererseits sollte die Umstrukturierung ganzer Stadtviertel angegriffen werden. Die schleichende , auf längere sicht extremspürbare Veränderung unserer Lebensbedingungen, zunehmende offene und verdeckte Formen von Männergewalt und Sexismus, spürbar besonders in unseren Wohngebieten, verlangten geradezu eine politische Offensive. Banken, Bau- und Spekulantenkapital sollten dabei in ihrer zentralen Verantwortung stärker in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt werden. Aber die Bedeutung der sozialdemokratisch-alternativen Wasserträger und stadtteilstrategen als Wegbereiter der fetten Profiteure des Kapitals sollte auf keinen Fall unter den Teppich gekehrt werden. Das alles hat in den letzten Wochen eine katapulthafte beschleunigung erfahren. Das unterstreicht aber letztendlich nochmal deutlich, daß es höchste Zeit ist, daß wir unsere Lebens- und Widerstandsstrukturen in den Stadtteilen nicht nur für einen tag zu einem wichtigenAngriffspunkt gegen dieses System und seinen Männer-beherrschten Alltag machen.

Um Mißverständnissen vorzubeuten, wollen wir kurz einige grundsätzliche Überlegungen zum "Stadtteil" zur Diskussion stellen.
Stadtteil heißt für uns nicht die Beschränkung auf das Gebiet zwischen Mauer, Landwehrkanal und Prinzenstr., sondern wir meinen die unterschiedlichsten Initiativen und Projekte in den Wohn- und Lebensbereichen dieser Stadt, die sich gegenverstärkten Griff des kapitals und seiner HelfershelferInnen in unsereen Alltag zu wehren beginnen und die auch anfangen, die offenen und versteckten Formen der Männergewalt gerade im Lebensbereich stadtteil anzugehen.

Wir wollen dabei Stadtteilkämpfe nicht zu dem neuen Kern revolutionärer Strategie machen oder gar Kruezberg mit seiner speziellen widerstandsgeschichte zum Kernbezirk proletarischen Widerstandes schlechthin hochstilisieren, in dem die Beschränkung auf einen irgendwie beschaffenen Schorf der Unterdrückten (Marginalisierten/präkari.....) den Blick für die tatsächlichen gegebenheiten verengt. Die Dynamik des Widerstandes hier hat viele Quellen!

- Der Wohn- und stadtteilbereich ist das Gebiet, in dem ein Großteil des gesellschaftlichen Seins der Frauen (auch wenn sie zusätzlich in der Lohnarbeit stecken) sich abspielt. Hier leisten sie die gesellschaftliche Reproduktionsarbeit und sind hier auf besondere Weise mit der Misere von männlicher Gewalt und Entfremdung konfrontiert. Stadtteilorganisierung war/ist deswegen besonders für Frauen eine unmittelbare Ebene,wo individuelle Erfahrung zum kollektiven Widerstand werden kann.

- Eine wesentliche Veränderung der Metropolengesellschaften hat die Bedeutung der Stadtteilkämpfe stärker nach vorne geschoben: Die gesellschaftliche Produtkion und Reproduktion ist in den vergangenen 20 Jahren gewaltig (im wahrsten sinne des Wortes) umstrukturiert worden. Die Fabrik der 60ziger Jahre ist kaum noch wiederzuerkennen. Die Durchkapitalisierung sämtlicher Lebensbereiche - das Profitgesetz kriecht weiter vor in die Poren des Alltags und will den Menschen unter die Haut und tiefer in die Seele eindringen - macht den Stadtteil zu einem Ort, wo diese Widersprüche und der Widerstand dagegen aufeinanderknallen, wo schleichende Veränderung allgemein erfahrbar und sichtbar wird. Automatisierung/Rationalisierung in den Fabriknen zielten u.a. auch auf Vereinzelung/ Isolation der ProduzentInnen, ihre bessere Beherschbarkeit. Im Stadtteil kann sich hier wieder einiges zusammensetzen, auch in Verbindung mit denjenigen, die lohnarbeitslos geworden sind bzw. die versuchen, den Zwang zur Lohnarbeit zu boykottieren.

- Auch wenn Stadtteilkämpfe eine neue Perspektive bekommen, wollen wir deren Begrenztheit nochmals betonen. Wenn Stadtteil- und Fabrikkämpfe sich miteinander verbinden, können sie sowas wie eine strategische bedeutung bekommen, um die Gesellschaft zu revolutionieren. Miet- und Wohnraumkämpfe ersticken an ihren eigenen Beschränkungen, wenn es nicht gelingt, sie mit antiimperialistischen, antipatriarchalen und antifaschistischen Kämpfen zu verbinden. So kriegen sie langen Atem.

- Eine wichtige Perspektive liegt in der Herausbildung von Strukturen, deren Handlungsfähigkeit vom Staat nicht eingeschränkt werden kann,zumal der Würgegriff des Kapitals auf die Wohn- und Lebensbereiche die Menschen oft vereinzelt (ohne Gegenmacht) trifft. Militante Aktionen z.B. können die offene Basisorganisierung von Frauen und Männern nicht ersetzen, aber sie sind unbedingt wichtig, um die Kapital- und Staatsklammer um unseren Alltag angreifen zu können. Zum Beispiel MieterInnenorganisierung, Kiezgelaber u.ä. zerbrechen sonst an der Macht von Staats- und Polizeiapparat.

Aber mit dem Begriff der Macht, auch wenn sie sich als gegenmacht der Unterdrückten legitimiert, sollten wir vorsichtig sein, auch in der Praxis. Macht/ Durchsetzungsfähigkeit sind zentrale Eckpfeiler patriarchaler Strukturen. Den Inhalten und der Struktur unserer Gegenmacht sollte nichts von der Macht anhaften, die wir eigentlich bekämpfen. Die Diskussion und praktische Auseinandersetzung darüber ist uns wichtig trotz der Kürze, mit der wir das hier anreißen. Also nicht die Füße still halten , ist angesagt, sondern auch überlegen wie und wohin getreten wird!

Nach deisen allgemeinen überlegungen zurück zu den Zielen der Kiezdemo.
Vorneweg: Es geht uns nicht darum, den Mythos einer Kreuzberger Selbstverwaltungsidylle als multikulturelle/alternative Überlebensinsel zu fördern, umspült von einem Meer bösen giftigen kapitalistischen Schlammes.
Das geht nicht.
Umstrukturierung, soziale Durchmischung, Spielhöllen und Porno-videoläden, Sex-Shops, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, explodierende Mieten , Kindesmißhandlungen. Gewalt gegen Frauen auf der Straße, in der Ehe, in Beziehungen, Kommerzialisierung der Freizeit, Drogen, usw. usf., all das läßt sich nicht auf Kreuzberg 36 reduzieren.
Worums bei dieser Aufzählung geht, dürfte den meisten (und eben nicht nur aus Kreuzberg) klar sein. Dazu ist in dieser Zeitung und bei diversen anderen gelegenheiten schon viel geschrieben und gesagt worden. Wir sehen in der kiezdemo aber wieder einen Ansatz, stärker die Banken und das Bau- und Spekulantenkapital in den Vorergrund unserer Angridffe zu rücken, wie das ja schon bei der Grunewalddemo anfang des jahres versucht wurde.
Diese Teile des Kapitals treiben im Kern den Prozeß voran, der in fast allen Großstädten Europas läuft: Aus der Ware "Wohnraum", aus Boden- und Haus-besitz soll en maximale Profite/Rendite gezogen werden können - das ganze natürlich staatlich abgesichert. Der Preis einer Ware steigt, wenn sie knapp , die Nachfrage danach aber groß ist. (Knapper Wohnraum läßt sich dann auch bestens als Instrument der Klassenspaltung benutzen. Politisch wirkt das als Nährboden für faschistische/faschistoide Entwicklungen. Flüchtlinge und andere ausländische Gruppen werden - teils bewußt vom staat gesteuert - als Konkurrenz gegen"einheimische"Wohnungssuchende eingesetzt.)

Wenn die Gewinnmöglichkeiten mit Hausbesitz hoch sind, lohnt sich natürlich jede Investition im Baubereich. Die "Durchsetzung der Marktgesetze auf einem freien Wohnungsmärkt" nenn en das die Bonzen der Baubranche - zehntausende stehen auf der straße, suchen Wohungen unter erniedrigenden Bedingungen und müssen immer mehr Geld für ein paar Quadratmeter Wohnraum hinblätttern.
Die Enteignung der Hausbesitzer ist die Grundlage, um diese "Gesetze" zu brechen. das wird aber morgen noch nicht durchzusetzen sein, aber fangen wir schon heute an, den Bankiers und Spekulanten, den immobilienkonzernen und großen hausbesitzern die Suppe zu versalzen. Ihre Marktgesetze sollen ihnen teuer zu stehen kommen. Machen wir "unsere" Wohnviertel zum Feindesland für Bonzen und ihren staatsapparat!

Die Umstrukturierung der Städte ist im Kern also nicht das Ergebnis einer SPD/AL-Politik, sondern Resultat des Zusammenwirkens von Kapital, Spekulanten, struktur- und ordnunspolitischen Vorstellungen im Städtebau, deren Umsetzung in deiser stadt von SPD und AL am geschicktesten betrieben wird aufgrund der Legitimation durch moderne städtebauliche und ökologische Konzepte, deren soziale Träger vor allem der pseudolinke, alternative, bürgerlich "aufgeklärte" Mittelstand ist, der mit diesem System eh seinen Frieden schon geschlossen hat. Diese reformistischen Integrationsmethoden weichen die klassische Konfrontationslinie Stadtteilbevölkerung - Spekulantenkapital/Baumafia total auf. Sogenannte alternative Integrationsprojekte (ihre Namen und Büros sind ja mittlerweile beaknnt) führen zu erheblichen Spaltungsprozessen innerhalb der stadtteilbevölkerung. Spalten,umzu beherrschen ist die klassische Rolle der reformisten.

Welches klassenkämpferische Bewegungsmodell die richtige Linie dagegensetzt, können wir nicht so eindeutig beantworten. Klar ist, daß eine gutverdienende, zumeist akademische Mittelschicht in Kreuzberg sich nicht daran stößt, wenn sich teure Schicki-läden breit machen und überall exklusive Cafes und Restaurants entstehen würden. Wir sind zwar auch keine Fans der Aldi-Kultur, aber über solche Veränderungen wird das sog. Niveau, die "soziale Attraktivität" eines Wohngebietes erhöht, und das zieht natürlich nochmehr Yuppietum an. In der Folge steigt das Mietenniveau ständig. Arme, Aufmüpfige und alls was das Heile-Weltbild stört, soll raus, zufriedener Mittelstand rein. Das ist wohl auch das Wunschbild einiger AL-StadtteilplanerInnen.
Nur ein weiteres Beispiel dafür sind die Häuser in der Lübbenerstr. 25-29. Nachdem die Bewoge samt Verein So 36 monatelang behaupteten, die Wohnungen würden nach Ende der Bauarbeiten zu 100% wieder rückbelegt und deshalb müßten die zwischenzeitlich eingezogenen Leute raus, stellte sich heraus, daß über die Hälfte der VormieterInnen gekündigt oder geräumt wurden. die kommen also nicht mehr zurück. Stattdessen sollen nach der Modernisierung dann solche MieterInnen einziehen, die sich die neuen Mieten auch leisten können.
Der ach so MieterInnen-nahe Verein SO36 deckt diese Machenschaften der Wohnungsbaugesellschaft. Der Verein SO36 wußte genau w as abläuft und hat nichts darüber veröffentlicht. damit die Wahrheit ans Licht kommt, mußten die Akten erst geklaut werden.
Diese Art der Stadtteilzerstörung ist kein West-Berliner Phänomen. Die Auswirkungen von Umstrukturierung und sozialer Durchmischung sind in anderen westeuropäischen städten viel krasser zu sehen und zu spüren.
Durch die mögliche kapitalistische Vereinnahmung der DDR und Ostberlins kann sich aber einiges im Tempo beschleunigen, mit dem hier Veränderungen vor sich gehen. Es gibt ja schon die diversen Horrorvisionen wie Kreuzberg dann in einigen Jahren aussehen könnte, von siener geografischen Lage her quasi als Zentrum einer kapitalistischen Metropole. Auf jeden Fall kommt da ne Menge Ärger auf uns zu. Daß die Grundstückpreise in einigen Straßen in der Nähe der Grenzübergänge Prinzenstraße und Oberbaumbrücke schon ums dreifache gestiegen sind, ist da eine Zeichen, in welche Richtung die Entwicklung gehen kann.
Wenn es dem Kapital und seinen sozialdemokratischen und alternativen HandlangerInnen gelingt, die bisher existierenden sozialen und politischen Strukturen weiter zu zerstören, aufzukaufen und zu spalten, dann fehlt uns in dieser Stadt eine wichtige Bedingung für linksradikalen Widerstand und zur Verankerung unserer politischen Vorstellungen.
Wir sind zwar auch in Kreuzberg nicht gerade vor der Gründung autonomer Stadtteilräte, aber im Vergleich zu anderen Gebieten kommt hier manchmal eine Ahnung davon auf, was soziale Verankerung - Fisch im Wasser - sein kann. Warum sollten wir sowas kampflos aufgeben?

Widerstand im Alltag ist angesagt. Das soll die Kiezdemo in Erinnerung rufen. Somit wäre schon einiges zu den Inhalten der Demo gesagt. Bleibt zu hoffen, daß der wichtigste Inhalt, nämlich der Anspruch die Inhalte in Praxis umzusetzen, kein Inhalt bleibt.
Vielleicht gelingt es ja, bereits bestehende Ansätze und gelaufene Initiativen aufzugreifen und zu zeigen, daß kein Kapitalist, kein Spekulant, kein Macker unbehelligt seine Scheiße durchziehen kann.
Schön wäre es, wenn wir bereits am nächsten 1.Mai auf die bis dahin kontinuierlich gelaufene Praxis aufbauen könnten.
Es läuft zwar meistens nichts so einfach wies geschrieben wird, aber gerade im Stadtteil hat es sich gezeigt, daß es ne Menge Spielräume und Möglichkeiten für uns gibt, praktischen Widerstand zu leisten.
Für die demo möchten wir anregen, daß möglichst viele Leute sich überlegen, wie wir denn einen konstruktiven Beitrag zur Verschönerung des Stadtteils (z.B. der Häuserfassaden) leisten können, auf daß auch noch in einigen Tagen und Wochen etwas davon zu sehen ist, bzw.daß in den Tagen vor der Demo durch Aufhängen von Transparenten aus den Wohnungen und Häusern zur Demo aufgerufen wird.
Wir arbeiten nicht mit VertreterInnen von gewissen staatstragenden Vereinen (wie z.B. den Verein SO36) zusammen, die hier in Kreuzberg nur ihr kiezpolitisches Süppchen kochen wollen und uns unter dem Deckmäntelchen der "Betroffenenbeteiligung" eh nur verarschen. Wir wollen eine eigenständige revolutionäre Kiezdemo, die die Leute ermutigen soll, ihre Interessen selbst in die Hände zu nehmen, die selbstorganisierung gegen die Machenschaften der Hausbesitzer und Spekulanten, des Senats und dessen HandlangerInnen propagiert. Aber das ist nur ein Teil unseres Kampfes. Die Selbstorganisation von Frauen ist die wichtigste Voraussetzung zur Abschaffung dieses und anderer Ausbeutungs- und Herrschaftssysteme.
In den Tagen vor der demo wird es mehrere Kurzkundgebungen zur Mobilisierung geben. Die genauen Termine werden noch bekanntgegeben.
Ein VV gibts am **11.12.** um **19** Uhr im **Mehringhof**

einige autonome Frauen und Männer

BRIEF AN DIE BRÜMMERSTRAßE

DER PRÄSIDENT
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

FU BERLIN

VP 4

23.11.1989
Tel.: 838 3247

Freie Universität Berlin Altensteinstraße 40 1000 Berlin 33
Telefon 030 - 838 22 50 Telex 0184019 Telefax 838 64 63

An die
Besetzer und Besetzerinnen

des Hauses Brümmerstraße 52

Ich bedauere außerordentlich, daß das Gespräch am 21.11.1989 nicht geführt werden konnte. Ich hatte von Beginn an betont, daß Gespräche nur dann sinnvoll sein können, wenn beide Seiten auf einseitig formulierte Vorbedingungen verzichten.

Inzwischen habe ich der Universitätsleitung und der Senatsverwaltung berichtet und möchte Ihnen die Ergebnisse dieser Gespräche mitteilen.

Senatsverwaltung und Universitätsleitung betonen zunächst den widerrechtlichen Charakter der Besetzung des Hauses Brümmerstraße 52 und erneuern ihre Aufforderung auf Freigabe dieses Hauses, das die FU benötigt, um das neu eingerichtete Fach Turkologie unterzubringen. Sie weisen darauf hin, daß dieses Haus nicht für Wohnzwecke genutzt werden kann, was die Ablehnung der geforderten Umbaumaßnahmen einschließt. Die Senatsverwaltung hat die Universitätsleitung darüber hinaus darauf hingewiesen, daß die durch die widerrechtliche Nutzung entstandenen und noch entstehenden Kosten eingefordert werden müssen, dies gelte auch für ein "Nutzungsentgelt", und zwar rückwirkend.

Die Senatorin ist auf Anfrage zu Gesprächen bereit, sieht aber derzeit keine Möglichkeit, einen Termin zu nennen. Sie sollten sich in dieser Sache direkt an die Senatsverwaltung wenden.

Aus meiner Sicht hatte ich formuliert, die FU sei sicher nicht in der Lage, den entstandenen Zustand über den Februar hinaus hinzunehmen, da die berufene Professorin mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen am 01.04.1990 ihre Arbeit und dann den Lehrbetrieb aufnehmen muß und etwa vier Wochen für die Wiederherstellung des Gebäudes benötigt werden. Diesen Hinweis habe ich mit der Erwartung verbunden, zu einer früheren Lösung des Problems zu kommen. Ob und wie lange diese meine Meinung die Zustimmung der Beteiligten findet, vermag ich nicht vorauszusehen.

Wie ich Ihnen bereits mitteilte, sehe ich meinen Verhandlungsauftrag als erledigt an. Den Hauptgrund dafür wollen Sie bitte in Ihrer Haltung sehen. Das macht für mich keinen Sinn weiterzuverhandeln, solange Sie erkennen lassen, daß es für Sie eigentlich nichts zu verhandeln gibt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Univ.-Prof. Dr. Hellmuth Bütow
Vizepräsident

WENN ÄRZTE KRANK MACHEN ...
... ODER WAS WIRD AUS DEM WERRA-BLOCK?

Die Wohnungsnot ist in aller Munde. Daß es sie bereits gab, bevor Aus- und ÜbersiedlerInnen nach West-Berlin kamen, und was sie mit Leerstand und gewinnträchtiger Modernisierung zu tun hat, zeigt das folgende Beispiel:

Der Werra-Block und "Immobilien Braun"

Seit drei Jahren wird im Werra-Block, das sind die Häuser Werrastr. 36-38, Treptowerstr. 20-23 und Weigandufer 36-38 "kalt" entmietet. Wenn jemand aus einer der Wohnungen auszieht, sei es nun freiwillig oder aufgrund der zahlreichen Schikanen, denen mensch als Mieterin oder Mieter der "Immobilien Braun" ausgesetzt ist, dann wird die Wohnung nicht mehr weitervermietet. Mittlerweile stehen 87 (siebenundachtzig!) Wohnungen leer. Da fragt mensch sich natürlich: Was ist in den letzten drei Jahren passiert? Die Antwort: Nichts! Hin und wieder drohte der Bezirk mit Leerstandsbußen und hin und wieder fan eine Tapetenbahn den Weg an eine der leeren Wände, um eben diese Bußen abzuwehren. Und wenn es dann doch eine Strafe gab, wie Ende Oktober mit 140.000 DM, dann zahlte Braun das, ohne mit der Wimper zu zucken. Kein Wunder: Der Werra-Block ist nämlich nicht sein einziger grundbesitz. Ihm gehören noch zahlreiche andere Häuser in der Stadt, ferner betreibt er eine Arztpraxis und besitzt mehrere medizinische Ausbildungsstätten in der Schweiz.

So weit, so schlecht. Mit dem Medienrummel um die nun endlich zugegebene Wohnungsnot geriet auch das Bezirksamt Neukölln angesichts dieses Wohnungsleerstands unter Druck. Dort wollte man die Praktiken Brauns nicht länger hinnehmen und drohte mit Beschlagnahme. Braun kam dem zuvor und wies auf seine Pläne hin, in 70 der leerstehenden Wohungen Umsiedlerfamilien unterzubringen. Seine Rechnung: 270 Familien in 70 Wohnungen! (Lt. Senatsbeschluß haben UmsiedlerInnen Anspruch auf weniger als 4 qm pro Person). Das wären bei einer durchschnittlichen Größe von 4 personen je Familie satte 972.000 DM monatlich an Mieteinnahmen, betahlt vom Berliner Senat. Allerdings - die Rechnung ging nicht auf. das Bezirksamt Neukölln war der Ansicht, in der näheren Umgebung gäbe es bereits genügend solcher Wohnheime, vielmehr solle Braun nun endlich beginnen, die Wohnungen mit öffentlichen Mittel zu modernisieren. Brauns Reaktion: Um weiterhin Zeit zu gewinnen und einer erneut drohgenden Beschlagnahme zu entgehen, ließ er die leeren Wohnungen von Bautrupps unbewohnbar machen.

Eine öffentlich geförderte Modernisierung (4,80 DM Einstiegsmiete, 20-jährige Preisbindung) wurde von der "Immobilien Braun" am Donnerstag, den 23. November endgültig abgelehnt. Braun wird auch weiterhin versuchen, das größtmöglichste an Gewinn aus dem Block herauszuziehen. Die Zauberformel dafür heißt: PRIVATMODERNISIERUNG! Kostete eine Wohnung vor einer solchen Modernisierung z.B. 400 DM und wird mit einem Aufwand von 50.000 DM modernisiert, so können über 5.000 DM dieser Kosten (11%) auf die Jahresmiete draugeschlagen werden und die Wohnung kostet dann eben 900 DM. Braun hat mit manchen Modernisierungsarbeiten bereits begonnen. Nach Auskunft der Bauarbeiter wird die Quadratmetermiete nach Fertigstellung der Arbeiten bei 12-15 DM liegen.

WER KANN SICH DAS NOCH LEISTEN?



Achtung: KUNGEBUNGEN!

Donnerstag, 14.12

17°° Rathaus N-kölln.
17³⁰ Karl-Marx-Platz
18°° WERRA-Block

Was sagen die Mieterinnen und Mieter?



Auch die meisten vermieteten Wohnungen sind in einem sehr schlechten Zustand, obwohl mensch das der "hübschen" Fassade von außen gar nicht ansieht. Ob es nun beinahe durchbrechende Böden sind, feuchte Wände, kaputte Öfen, heruntergekommene Decken oder einbrechende Toiletten - Braun hat seit Jahren nichts dafür getan, diese wohnungen in Schuß zu halten.Im Gegenteil: Braun versucht mit allen Mitteln, auch die noch bewohnten Wohnungen leer zu bekommen. Das systematische verroten lassen der Wohnungen ist dafür eine Möglichkeit. Und wenn das nicht hilft, wird eben mal eine fristlose Kündigung wegen angeblichem Mietrückstand aufgesetzt, Hauptsache die MieterInnen sind entnervt und ziehen aus.

Aber die Mieterinnen und Mieter wollen die Schikanen Brauns und den Zustand ihrer Wohnungen nicht mehr länger hinnehmen. Am Sonntag, den 19. November gab es eine erste MieterInneversammlung, die mit 40 Mietparteien gut besucht war. dazu kamen nocheinmal 20 Leute, die wegen der leerstehenden Wohnungen anwesend waren. es wurde zunächste einmal gesammelt, was es an Instandseztzungsmaßnahmen durchzusetzen gilt. beim zweiten Treffen dann, eine Woche später, wurde in Nwesenheit eines Rechtsanwaltes beschlossen, Mängelbeseitigungsklagen gegen die "Immobilien Braun" anzustreben und durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit den nötigen Druck zu erzeugen, der Braun zwingen soll, die Wohnungen sofort instandzusetzen und die leeren Wohnungen zu vermieten.
Auf dem zweiten Treffen wurde auch deutlich, daß eine sofortige belegung der leeren Wohnungen nicht nur im Interesse der Wohnungsuchenden, sondern auch der MieterInnen liegt. Für sie würde es nicht nur neue NachbarInnen geben, sondern auch die heizkosten würden erheblich sinken.

Wie geht es also weiter?

neben den Mieterinnen und Mietern, die sich für eine sofortige Instandsetzung ihrer Wohnuzngen einsetzen, gibt es noch eine Gruppe von 30-40 Wohnungssuchenden, die die leerstehenden Wohnungen beziehen wollen. Die gemeinsamen Forderungen sind die sofortige Instandsetzung ALLER Wohnungen auf Kosten Brauns sowie die Vermietung aller leerstehenden Wohnungen. Jede Modernisierug, auch eine öffentlich geförderte,würde nur weiteren, wahrscheinlich jahrelangen leerstand bedeuten, eine Instandsetzung hingegen würde auch ohne weitere Entmietung vorgenommen werden können.

Um diese Forderungen durchzusetzen, müssen wir politischen Druck erzeugen. Wie begrenzt die rechtlichen Möglichkeiten sind, gegen einen Spekulanten wie Braun vvorzugehen, zeigt ja gerade die Hilflosigkeit des Neuköllner Bezirksamtes. Beschlagnahmen können sie nicht, weil das bewohnbaren Wohnraum voraussetzen würde, und für Unbewohnbarkeit hat Braun zur Genüge gesorgt. Und Instandhaltungsklagen über die Bauaufsicht dauern zuweilen über ein Jahr, und meist kommen die Besitzer dann dem Urteil zuvor, indem sie den besitz kurzerhand an die Ehepartnerin oder den Ehepartner überschreiben. Dann muß das ganze Spiel wieder von vorne losgehen.

Um diesen politischen Druck zu erzeugen, brauchen wir Öffentlichkeit und eine breite Unterstütung. Solange außer dem Bezirksamt und den mieterInnen niemand über die Praktiken der "Immobilien Braun" Bescheid weiß, solange wird Braun weiter seine üblen Geschäfte mit dem Grundbedürfnis auf Wohnen abziehen können. Wir wollen mit unseren Aktivitäten vielmehr erreichen, daß der Name Braun an allen Ecken und Enden Thema ist. Braun soll aus der Anonymität seines Wirkens herausgerissen werden und ständig mit der Kampagne gegen ihn und seine Machenschaften konfrontiert sein. Wir wollen letzlich ein politisches Klima schaffen, das es solchen Spekulanten auf lange Sicht nicht mehr möglich macht, ihre dreckigen Geschäfte durchzuziehen, ohne daß sie dabei überall auf Widerstand stoßen. Neben Flugblattverteilungen wird es deshalb auch einen offenen Brief der MieterInnen und in der nächsten Zeit auch Kundgebungen vor dem Werra-Block und der "Immobilien Braun" in der Bismarckstr. 106 geben.



Wir, MieterInnen und Wohnungssuchende, fordern gemeinsam:
- SOFORTIGE INSTANDSETZUNG ALLER VERMIETETEN UND LEEREN WOHNUNGEN!
- SCHLUSS MIT DEN SCHIKANEN GEGEN DIE MIETERINNEN UND MIETER!
- SOFORTIGE VERMIETUNG ALLER LEERSTEHENDEN WOHNUNGEN, MIETVERTRÄGE FÜR DIE, DIE DORT EINZIEHEN!

WIR WOLLEN LEBEN IN DEN WERRA-BLOCK - AUF BRAUN DA HAM WIR KEINEN BOCK!

200 JAHRE SIND NICHT GENUG

MIT DEN REVOLUTINÄREN ZELLEN INS POSTFORDISTISCHE ZEITALTER

Vorbemerkungen zu einer Bleiwüste

Wir haben uns mit der Abfassung dieses Textes schwergetan. Innerhalb eines Jahres ist dies der vierte Anlauf, nachdem wir die drei vorhergehenden Entwürfe verworfen haben.

Vor rund zwei Jahren, nach dem Niedergang der Anti-Akw-WAA-Bewegung und dem 1. Mai 1987 in Kreuzberg, haben wir ebenso wie viele andere Gruppen- damit begonnen, uns neu über Bedingungen und Entwicklungen linker Politik in der BRD und Westberlin und unseres Anteils darin Gedanken zu machen.

Bei der Frage nach den Ursachen der derzeitigen Perspektivlosigkeit sind wir aber stutzig geworden. Wenn wir die heutigen Diskussion mit denen der letzten 10-15 Jahre vergleichen, sind oft keine Unterschiede feststellbar, könnten die Beliebigkeit der Bewegungssujets, Etablierungsprozesse, Mackerstrukturen, Diskontinuität beispielsweise sind nach wie vor Kennzeichen linker Politik. Uns kommt der Verdacht, daß die Symptome oft als Ursachen betrachtet werden, die Einbettung der Linken selbst in die politisch-ökonomischen Verhältnisse dabei unter den Tisch fällt und linke Politik damit zwangsläufig voluntaristisch wird.

Jedenfalls sehen wir uns zunehmend mit einer Aufgabe konfrontiert, deren Dimension wir erstmal nicht gewachsen waren. Bei dem Versuch nicht nur eine militante (Zellen-) Perspektive zu entwickeln, sondern dazu auch theoretisches Neuland betreten zu müssen, haben wir uns die Anforderungen so hoch gehängt, daß wir daran scheiterten. Dieselben Bedingungen, die die linke Krise ausmachen, machen ja auch denen zu schaffen, die Wege aus der Krise suchen. dazu zählt die Diskontinuität der Diskussionsansätze - mehr noch die Tatsache, daß kaum noch Goren vorhanden sind, in denen eine solche Diskussion tatsächlich stattfinden könnte und auch tut. die Zahl radikaler Zeitungsprojekte hat ebenso abgenommen wie die Zahl der Zeitungen, die überhaupt bereit und/oder in der Lage sind, Diskussionen, denen der §129a-Geruch anhängt, abzudrucken. die Repression gegen linke Öffentlichkeit der letzten Jahre hat in der Tat Wirkung gezeigt, und das ist nicht einmal der Schere im Kopf der jeweiligen RedakteurInnen vorzuwerfen, sondern der Tatsache, daß mit wenigen Ausnahmen keine kollektive Verantwortung für die Verbreitung der Zeitungen besteht.

Die Kriminalisierung militanter Inhalte ist in aller linken Munde. aber die tatsächliche Publizierung militanter Essentials hat gleichwohl abgenommen. Als konkretes Beispiel: Bastelanleitungen für den praktischen Widerstand. Mit diesen ist in den letzten Jahren in der Tat viel Unfug getrieben worden. Ihre Fetischisierung und die gemeingefährliche Werantwortungslosigkeit mancher Anleitungen (z. B. zum Strommastsägen) haben viel politischen und persönlichen Schaden angerichtet. Trotzdem bleiben Diskussionen um bessere Widerstandsmittel und -methoden notwendig, wenn praktischer Widerstand nicht zum Mythos, zur Geheimwissenschaft verkommen soll.

Die Kampagne anläßlich des Prozesses gegen Ingrid strobl beispielsweise hat mit breiter Wirkung die Inhalte wie Gentechnik, Sextourismus und Flüchtlingspolitik herausgestellt. Insofern ist die Repression in ihr Gegenteil umgeschlagen. Trotzdem hat sie ihr Ziel erreicht: Praktischer Widerstand ist seit den Durchsuchungen vom 18. 12. 1987 fast am Nullpunkt angelangt.

Aber wie denn auch? Käme eine Gruppe auf die Idee, noch einmal eine Bombe bei der Lufthansa zu hinterlegen, sie müßte sich - sofern überhaupt aufzutreiben - auf Bauanleitungen, die schon mehrere Jahre alt sind, stützen. Da empfiehlt die RZ doch bspw. die Verwendung von gewerblichem oder militärischem Sprengstoff. Aber wer von uns besitzt schon Kontakt zu Waffenhändlern oder bricht in Militärdepots ein? Bliebe noch das gute alte Unkraut-ex. Wir wissen ja nicht, ob es noch niemanden aufgefallen ist: das Zeugs ist kaum noch zu kriegen, höchstens irgendwo im letzten Eifeldorf, wo sich FüchsIn und HäsIn noch nicht flüstern, daß mensch damit Bomben herstellen kann. Und wo einem die VerkäuferIn nicht tief in die Augen schaut und meint: "Aber keinen Unsinn damit anstellen, gell?"

Außer der "radikal", deren Verbreitung auch immer noch zu wünschen übrig läßt, können wir uns keine Zeitung vorstellen, die diese Anleitungsdiskussionen abdrucken kann, ohne den eigenen Untergang zu provozieren. Mal abgesehen von der Frage, ob es überhaupt noch Gruppen gibt, die sich mit der Entwicklung von Basteltechnik beschäftigen.

Und damit sind wir beim zweiten großen Problem, den wir uns bei der Entwicklung klandestinen militanten Widerstandes gegenübersehen. Es ist heute keine Selbstverständlichkeit (mehr), derartige Aktionen sowohl als für sich persönlich in Frage kommend zu betrachten wie politisch als gesamte Linke dafür die Verantwortung zu übernehmen. Gruppen gründen sich zu einem bestimmten Thema, arbeiten ein halbes Jahr theoretisch alles auf, um dann festzustellen, daß es keine Möglichkeit der massenmilitanten praktischen Umsetzung gibt, lösen sich wieder auf, finden sich in neuer/alter Zusammensetzung wieder, um beim nächsten Thema den alten Fehler zu wiederholen.

Als Idealbild schwebt uns vor, daß eine Bewegung bzw. die Linke aus einem kollektiven Diskussionsprozeß zu dem Ergebnis kommt, wann und wo welche Kleingruppenmilitanz sinnvoll ist und sie selbst die erforderlichen Strukturen ausbildet, solche Aktionen auch tatsächlich durchzuführen. Noch während der Anti-AKW-Bewegung 1986 war es immerhin so, daß ab einem bestimmten Zeitpunkt klandestine Aktionen einem gemeinsamen politischen Selbstverständnis entspra-

chen, auch wenn nicht die Strukturen bestanden, dies in aller Klarheit nach außen zu vertreten und bei der Ausführung der Aktionen auf das vorhandensein schon handlungsfähiger Gruppen gesetzt wurde (was ausgerechnet ab dem Zeitpunkt, wo das höchste Organ der Bewegung, die BUKO in Nürnberg, sich dahinterstellte, kaum mehr der Fall war). es ist natürlich fraglich, ob ein solcher Klandestinierungsprozeß, der bei Bedarf auch wieder Rücknehmbar ist, unter den gegebenen Repressionsverhältnissen möglich ist. Zumindest wäre dies ein Versuch wert.

Derzeit fällt es in die Verantwortung der einzelnen Gruppe, ob und wie sie eine solche Aktion durchführt. Nur wenn dieser sehr gelungen ("Adler") oder - vermeintlich - sehr daneben ("Kübel"), wird die einzelne Aktion im nachhinein diskutiert, bejubelt oder verrissen. Wo aber die Entscheidung, klandestine Aktionen als notwendig zu betrachten oder durchzuführen, zur rein individuellen verkommt, sind die Bedingungen für die Entwicklung massenhaften Kleingruppenwiderstands nicht gut. mehr noch: wo Individualisierung um sich greift, wird die Entscheidung für jeglichen Widerstand zur individuellen Frage, die nur der/diejenige mit "ja" beantworten kann, der/die auf entsprechende Erfahrungen, Diskussionen und Beziehungen zurückgreifen kann, der/die aber auch die Folgen seiner/ihrer Entscheidungen individuell zu tragen hat.

Wie dem auch sei: jedenfalls sind in der letzten Zeit dann einige Bücher und Artikel erschienen, an denen wir uns orientieren und abarbeiten können, die uns Arbeit ersparten und manche Formulierungsprobleme besser als wir bewältigen konnten. Zu nennen wäre dabei vor allem "Das neue Gesicht des Kapitalismus" von Joachim Hirsch/Roland Roth, das mittlerweile ja in jeder guten linken WG steht und dort seiner politischen Konsequenzen harrt, der "Ganz von unten"-Beitrag von Karl-Heinz Roth in der konkret 6/89, die "Kübel"-Diskussion, das "Vom Riot zur Revolution"-Papier (1. Mai doku 89), der freiburger Beitrag "Raus aus dem ghetto - rein in die Stadtteile???" in der letzten "unzertrennlich", und als letztes einige alte RZ-Papiere, besonders "In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod".

Vieles von dem, was wir hier anreißen, ist insofern nicht neu. Neu ist erst der Zusammenhang, in den wir das bisher von verschiedenen Seiten gesagte stellen, und die Konsequenzen, die wir daraus ziehen. Zum einen halten wir im Gegensatz z. B. zur "Radikalen Linken" eine vorerst bloß theoretische Aufarbeitung der kapitalistischen Modernisierung für nicht ausreichend. Zum anderen halten wir im Gegensatz zu Autonomen die derzeitigen (mehr oder weniger) offenen militanten Strukturen für nicht stark genug, der Modernisierung entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Auch glauben wir nicht, daß der Versuch des Aufbaus besserer Strukturen von innen heraus zu mehr als sich-im-Kreise-drehen und persönlichem Kräfteverschleiß führen wird. Wo keine strukturen existieren, die ihre permanenten Weiterentwicklung ermöglichen, gibt es letztere eben nicht.

Wir selbst gehören nicht zum traditionellen Teil der RZ. Wenn wir hier also die Möglichkeit klandestinen Widerstands jetzt erklären, verkaufen wir nicht lediglich unser eigenes altes - möglicherweise totgelaufenes - Konzept mit neuen Argumenten. Wie für alle anderen Formen, so sollte auch für die klandestinen und bewaffneten gelten, daß ihre Verwendung von der jeweiligen Situation abhängt und keine einmal getroffene Entscheidung für Gut anstatt Böse darstellt.

Insofern ist dieser Beitrag auch einer zur Diskussion um die "Radikale Linke", und wenn unser Ansatz auf Treffen und Kongreß nicht persönlich repräsentiert sein kann, so hoffen wir doch, daß er in den Köpfen trotzdem vorhanden ist.

Das Projekt "Radikale Linke" ist bekanntlich ja nicht der eigenen Stärke zu verdanken, sondern der Tatsache, daß sämtliche linken Ansätze der letzten Jahre mehr oder weniger gescheitert sind, sich auf jeden Fall kein Ansatz zu einer erfolgreichen massenhaften Perspektive verdichten konnte. Dies gilt auch für die RZ - und die Autonomen, auch wenn manche Autonomen aus der Tatsache, daß sie heute als einzige noch Mobilisierungsfähigkeit besitzen, fälschlicherweise politische Perspektivfähigkeit ableiten (siehe Interim Nr. 77: "geronimo"-Artikel). Auch ein aus dieser Schwäche geborenes Projekt ist schon für sich genommen ein Fortschritt, ist doch die Linke oft genug in schwachen Phasen nicht durch ein Aneinanderrücken, sondern durch Abgrenzungen und Kämpfe aller gegen alle gekennzeichnet.

(Dabei ist der Name "Radikale Linke" allerdings noch in zweierlei Hinsicht fragwürdig. Erstens stellt sich die Frage, wie denn eine Gruppe, deren erstes Vorbereitungstreff konspirativ in elitären Kreisen gehalten wurde bzw. werden sollte, für sich reklamieren kann, für die gesamte "Radikale Linke" zu sprechen. Zweitens impliziert der titel "RADIKALE Linke", daß es auch Linke geben kann, die nicht an die Wurzel des systems gehen. In einer Zeit der Begriffsverwirrungen ist es schwierig, aber wichtig, diese wieder klar zu besetzen. Zudem sollten wir die zahllosen, sich subjektiv als Linke fühlende Realo-grünen und SPdlerInnen nicht noch im Glauben bestätigen, etwas anderes als liberal zu sein.)

Trotzdem haben wir unsere Zweifel, ob und was sich aus dem Projekt praktisch ergeben wird. Natürlich ist es wichtig, nach Jahren ohne oder rein aktionsbezogener gemeinsamer Diskussion sich auf die jeweiligen theoretischen Positionen abzuklopfen. Es bleibt aber zu befürchten, daß das Projekt an der Frage der praktischen Militanz entweder zerbrechen wird oder nur von jenen weitergetragen werden kann, die praktische Militanz nur anderen Teilen der Linken überlassen können und wollen.

Rainer Trampert und Thomas Ebermann schreiben in ihrem "Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis 'Radikale Linke'": "Wir wollen mit einzelnen gemeinsamen Stellungnahmen in Tagespolitik intervenieren und auch zu relevanten Ereignissen mobilisieren, weil wir wissen, daß theoretische Erörterungen ohne interventionistische Praxis hohl bleiben muß." wohlgemerkt: die theoretische Erörterung wird nicht zur Entwicklung einer eigenen Praxis genutzt, sondern mit den theoretischen Erkenntnissen wird interveniert. Es ist zu befürchten, daß es vor allem eine Intervention in die Praxis anderer Gruppen und Bewegungen hinein wird. Uns würde als Entwurf für die "Radikale Linke" eher vorschweben, daß Gruppen aus der Praxis sich zusammensetzen und ein so weit wie möglich gehender Konsens besteht, um zum Beispiel in Momenten kurzfristiger Krisen wie nach den Startbahn-Schüssen gemeinsam politisch handlungsfähig zu bleiben, statt sich in die jeweiligen Gruppen zurückziehen zu müssen. die im Oktober-ak abgedruckten Stellungnahmen lassen aber eine andere Richtung erwarten: daß das Projekt zu einer Spielwiese all derjenigen wird, die sich mit Vorliebe ihre theoretischen Positionen um die Ohren hauen und daraus ihre gesellschaftliche Relevanz ableiten.

Wichtig ist es aber gerade, nicht nur die unterschiedlichen politischen Ansätze der letzten Jahre zu diskutieren, sondern auch die individuellen Formen des Einbringens im Widerstand. Die schon immer vorhandene Trennung von TheoretikerInnen und PraktikerInnen und die damit verbundene Hierarchisierung haben in den letzten Jahren oft noch zugenommen. Theoretische Radikalität ohne praktische Militanz steht allzu oft praktische Mi-

litanz ohne theoretische Erörterung gegenüber: "Es scheint so zu sein, daß sich die Waffe der Kritik und die Kritik der Waffen gegenseitig ausschliessen, zumindest in bezug auf die jeweiligen AkteurInnen" (Ingrid Strobl). Die militante Sprachlosigkeit des Kreuzberger 1. Mai 1989 und die wirkungslose Beredsamkeit der letzten ÖkosozialistInnen und Fundis in den Grünen zeigen, daß beide Seiten lange nicht mehr so weit auseinander waren wie jetzt.

Zur Erklärung muß man/frau dabei weder Profilierungssucht einerseits noch Militanzfetischismus andererseits unterstellen, auch wenn beides oft genug zutreffen mag. Unterschiedliche Sozialisation, verschieden entwickelte Ängste bedeuten unterschiedlich besetzte Positionen auch in der Linken: "Reden, Erklären und Belehren sind Fähigkeiten, die Angehörige der "neuen Mittelschichten" in der Regel erlernt haben. Gleichzeitig sind es Fähigkeiten, die in der Arbeit politischer Gruppen gefragt sind, nicht zuletzt, weil die meisten Leute nicht ohne weiteres darüber verfügen. Eine andere erlernte Fähigkeit ist die des "Triebaufschubs", d. h. Denk- und Verhaltensweisen zu entwickeln, die den persönlichen Einsatz nicht an kurzfristig ereich- und sichtbaren Ziele orientieren, sondern langfristig kalkuliert auf ein Ziel hinarbeiten" (aus: RZ, "Keine Startbahn West", August 1983).

Dabei geht es weniger um individuelle Vorwerfbarkeit: "Die Widersprüche, die die Frauen und Männer, die der herrschenden Gesellschaft den Kampf angesagt haben, sind zäh und zahlreich. Daneben diesen einen zwischen Feder und Gewehr zu lösen, können sie nur von sich selbst verlangen" (Ingrid Strobl). Es soll also nicht darum gehen, Thomas Ebermann die Haßmaske überzuziehen oder Autonome in Rhetorik-Seminare zu schicken. Es geht aber darum, daß, wenn die Arbeitsteilung schon nicht aufzuheben ist, sich beide Seiten dieser bewußt und damit auch über die Beschränktheit ihres eigenen Ansatzes im klaren sind.

(Vielleicht haben wir jetzt etwas zu viel genörgelt, weil es Linken immer leichter fällt, die Fliegen in der Suppe zu suchen und wir das "positive thinking" gerne den EsoterikerInnen überlassen. Der Ansatz "Radikale Linke" ist jedenfalls trotz allem einer der derzeit wichtigsten Ansätze, zu wichtig, um ihn links liegen zu lassen.)

Uns selbst geht es darum, Die Arbeitsteilung soweit wie möglich aufzuheben, die in die Praxis umzusetzen und umgekehrt - und alles mit unseren subjektiven Befindlichkeiten in Einklang zu bringen.

Postfordismus

Im folgenden soll also von den politisch-ökonomischen Veränderungen der letzten Jahre die Rede sein. Dabei Beschränken wir uns auf eine kurze Zusammenfassung - besser als Hirsch/Roth können wir es eh nicht ausdrücken. Auch die Frage, ob wir es mit einer "postfordistischen" (Hirsch/Roth) oder einer "fordistisch intensivierten" (Karl-Heinz Roth) zu tun haben, überlassen wir vesierteren als uns Freizeit-Ökonomen. Uns geht es vorallem um die Frage, was sich aus den politisch-ökonomischen Veränderungen als Konsequenz für Veränderungen linker Politik ergibt.

"Nach Hirsch und Roth hat die Krise, die Ende der 70er Jahre begonnen hatte, die kapitalistische Profitrate zu drücken, zwei Ursachen. Zum einen gelangte der"taylorisierte Arbeitsprozeß" an seine Produktivitätsgrenzen, die geringe Flexibilität und hohe Störanfälligkeit seiner technischen Anlagen machte schnelle Umstellungen auf veränderte Auftragslagen unmöglich. Auch Versuche, den sinkenden Profit durch Rationalisierung, d. h. Entlassung von ArbeiterInnen aufzufangen, scheiterten.

Zum anderenn schuf das Fließband einen neuen Typ von Massenarbeiter, der sich gegen die Monotonie und Entfremdung seiner Arbeit mit individuellen Widerstandsformen zur Wehr setzte. Krankfeiern, Sabotage, Schlamperei und geringe Arbeitsmoral schadetem dem Arbeitsablauf, der reibungslos zu funktionieren hatte. Das erkämpfte soziale Netz sorgte für eine drastische Erhöhung der Lohnnebenkosten, dessen schnellen Abbau die Absicherung durch Tarifverträge verhinderte. So wurde das fordistische System sich selbst zum Hemmschuh.

Eine wichtige Instanz zur Stabilisierung des Fordismus, die intensive Verflechtung von Staatsverwaltung und der Industrie zeigte sich in Krisenzeiten als relativ unflexibel. Andereseits setzten die Weltmarktverflechtungen den nationalstaatlichen Eigeninitiativen zur Krisenbewältigung enge Grenzen. Weltmarktpolitisch destabilisierend wirkte und wirkt sich auch die verschärfte Konkurrenz einerseits unter den Industrienationen, andererseits ein Eindringen von bestimmten Schwellenländern in zahlreiche Produktionszweige (Chips, Werften) und die viel beschriebene Schuldenkrise aus.

Auch ideologische Probleme der Plausibilität des Massenkonsums wurden immer stärker. das Auto als Vorzeigeobjekt des Fordismus, als Symbol für Massenwohlstand erwies sich, platt ausgedrückt, als Erzeuger von verstopften Straßen, Millionen von Verkehrstoten und dem sterbenden Wald. ein neues Umweltbewustsein und eine daraus enstehende starke Bewegung drängten den Staat zum Handeln und damit zu immensen Aufgaben (z. B. die Reduzierung des Atomenergieprojekts, Scheitern des "Schnellen Brüters"). es wurde und wird nicht mehr drauflos konsumiert, sondern Verbraucherorganisationen geben Informationen über sämtliche Konsumgüter, von den umweltschädlichen Waschmitteln bis zum Gift im Essen" ("Raus aus dem Ghetto - Rein in die Stadtteile???", "unzertrennlich" 10/11).

Möglichkeiten, die Krise aufzufangen, boten sich auf verschiedenen Ebenen:

- der technologischen:
Mikroelektronik und Bio- bzw. Gentechnologie sind nicht nur die Wachstumssektoren des Postfordismus, sondern bieten auch verbesserte Möglichkeiten der Arbeitsorganisation und der sozialen Kontrolle (dazu brauchen wir angesichts gewisser Papierberge nicht mehr zu sagen; wir empehlen aber die Erklärung der "revolutionären vire Thomas Müntzer" in der radikal 135). an dieser stelle ist ebenso die Umwelttechnologie zu erwähnen.

- der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und der ArbeiterInnen bei hoher Arbeitslosenquote: die Kämpfe der 60er/70er Jahre waren durch den Arbeitskräftemangel wesentlich weniger unter Druck zu setzen als heute. Eine hohe Arbeitslosenquote also nicht nur als Folge von Computerisierung, sondern als bewußtes Ziel.

Aber auch die bestehenden Arbeitsverhältnisse werden umgekrempelt, wenn möglich entgarantiert und flexibilisiert. Konnten JobberInnen im Fordismus noch Ausdruck einer Verweigerung sein, wurden sie zur idealen Beschäftigungsform des Postfordismus: ohne soziale Absicherung, unqualifiziert (=niedrige Löhne), flexibel und trotzdem abhängig.

Gleichzeitig wurde das im Vergleich mit anderen Ländern in der BRD/Westberlin gut ausgebaute soziale Netz gekappt: Senkung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, BAFÖG-Streichung, Gesundheitsreform nur als Stichworte. Sich jeder Form von Arbeit zu verweigern und - mehr schlecht als recht, aber immerhin- mit Sozialhilfe über Wasser zu halten, ist nicht mehr möglich, d.h. zum Teil freiwillig desintegrierte Teile der Bevölkerung werden wieder zur

Lohnarbeit und damit ins System zurückgezwungen.

Auch die Rolle der Gewerkschaft verändert sich: waren sie im Fordismus Bestandteil des Sozialpartnerschaftskonzepts (was nicht heißt, daß sie vom einzelnen Unternehmer geliebt werden mußten), werden nunmehr ihre Rechte massiv beschnitten. Zu einem Zeitpunkt ,wo die Gewerkschaft Aaufgrund ihrer kooperatistischen und staatsloyalen Zurichtung die Dimension des gegen sie gerichteten Angriffs kaum erkennen, gleichzeitig ihre Kampfkraft durch die jahrelange sich selbst auferlegten Zähmungen kaum gegeben ist, wird ihre zukünftige Rolle von außen grundlegend verändert. Die äußeren Formen bleiben erhalten (Streikrecht etc.), deren reale Möglichkeiten werden aber eingeschränkt. Für den Fall, daß sich Gewerkschaften doch unter dem Druck des Umbaus zur Zweidrittelgesellschaft radikalisieren sollten, wird vorgesorgt. Und ist schon die politische Radikalisierung des DGB kaum vorstellbar, die Propagierung nunmehr illegaler Aktionen ist es noch weniger. Die leidige Finanzierungsfrage (Streikgelder bei Aussperrung) tut ein übriges hinzu.

Die anvisierte Zweidrittelgesellschaft wird aber keine statische sein, in der die Rolle des/der einzelnen im sozialen Gefüge festgeschrieben ist. Sie wird eine sein, in der fast alle AkteurInnen von ständigen Aufs und Abs bedroht sind und dadurch in Atem gehalten werden sollen. "Der/die seine /ihre Lage erkennt, wie soll der/die aufzuhalten sein?" - So!

- der ideologischen: "Wenigen privilegierten Angestellten und neuen Selbstständigen steht die Masse von schlecht bezahlten, flexibel und unsicher Beschäftigten gegenüber... Dabei ist im Gegensatz zu früher die Mitte, gekennzeichnet durch den durchschnittlichen Facharbeiter als Normalverdiener, am schwinden. Auf dieser Grundlage bilden sich zwei unterschiedliche Konsummodelle heraus." (Freiburger Papier in der "unzertrennlich 11/12")

Discountläden und (Billig-)kaufhäuser für die einen, Boutiquen und das KaDeWe für die Yuppies. dabei geht es um mehr als eine Ansammlung teurer Läden und Kneipen. Vielmehr hat sich eine spezifische Yuppie-Kultur herausgebildet, die eine gewisse Hegemonie besitzt und Vorbildcharakter in breiten gesellschaftlichen Kreisen hat. Die Yuppie-Wortschöpfung "Zeitgeist" bezeichnet in der Tat, daß ihre Kultur Zeitgeist ist und damit die traditionelle kulturelle Avantgardefunktion der Linken seit 1968 abgeöst hat.

Hier ist es wichtig, zwischen den Erscheinungsformen der Yuppie-Kultur und ihrem sozialen Kontext zu unterscheiden. Problematisch ist jedoch nicht, daß diese Kultur die deutsche Blümchentapete ebenso wie die alternativ-autonome IKEA- und Matratzenkultur hinter sich läßt. Ebensowenig die Entwicklung einer Eßkultur jenseits von Wiener Schnitzel und Spaghetti mit Tomatensoße. Problematisch ist, daß dieser Stil Wenigen vorbehalten bleibt und auf der Ausbeutung anderer und der Zerstörung sozialer strukturen basiert und eines seiner psychologischen Erfolgsgeheimnisse die Sublimierung innerer und politischer Niederlagen durch bewußte Konkurrenz ist. Es zeigt sich, wie fatal es ist, die Auseinandersetzung über Kultur (Kultur im Sinne sowohl von Kunst als auch von Lebensweise) angesichts der notwendigen Kämpfe ums Überleben vernachlässiget zu haben. Die Formen der Kultur der Linken haben sich in den letzten Jahren nicht verändert. Weder sind ihre immanenten Probleme (WGs, "Beziehungen" z. B.) gelöst oder auch nur kollektiv angegangen worden noch haben sich neue kulturelle Formen herausgebildet. Linke Politik hat auch deshalb Anziehungskraft verloren. dem Trend zur linken Uniformierung (und dem Zwang dazu) steht die individuelle Übernahmen des Yuppie-Stils und oft damit einhergehend ihrer Ideologie gegenüber.

Yuppie-Ideologie, das bedeutet den alten Aufguß von Geld, Karriere und Macht im neuen Gewand. Die alte Version: der kalte, langweilige Bürokrat, verheiratet und Kinder, unflexibel, konservativ. sie reicht nicht aus, um die Kinder des Postfordismus als potentielle Führungsschicht zu gewinnwn. Kreativität, scheinbare Autonomie, systemimmanente Kritikfähigkeit (=SPD/AL umworbene Wählerschicht) und die Übernahme der seit 1968 gewonnen kulturellen Freiheiten machen es möglich, daß die Ausstrahlung der Yuppie-Kultur bis weit ins linke Lager hinein geht.

Gleichzeitig sind diese Eigenschaften notwendig, um im Postfordismus bestehen zu können. Gerade die Kritikfähigkeit hat die Umstellung auf gewinnbringende Investitionen im Ökologiebereich möglich gemacht und ist notwendig, um im firmeninternen und -externen intensivierten Konkurrenzkampf eigene Fehler rechtzeitig korrigieren zu können. Kreativität hilft Marktlücken zu entdecken und Technologien weiterzuentwickeln. Autonomie ist hier Ausdruck von Individualisierung und Konkurrenz; kulturelle Freiheiten kompensieren die Unterdrückung im Produktionsbereich. diese linken Eigenschaften: Kritikfähigkeit, Autonomie und Kreativität sind geblieben, weggefallen sind Solidarität, Aufklärung und Angriff. Was dabei heraus kommt, mag man/frau sich in Filmchen wie TigerLöwePanther reintun. Der Versuch, gesellschaftlich erlittene Niederlagen durch individuelle Glückssuche zu kompensieren, muß in die Grütze gehen. Zumal damit gleichzeitig das Instrumentarium verlorengeht, die eigene Leere und Unzufriedenheit erklären zu können - Esoterik hält ihren Einzug.

Dieses Anknüpfen an linke Tradition erfolgt nicht nur inhaltlich, sondern auch örtlich. Ziehen sich die Angehörigen der "alten" Führungsschichten in ihren Villen außerhalb des Stadtkerns zurück, bleiben die "neuen" in den Kiezen wie Kreuzberg und Schöneberg oder ziehen dorthin und mischen dort Wohn-, Einkaufs-, Arbeits- und Freizeitgebiet. wie das aussieht, ist bekannt. Verteuerung der Wohnungen, teure Lokale und Läden, Luxussanierung und damit Verteuerung der Wohnung, teure Lokale und Läden, Luxuissanierung und damit einhergehend die Vertreibung der alten EinwohnerInnen und Läden. Ist die Armut zunächst noch pittoreske Fassade ("Schlemmen in Hamburgs Bronx") und wird benötigt, um den eigenen Aufstieg sichtbar zu machen und mit den Wohnen in den "gefährlichen" Bezirken kokettiern zu können, wird sie gleichzeitig lästig, unerträglich, sanierungs- vertreibungsbedürftig. Ideologisch verkauft als "bunter Kiez" wird daraus bald ein Stadtteil, in dem Finanzschwache kein Bein mehr auf den Boden kriegen und zudem die Strukturen von Widerstand ausgetrocknet sind (siehe Schöneberg).

Insgesamt erfolgt so eine Umgestaltung der Städte. Zum einen der Städte unter sich. In der BRD drückt sich dies in einem Nord-Süd-Gefälle aus also die High-Tech-Zentren v. a. in Baden-Württemberg und in der Region München, das Bankenzentrum Frankfurt und kleinere Zentren, darunter das wieder erstarkte und subventionierte Westberlin. demgegnüber stehen die ehemals wirtschaftlich prosperierende Regionen im Norden (Hamburg, Bremen, Kiel mit Werftindustrie etc.) und Westen (Ruhrgebiet mit Stahl und Kohle). Aber auch innerhalb der Städte verstärken sich die Polarisierungen zwischen den Innenstädten sowie den innenstadtnahen, sanierten Altbaugebieten und den Außengebieten, hochgezogenen Neubaughettos und verfallengelassenen Altbauten, in denen allerdings noch eine strukturelle Aufwertung wie in anderen Altbaugebieten möglich ist (Siehe die jüngste Besetzung durch Wohndesigner in der Lehrter Str. -

was wird aus Moabit?).

Die Yuppifizierung ist also nicht nur ein materielles Problem für die Linke, sondern auch ein ideologisches. Gerade weil Grenzen und Übergänge fließend sind, Autonome in Computer machen, rührige Bürgerinitiativen mit Verkehrsberuhigung oft unbewußt das Geschäft der "Aufwertung" betreiben und ALer mit Sachzwang-Politik den Kitt zwischen knallharten Yuppies und sich selbst als links verstehenden etablierten Parteimitgliedern herstellen (die Risse in der AL zwischen der Pilotenspiel-Fraktion und den Ströbeles werden zugedeckt).

- als vierten und letzten Punkt möchten wir hier die Rückgewinnung der Länder des "realen Sozialismus" in den kapitalistischen Markt erwähnen. Momentan der Prozeß mit der größten Dynamik und den größtmöglichen Überraschungen. Deshalb möchten wir auch keinerlei präzise Prognose versuchen. Möglich erscheint vieles. Neben der Rekapitalisierung Ungarns und Polens mittlerweise auch die der DDR, der UdSSR und vielleicht bald auch der CSSR, Bulgariens und als letzter Staat Rumäniens; das Abbröckeln sowjetischer Republiken ebenso wie ein langfristiger sozialistischer Weg in einigen Staaten.

Die BRD selbst, ob wiedervereint oder mit einer DDR in kolonialem Status, wird ihre politisch-wirtschaftliche Hegenomie (auch mittels EG-Binnemarkt) über weite Teile Süd- Mittel- und Osteuropas ausdehnen können. Besonders Osteuropa bietet ein riesiges Feld für Investitionen, notwendig in Anbetracht gesättigter Märkte in den Metropolen und gescheiterter Entwicklungsmodelle im Trikont. Seit der Öffnung der Grenzen läuft auch Westberlin Gefahr, kein Zufluchtort mehr für deutschlandgeschädigte Linke zu sein. Die hier wie sonst nirgends entwickelte Subkultur könnte durch verstärkte Investitionen und den Umbau zur Wirtschaftsmetropole schneller als erwartet der Garaus gemacht werden. Auch insgesamt könnte dies ein Prozeß sein, der die Bedingungen der Linken in der BRD tiefgreifend verändern könnte und in die bisher nur in langfristigen Prozessen veränderbare BRD eine ungewohnte Dynamik tragen könnte.

Konnten die Staaten des "realen Sozialismus" in den letzten Jahren auch kein Orientierungspunkt der Linken hier mehr sein, waren sie aber doch wenigstens UnterstützerInnen trikontinentaler Befreiungsbewegungen und verringerten durch ihre Existenz den Glaubern an die Allmacht des Kapitalismus. In einer Phase politischer Orientierungslosigkeit und reformistischer Illusionen verschärft der Ausverkauf des "realen Sozialismus" die linke Krise in der BRD. Mehr noch als der ökonomische Einbruch des Kapitalismus in "sozialistisches" Terrain wirkt die Tatsache, daß dieser Einbruch gleichzeitig mit einem politisch-ideologischen verbunden ist. Zusammen mit dem Scheitern der in die trikontinentalen Befreiungsbewegungen gesetzten Hoffnungen (militärisch gescheiterte Revolutionen in El salvador, Chile, Umschlagen in Diktatur, Stalinismus und/oder Völkermord in Kambodscha, Iran, China; politisch gescheiterte Revolutionen wie in Portugal) trägt dies zur Utopie- und Hoffnungsverlust der Linken bei und führt noch mehr zu kurzfristiger Feuerwehr- und Tagespolitik. Eine Situation, in der unsere Minderheitenposition unübersehbar geworden ist, sich weder mit projezierten Hoffnungen auf proletarische Massen noch mit den "Wir sind Millionen und werden immer mehr"-Bildern der Friedens-/Ökologiebewegung intern oder auf Befreiungsbewegungen extern projezierten Hoffnungen zudecken läßt. Das heißt zu wissen, Minderheit zu sein, eine Minderheit zusein, die selbst von den Strukturen dieser Gesellschaft durchzogen ist, deren Befreiungskampf also außen und innen stattfinden muß.

Wo politische Hoffnungen sich als nichtig erweisen, deutlich wird, wie wenig ereicht worden ist, gleichzeitig sich die eigene ökonomische Situation verschärft und der Zwang zur Arbeit stärker wird, wenden Linke ihr Wissen um die Funktionsmechanismen des Systems in der BRD nicht mehr gegen dieses an, sondern benutzen es, um sich im inneren Konkurrenzkampf durchsetzen zu können. Ehemalige Linke sind aufgrund dieses Wissens geradezu prädestiniert, Führungspositionen zu besetzen.

Eine herausgebildete neue politische und wirtschaftliche Elite wird der Linken noch oft genug in die Suppe spucken. Die Auseinandersetzung mit ihr wird daher einer der zentralen Ansatzpunkte linker Politik in den nächsten Jahren sein müssen, wird Fronten klären, aber auch aufreißen und wird vor allem darauf achten müsse, sich bei der Auseinandersetzung nicht selbst zu ghettoisieren (1. Mai 89), sondern die Spaltung ins gegnerische Lager tragen müssen.

Apokalypse - not now ?

Warum wird die Linke in der BRD von den politischen Prozessen im "realen Sozialismus" so überrollt? Die Gewöhnung an den statischen Block im Osten und die Aufgabe als Hoffnungsträger für Veränderungen hier mögen dafür eine Erklärung bieten. Zudem können auch die besten Propheten den Zeitpunkt, in den sich in überlebte, nur durch Repression festgefügten Verhältnissen eine plötzliche Dynamik entwickelt, nur schwer vorhersagen.

Eine andere Erklärungsmöglichkeit liegt in den "Perspektiven", wie sie bis Mitte der 80er Jahre bis weit in die Linke hinein zu finden waren: "geplantes einsatzgebiet ist der nahe osten, gegebenenfalls aber auch westdeutschland oder osteuropa, da schon lange ein krieg gegen die sowjetunion erwogen, kalkuliert wird, nach pershing und cruise missiles, nach vielen infrastrukturmäßigen vorbereitungen usw. gehen die vorbereitungen für den geplanten krieg hier bzw. für die weltweit bereits geführten weiter" (Erklärung zum Anschlag auf Truppenübungsplatz der green berets bei Bad Tölz, 29. Mai 86, radikal 132/1).

Erwartet wurde von den bürgerlichsten Teilen der Friedensbewegung über die Autonomen bis zur RAF der große Krieg, die Apokalypse. In der Tat sprach auch vieles dafür: die immense Aufrüstung, der Verbalmilitarismus insbesondere der US-Administration, die militärischen Interventionen in Grenada, Libanon, Iran, Libyen, der Krieg Iran-Irak.

Heute, nur 3 1/2 Jahre nach der obigen Erklärung, sechs Jahre nach der Stationierung scheint alles anders zu sein: fast sämtliche militärischen Konflikte werden von den Supermächten deeskaliert (Afghanistan, Angola, Nicaragua), Befreiungsbewegungen verhandeln oder werden partiell geduldet (Südafrika, El Salvador), der Krieg Iran-Irak ist beendet, Pershing II und Cruisle Missiles werden abgerüstet, die "Falken" schließen Verträge ab. Die Linke steht fassungslos daneben und wiederholt gelangweilt und ohne Glauben an die eigene Warnung, was sie schon 83 gesagt hat.

Auch die Linke hat als Selbstzweck, als Aktion eines kriegslüsternen Systems oder dessen Herrscher interpretiert, nicht aber als kalkuliertes Mittel zum Zweck (damit soll nicht abgestritten werden,daß ein System, das auf Unbewußtheit und Unterdrückung basiert, die Irrationalität im Schlepptau hat und Kriege auch da provoziert, wo sie ihm objektiv mehr schaden als nützen).

Zu den wenigen Papiern, die es geschafft haben, die Aufrüstung der 80er Jahre aus der Dynamik der Krise und Krieg erklärt haben, gehört bekanntermaßen (?) "In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod" einer RZ von 1983 (um Kom-

mentaren vorzubeugen: wir laufen hier keine Gefahr, uns selbst zu zitieren und damit zu loben): "Die vielerorts beklagte Zuspitzung des Ost-West-Konflikts wird fälschlicherweise als Bruch und Kontrapunkt zur vorausgehenden Ära der Entspannungspolitik definiert, stellt sich aber bei genauem Hinsehen als deren logische Konsequenz und Weiterverfolgung mit anderen Mitteln heraus... der Zweck des heutigen imperialistischen Aufmarsches ist in erster Linie die schrankenlose Durchdringung des Ostblocks, gerade auch um in Krisen- und Neustrukturierungskosten auf ihn abzuwälzen und nicht seine militärische Vernichtung."

Diese Politik hat heute ihr Ziel weitgehend erreicht, die kapitalistische Durchdringung und ideologische Auflösung des Ostblocks geht voran. So ist die derzeitige Entspannungsphase erklärbar, die nur so lange anhalten wird wie sich der Ostblock und die Länder des Trikonts freiwillig unterwerfen und/oder die derzeitige kapitalistische Prosperität anhält. Die Linke aber, die sich gegen Aufrüstung, Waffensysteme, militärische Angriffe gewand hat, anstatt gegen den Kapitalismus, der in Krisenzeiten eben zu Krieg führt, kann daher auf eine "friedliche" Unterwerfung keine Antwort haben.

Auch von seiner anderen Seite, als wichtigen ökonomischen Faktor zur Krisenüberwindung, ist der Aufrüstungsprozeß kaum betrachtet worden. "Legitimiert durch wachsende internationale Instabilitäten und Konflikte im Gefolge der Fordismus-Krise dürfte seine (des Rüstungssektors) Stellung im ökonomischen Reproduktionsprozeß der entwickelten kapitalistischen Länder, auch der Bundesrepuplik stärker werden. Dabei spielt die USA eine entscheidende Rolle. das quasi "rechts-keynesianische" Konzept eines enormen staatlichen deficit spending zugunsten von Militärausgaben ist ein Kernbestandteil der von der Reagan-Administration betriebenen Wirtschaftspolitik. Um den Preis einer gewaltigen Staatsverschuldung, verbunden mit Dollarkurssteigerungen und hohen Handelsbilanzdefiziten führte dies zu Beginn der achziger Jahre zu einer Stabilisierung der US-Konjunktur bei gleichzeitig fortschreitender Destabilisierung dre internationalen Wirtschaft, Die amerikanische Rüstungspolitik zielt indessen weiter: Auf die großangelegte staatliche Subventionierung von High-Tech-Unternehmen, mit denen die technologische Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Industrie erhalten und verlorengegangen Positionen auf dem Weltmarkt wiedergewonnen werden sollen. Diese Form der Industriepolitik hat allerdings einen hohen Preis. Für einen möglichen spin-off der Rüstungstechnologie müssen sehre viel höhere Mittel als für vergleichbare ziviltechnologische ausgegeben werden und die gesamtwirtschaftlichen Nebeneffektive sind schwerwiegend... Generell bleibt es aber höchst zweifelhaft, ob die Intensivierung von Rüstungsproduktion und Rüstungstechnologie der - selbst unter kapitalistischen Bedingungen - optimale Weg zur Beschleunigung des technologischen Fortschritts ist. Der technologische Aufstieg Japans, kontrastiert mit dem relativen Niedergang der USA, scheint jedenfalls eher das Gegenteil zu beweisen" (Hirsch/Roth).

Jedenfalls stellt die Rüstungsproduktion heute einen so wichtigen ökonomischen Faktor dar, daß sie trotz weltweiter Abrüstungsprozesse auf hohem Niveau bleiben wird, auch wenn vereinzelt die Staatsausgaben dafür gekürzt werden (z. B. Reduzierung des US-SDI-Programms wegen immenser Staatsverschuldung), andererseits ist mit der gleichzeitig abgeflauten Apokalypse-Angst abgeflauten Friedens- und Anti-Kriegs-Bewegung jegliches Druckmittel genommen, auf die Reduzierung der Rüstungsforschungs- und produktion einzuwirken. Auch dies wird also Aufgabe einer antimodernistischen Linken sein.

Auch in der Ökologie/Anti-AKW-Bewegung war das Apokalypse-Moment präsent. (Wenn wir auf die Anti-AKW-Bewegung zurückblicken, finden wir dort das seltsame Phänomen, daß der radikale Teil sich lange Zeit über die Art der präsentierten Apokalypse abzugrenzen versuchte. Während der bürgerliche Teil anfangs nur mit der atomaren Verseuchung argumentierte, beschränkte sich der radikale Teil auf die Möglichkeit des Atombombenbaus und des damit verbundenen Ritts nach Osten. Bis heute ist die Verwunderung in manchen radikalen Kreisen groß darüber, daß ihre Argumentation von den Bürgerlichen problemlos übernommen werden konnte. Dafür mußten sich diese zwar von ihrem "Wir sind alle Opfer"-Bild lösen, aber noch lange keine Systemanalyse betreiben. Sie konnten wie die bürgerlichen Teile argumentieren: Der Atombombenbau als Projekt durchgeknallter Revanchisten, nicht erklärbar aus der Dymanik von Krise und Krieg.)

Das heutige Desinteresse der Linke an der ökologischen Frage rührt wohl auch daher, daß das erwartete Bild einer zubetonierten, entwaldeten, verstrahlten Welt, (vorerst) nicht eingetreten ist, und die Katastrophe in den Normalzustand integriert werden konnte. Die gesundheitlichen Folgen vollziehen sich unmeklicher, langsamer und individualisierter: Im Ansteigen der Krebsrate, Allergien, Pseudo-Krupp. Zudem ist Ökologie DAS Politikfeld der neuen grünen Führungsschichten (die die ganze Welt am liebsten auf die ökologische Problematik reduzieren würde), deren Projekt eines ökologischen Kapitalismus eine radikale Fraktion zur Unterstützung und Beschleunigung mitunter gut gebrauchen könnte. In der Tat wird es spannend, ob sich der weitblikkendere Kapitalismus eines Joschka Fischer gegen die kurzfristigen Partikularinteressen einzelner Industriezweige durchsetzen kann. Das wird vermutlich nur dann gelingen, wenn die Fischers für die unumgänglichen Produktionseinbußen in einigen Bereichen genügend neue Ersatzbereiche "erfinden" können.

Für die Linke aber sollte aus der Erkenntnis, daß sie dem Kapitalismus sein eigenes Überleben gesichert hat, nicht folgern, daß ökologische Politik nur Mittelschichtthema ist. Eben deshalb kann es zwar nicht vorrangig sein, aber da es eben noch keineswegs ausgemacht ist, ob es einen neuen Ökokapitalismus überhaupt geben kann, und die Entwicklung in Westberlin deutet da eher etwas in eine andere Richtung, sollte dieses Thema für die Linke nicht abgeschrieben sein. Gerade hier in Westberlin hätte es in den letzten Monaten genügend Punkte gegeben, an denen die Widersprüche des rosa-grünen Senats deutlicher gemacht hätten können: Stromtrasse, Schering (mit Verbindung zu Gentech- und Trikontgruppen), Grenzübergang Schichauweg autofreie Stadt etc.

Die Apokalypsefixiertheit hat die Linke daran gehindert, die ökonomischen Umwälzungsprozesse der letzten Jahre überhaupt wahrzunehmen. wo sie auf das Ende der Welt, mindestens aber allein auf die militärische Seite des Systems gestarrt hat, ist in Wirklichkeit der unspektakuläre Alltag neu organisiert worden. Dieser verhängnisvolle Fehler, die eigene Politik nicht aus dem Alltag heraus zu organisieren, sondern entlang der militärischen Seite des Gegners, der zudem noch ein persönliches Feindbild abgeben sollte, setzt sich bis heute fort.

Neben der Hafenstraße und dem 1. Mai in Kreuzberg bleiben heute Parteitage und Veranstaltungen von Neonazis der vorrangige Anlaß, um militante Gegenwehr zu organisieren. Die von Antifa-Gruppen erhobene Forderung nach antikapitalistischem Widerstand gegen Wohnungsnot, Miete und Deklassierung bleibt dabei verbal und wird nicht umgesetzt. Wo nazistische Organisationen aber nur

militärisch angegeangen werden, statt ihnen politisch das Wasser abzugraben, kann ihnen der militante Widerstand im Einzelfall durchaus recht sein, um sich als Opfer präsentieren zu können. Nazis und ihre potentiellen Sympathisanten sind eben Menschen und von daher anders zu behandeln als AKWs. Wenn militanter Antifaschismus NUR so ausschaut, trifft der Vorwurf des bürgerlichen Antifaschismus, Militanz würde den Rechten nur nutzen, leider oft genug zu.

Um noch ein Beispiel aufzugreifen: Während hier in Westberlin immer noch keine wirksame Gegenwehr gegen den Räumungstango des rosa-grünen Senats entwickelt wurde, erwarten einige schon sehnlichst den Bush-Besuch (bzw. den nächsten 1. Mai, aber das steht auf einem anderen Blatt). Auch hier: ein Festhalten an Symbolen (die im übrigen nicht mehr so wirksam sind, weil Bush einer US-Regierung in einer Phase ökonomischer, nicht militärischer Expansion vorsteht), statt konsequenter Praxis gegen die kapitalistische Normalität.

Bleibt die Frage: Warum die Apokalypsegläubigkeit der Linken, warum immer wieder der Versuch, den Gegner unbesiegbarer erscheinen zu lassen, als er ist? Dies wäre noch eine eigene Untersuchung wert, wir haben da keine fertigen Antworten. Es bliebt festzustellen, daß zur Begründung militanter Politik oft genug ein bürgerliches Widerstandsverständnis herhalten muß, auch wenn es im antikapitalistischen Gewand daherkommt: daß nämlich nur dort angegriffen wird, wo der Staat die von ihm offiziell vertretenen Werte wie Humanität und Freiheit sichtlich selbst mißachtet, nicht aber das alltägliche, strukturelle Gewaltverhältnis zur Begründung militanten Widerstands ausreicht. Zudem beschleicht uns der Verdacht, daß in der geäußerten Apokalypsefurcht sich eigentlich der Wunsch nach ihr ausdrückt: Wo die Verhältnisse als unveränderbare erscheinen, daß doch dann wenigstens das individualisierte Leiden und Sterben zum kollektiven werden möge.

Die Linke als kategorischer Imperativ?

Wenn wir hinter die nahezu unveränderten Parolen linker Flugblätter und Demonstrationen schauen, stellen wir oft fest: Es ging uns lange nicht mehr so schlecht wie heute. Die Individualisierung nicht nur der Entscheidung für Widerstand, sondern auch des Alltags hat zugenommen. die suche nach Glück ist privatisiert, dem Widerstand kommt lediglich die Sicherung ihrer materiellen Bedingungen zu. Dies macht erklärbarer, warum so viele Gruppen und Beziehungen immer wieder auseinanderfliegen: Weil die in diese gesteckten Ansprüche und Bedürfnisse nicht mit den nach außen postulierten Ansprüchen übereinstimmen. Viele laufen dabei Gefahr, nur Objekt zur Befriedigung anderer zu werden. Können sie diese Ansprüche nicht erfüllen, werden sie fallengelassen, anstatt die kollektive Befriedigung der eigenen Bedürfnisse unter Berücksichtigung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse anzugehen. Das bleiben in der Linken speist sich mehr aus dem Wissen um Wahrheiten und Notwendigkeien denn aus dem Lustgewinn. Die Linke als kategorischer Imperativ?

Natürlich können wir uns bei dieser Behauptung nur auf unsere eigenen Befindlichkeiten und die linke Buschtrommel (ist das nun rassistisch? d. sIn.) verlassen, aber schon dies ist ein Kennzeichen von Regression. Der Grundsatz "JedeR ist seines/ihres Glückes SchmiedIn" hat sich auch in der Linken durchgesetzt, mit der wichtigen Ausnahme, patriarchale Strukturen und Verhaltensweisen zu benennen (und zu verändern), werden individuelle Konflikte nicht mehr als gesellschaftliche interpretiert.

Dazu wäre auch noch ein eigener Aufsatz fällig. Uns selbst fällt es immer noch schwer, den Wust zerstörter oder nicht vorhandener Kollektivität begrifflich zu fassen. Gleichzeitig ist die Frage nach der innerlinken Verfassung (individuell wie politisch) natürlich entscheidend für die Frage, welche Aussichten ein militanter, klandestiner Ansatz in schlechten linken Zeiten hat. Also: Ist unser Ansatz nicht lediglich eine andere Version des militanten Subjektivismus, den wir gerade am autonomen Ansatz kritisieren? die ewige "Jetzt und Hier"-Revolte statt der Bestimmung aus den objektiven Verhältnissen heraus?

Erstens gilt natürlich: "nur im kampf gibt es das moment der harmonie" (s. "kamalatta") (der Umkehrschluß, daß "Harmonie" zwangsläufig aus dem Kampf resultiert, ist ja hinreichend widerlegt worden), d. h. der Versuch, erst unsere inneren Verhältnisse zu ordnen und dann mit gelösten Problemen den Kampf aufzunehmen, ist Unfug.

Daran schließt der zweite Punkt gleich an: Das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis ist keine lineares, sondern ein dialektisches. Heißt: Widerstand entwickelt sich nicht, indem die gesamte Linke irgendwann DIE Strategie entwickelt, die nur noch umgesetzt werden muß oder indem irgednwann der historische Punkt da ist, an dem der Aufstand sich von selbst ergibt. Wir werden nicht warten können, bis die gesamte Linke eine antimodernitischen Politik massiv angeht (dazu bestehen überhaupt keine Strukturen, die einensolchen Diskussionsprozeß führen könntens), sondern mit Aktionen die Diskussion beschleunigen. Dabei wird es darauf ankommen, die Aktionen provokativ, aber nicht kontraproduktiv zu halten. Beispiel "Kübel":Die "Kübel"-Aktion wäre nicht ausden autonomen Strukturen selbst zu entwickeln gewesen (weder hätte eine ausreichende Einigkeit erzielt werden können, noch wäre eine ausreichende Militanz zu erreichen gewesen, um das "Maxwell" zu schließen), hat aber neben der Schließung des Lokals eine Menge wichtiger Diskussionen vorangebracht.

Drittens: eine militante Linke, die keine Militanz praktiziert, ist keine. Militanz hat ihre Rechtfertigung immer nicht nur aus der Tatsache abgeleitet, daß Staat und Kapital nicht freiwillig und durch gutes Zureden weichen werden, Militanz ist AUCH als Selbstbefreiung, als Überwindung der verinnerlichten Gewaltverhältnissse notwendig: "Wer das Gesetz nicht bricht, wird vom Gesetz geborchen." Insofern wird es notwendig sein, eine Politik zu entwickeln, die auch in politisch ruhigen Zeiten sinnvolle Militanz ermöglicht. Geschieht dies nicht, wird sich dieses Bedürfnis - als unausgesprochene Notwendigkeit und Grundkonsens der militanten Linken - entweder an politsich kontraproduktiven Punkten entwickeln oder aggressiv in innerlinke Zusammenhänge und Beziehungen hineingetragen werden.

Viertens: Wenn die Analyse richtig ist, daß sich der Postfordismus über verstärkte Individualisierung durchsetzt, werden Massenbewegungen schwerer organisierbar sein. Im Produktionsbereich wird der klassische Typ der Massenfabrik durch Hausfrauisierung, Rationalisierung, verstärkte Kontrollmechanismen und wechselnde Belegschaften reduziert bis abgeschafft. die räumlichen Voraussetzungen für die Organisierung von Widerstand wie beispielsweise bei den Fabrikkämpfen Italiens, Frankreichs oder den wenigen wilden Streiks in der BRD schwinden. Zusätzlich wird die Abhängigkeit der Einzelnen von dem einen Arbeitsplatz stärker, das Risiko der Auflehnung steigt mit der Entgarantierung.

Aber auch im Reproduktionsbereich wird Widerstand schwerer organisierbar: Die Durchmischung von Stadtteilen zerstört räumliche Zusammenhänge wie manifestierte Geschichte. Zudem nimmt der Reproduktionsbereich, in dem rein zeitlich

die Organisierung von Widerstand möglich ist, durch den zunehmenden Zwang zur Arbeit ab.

Wenn sich also die Organisationsbedingungen von Widerstand verändern, kann darauf nicht einfach mit den alten Konzepten geantwortet werden. Wenn der/die flexibilisierte ArbeiterIn geschaffen wurde, um Widerstand unmöglich zu machen, können sich diese eben nicht ohne weiteres organisieren, um dieses Konzept zu brechen. Wenn die soziale Durchmischung von Stadtteilen durchgesetzt worden ist, werden die Yuppies nicht für den Kampf gegen die Miete zu gewinnen sein und ein geschlossener Stadtteilwiderstand unmöglich.

Die Hochburgen militanten Widerstands, die einzigen Orte, wo die Linke wenigstens partiell noch Machtfaktor ist, liegen denn auch da, wo die Umstrukturierungt nicht abgeschlossen ist, wo sich aus früheren Bewegungszeiten politische Altlasten für die Herrschenden erhalten haben, die eben diese Umstrukturierung verhindern wollen: Berlin (-Kreuzberg) und Hamburg. selbst eine ehemalige Bewegungsmetropole wie Rhein-Main liegt (u. a. nach der weit fortgeschrittenen Umstrukturierung zum provinziellen Banken-Mainhattan) weitgehend am Boden, von den süddeutschen High-tech-Metropolen erst gar nicht zu reden. Der freiburger Beitrag in der "unzertrennlich" kommt nach einer hervorragenden Analyse der Umwandlung des revolutionärsten Städtchens in Südbaden zur regionalen High-tech-Metropole genau da ins schwimmen, wo es um die Organisierung von Gegenmacht geht: "der Hebel für eine Verbreiterung des Widerstand ist für uns die Krisenhaftigkeit des gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesses" (erstens ist das, was hier mit "Krise" bezeichnet wird, nämlich die Einschnitte ins soziale Netz, keine, sondern gehört zum System des Postfordismus, zweitens ist das setzen auf die Krise als Kampfbeginn schon des öfteren gescheitert und reduziert zudem die Frage des Kommunismus/Anarchismus auf eine der Überwindung der ökonomischen Verelendung). "Es wird auch in Freiburg zu Brüchen, Widersprüchen und zu Widerstand gegen die herrschende Politik kommen" (kann das untere Drittel nicht auch mit resignativen Perspektiven und Unbewußtmachung ruhig gestellt werden?). "Wir nehmen damit Abschied von der Vorstellung einer revolutionären Umwälzung aus der Kraft einer geeinten Linken und setzen dagegen die notorische Hoffnung auf eine selbständige, um ihre sozialen Interessen kämpfende Bewegung, an deren Seite die Linke ihre Aufgabe finden kann."

Die entscheidende Frage wird dabei von der "Hoffnung" zugedeckt: Wie soll sich eine Massenperspektive gegen den Postfordismus entwickeln, wenn deren Subjekte individualisiert sind, das Bewußtsein linker Geschichte und damit der Möglichkeit und der Erfolgsaussicht von Widerstand zerstört und die Repression die Reste von Widerstand ohne großes Aufsehen im Keim ersticken kann? Die Linke wird also weder darauf bauen können, daß die Marginalisierten Widerstand leisten, noch darauf, daß ein solcher Widerstand politisch wirksame Formen ergreifen wird. Die derzeitigen isoliereten Hausbesetzungen in Westberlin, aber auch in westdeutschen Städten deuten eher in die Richtung, daß mit der ökonomischen Marginalisierung auch die Margnialisierung der Politikformen zunimmt. (Oder haben wir es hier nur wieder einmal mit einem schlichten Generationswechsel zu tun, bei dem alte Erfahrungen weder weitergegeben noch angeeignet werden?)

Fünftens: der Postfordismus befindet sich noch in der Phase seiner gesellschaftlichen Konsolidierung, d. h. seine ideologischen, ökonomischen und repressiven Komponenten sind für Störungen wesentlich anfälliger als nach jahrelang erprobter Regulierung kleinerer Störungen. (es ist ja müßig, mit dem historischen Konjunktiv zu arbeiten, trotzdem ist es reizvoll, sich vorzustellen, ob und wie sich der Fordismus bei massiven Widerständen gegen die erste Einführung des Fließbandes in den Ford-werken durchgesetzt hätte.)

Überflüssig zu sagen, daß der Postfordismus natürlich kein System ist, das die kapitalistischen Widersprüche auf Dauer zu lösen vermag. Als Beispiele seien angeführt: Auch nach einer wirtschaftlichen Unterwerfung des Ostblocks wird der Imperialismus irgendwann an seine natürlichen Grenzen stoßen; die Marktsättigung wird auch in den derzeit expandierenden Sektoren wie high-tech und Gentechnolgie ereicht werden; der Widerspruch zwischen dem Fall der Lohnrate bzw. Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der benötigten Kaufkraft wird nur zeitlich zu lösen sein.

Allerdings wird ein konsolidierter Postfordismus in der Lage sein, Widersprüche auf Eis zu legen und/oder durch ein institutionalisiertes System der Konfliktregelung zu befrieden. Auch deshalb kann die Linke nicht zusehen und allein auf einen langfristigen Prozeß der Entstehung von Gegenmacht hoffen und warten, bis ihr theoretisches Rüstzeug, das momentan immer einige Jahre hinter der realen Entwicklung hinterherhinkt, in der Lage ist, diesen Prozeß allumfassend zu deuten.

Faschisierung und postfordistische Konsolidierung - ein Widerspruch?

Einer jener Widersprüche, die eine ruhige sozialdemokratische Konsolidierung des Postfordismus behindern, ist die zunehmende Faschisierung. Innerhalb eines Jahres sind die "Republikaner" ein selbstverständlicher Faktor in der bundesdeutschen Parteienlandschaft geworden, das Wiedervereinigungs-Gerede bekommt zum ersten Mal einen realen Kern und die Szenen an der Mauer erinnerten bedenklich an Vergangenes, gerade weil die, die dort die Mauer niederklopften, keiner Parteien, sondern nur noch deutsch kannten.

Die Frage, ob der Faschismus im Gegensatz zur kapitalistischen Entwicklung steht, ist ein beliebtes und altes linkes Streitthema. Wir denken, daß die derzeitige Entwicklung für das Kapital objektiv notwendig ist, auch wenn sie partiell Schaden anrichten wird. "Das kapitalistische System des "freien Westens" hat - jenseits seines Warenangebots - in den letzten 40 Jahren keine Legitimation gebraucht. Jetzt wird es eine brauchen, und da es keine gibt, wird es ideologisch und gesellschaftlich-organisatorisch mobil machen müssen, um die drohenden Auseinandersetzungen, die Revolten, Randalen und Riots umzubiegen und zu kanalisieren. Die einzige radikale Kampfideologie jedoch, über die der Imperialismus verfügt, ist das Faschismus-/Sexismus-/Rassismus- und Nationalismus-Syndrom" (RZ: "In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod").

Insofern ist die Faschisierung also notwendig, da das untere Drittel nicht still genug halten wird, um den Konflikt sozialdemokratisch oder orangegrün regulieren zu können. trotzdem wird diese sich ökonomisch durchaus widersprüchlich auswirken können: Eine im Gefolge der Wiedervereinigungs-Propaganda (angegliederte DDR) könnte in Anbetracht der dann notwendigen Subventionen durchaus teurer sein als ein im Kolonialstatus belassene; und auch kanalisierte Auseinandersetzungen sind schlechter als gar keine, bieten die Möglichkeit eines linken Wiedererstarkens.

Es ist schwer festzulegen, wo die schwerpunktmäßige Auseinandersetzung mit den Faschisten und dem Faschismus nur den Normalbetrieb des Kapitalismus absichert. Dies wäre sicher der Fall, wenn gesellschaftlich relativ isolierte Faschistische Gruppen zum Hauptgegner erklärt würden. Derzeit wird die Auseinanderset-

zung mit der faschistischen, sexistischen, rassistischen und nationalistischen Ideologie notwendiger, gerade weil ihr Gedankengut zum gesellschaftlichen Allgemeingut zu werden droht. Trotzdem muß über dieser Auseinandersetzung auch die Erkenntnis "Hinter dem Faschismus steht das Kapital" in die Praxis umgesetzt werden.

RZ - noch immer: Mythen knacken!

Unter diesem Text steht ein deutsches Markenzeichen. Wenn auch nicht gesetzlich geschützt, so steht es doch für eine linke Instituion, verbunden mit bestimmten Erwartungen. Wir haben es mit Absicht gewählt: es steht für ein Politik, die ihre militanten klandestinen Aktionen am Stand der Bewegung orientiert, ohne sich den Bewegungslogiken und -zyklen unterzuordnen, dabei Theorie und Praxis verbindet und Kontinuität entwickelt. Obwohl für uns aus diesem Gesichtspunkt heraus klar wird, daß wir nicht zur "guerilla diffusa" autonomer Aktionsgruppen gehören, hat es doch einige Zeit gebraucht, bis wir uns zur Verwendung des Markenzeichens entschlossen haben.



Das liegt nicht nur an dem damit verbundenen erhöhten Fahndungsdruck, sondern auch an dem real existierenden Mythos "RZ". Der erklärt sich zum einen aus der Bereitschaft vieler Linker, eine die persönliche Gefährdung beinhaltende Kampfform nicht für sich selbst in betracht ziehen zu wollen, deshalb zu mythologisieren und damit von sich wegzuschieben. Die KämpferInnen werden zu Übermenschen, die Methoden für nicht nachmachbar erklärt. Andere RZs haben sich damit immer wieder auseinandergesetzt, das Bedürfnis, die Frage des bewaffneten Kampfs nicht an sich ranzulassen, scheint aber größer zu sein als die weite Verbreitung der Erklärungen.

Aber die RZ selbst läuft Gefahr, zum Mythos zu werden, wo sie ihre Aktionen bloß reproduziert, ohne auf ihre politischen Wirkungen zu achten. Dies scheint zumindest zum Teil bei der Kampagne gegen Ausländer- und Flüchtlingspolitik gegeben. Jenseits des konkreten Schadens, den vor allem die Datenvernichtung in der berliner Asylbehörde und dem Ausländerzentralregister in Köln anrichtete, hat die Anschlagserie politisch nicht viel bewirkt. wenn eine RZ anläßlich der neuerlichen Anschläge vom 9. Mai 89 auf das OVG Münster und VG Düsseldorf nochmals betont, daß ihre Kampagne an die gesamte autonome und sozialrevolutionäre Linke gerichtet gewesen sei, so stellt sich die Frage, ob nicht schon damals abzusehen war, daß diese darauf nicht reagieren würde. Und wenn ihr sagt: "wir hatten nie Illusionen, daß Teile der proletarischen Jugend,, der Frauen, der Arbeitslosen oder andere Teile der Gesellschaft rasch gemeinsame Interessen mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen entwickel würden, dafür greifen Sexismus und Rassismus nur zu gut. Antiimperialismus muß aber genau dort angesiedelt sein und diese Knoten durchschlagen", dann gibt dies eben keine Antwort auf das "wie?", wird die Kampagne voluntaristisch.

Das wäre sicher noch genauere Auseinandersetzungen wert. Im Moment möchten wir nicht mehr dazu schreiben, weil die Auseinandersetzung um die gelaufenen Kämpfe zunächst Aufgabe derjenigen ist, die in diesen dringesteckt haben. Uns geht es hier auch nicht darum, in das beliebte linke spiel einzufallen, die wenigen, die kontinuierlich militante Politik machen, noch dafür zu schelten, daß sie nicht darauf achten, daß der rest so'n schlapper Haufen ist und nicht mitkommt (und sich selbst daran am Kneipentisch in analytischem Wohlgefallen zu ergötzen), sondern darum, daß Auseinandersetzungen innerhalb der Zellen offener - heißt: in der linken Öffentlichkeit - geführt werden und die internen Widersprüche nicht erst nach Kampagnenabschluß bekanntgegeben werden (siehe Startbahn-Papier). Die Zellen würden einen Teil ihres Mythos verlieren und zu ihrer Verbreiterung beitragen, wenn ihre internen politischen Prozesse nachvollziehbarer würden.

Allerdings hat der Mythos auch sein Gutes. Die hochgesteckten Erwartungen an ein RZ-Projekt in Bezug auf theoretische Vermittlung, praktische Ausführung und Kontinuität haben uns daran gehindert, unsere Ungeduld schon früher in Aktion zu verwandeln. Wir treten also erst zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit, wo wir glauben, den obengenannten Punkten eingermaßen gewachsen zu sein. Anderen Projekten wird es vermutlich ähnlich gegangen sein, vielleicht haben sie in diesem stadium aufgegeben. ein kontinuierlicher öffentlicher Diskussionsprozeß könnte dazu beitragen, sowohl ein hochstehendes Diskussions- und Aktionsniveau zu wahren als auch andere Projekte nicht in einem Stadium, in dem derzeit die jeweiligen Gruppen auch in der theoretischen Entwicklung ganz auf sich selbst gestellt sind, scheitern zu lassen.

Noch an zwei anderen Punkten haben wir lange gehangen, als es für uns darum ging, selbst teil der RZ zu werden. Zum einen ist es für uns bis heute nicht ganz klar, wie das Verhältnis zwischen den einzelnen Zellen ausschaut, das heißt, wie sich eine gemeinsame politsiche Linie bestimmt. Sicher ist jede Zelle autonom und besitzen nicht nur die "Urzellen" Anrecht auf das Markenzeichen. Trotzdem entbehrt die vom Verfassungsschutz zum Teil betriebene Unterscheidung in Ur-rZ und sogenannte "Resonanz-Zellen" nicht jeglicher Grundlage. In der Tat fällt es größeren Zellenstrukturen leichter, theoretische Vorstellungen zu formulieren, praktisch umzusetzen und damit politische Vorgaben zu leisten, denen sich kleiner Zellenstrukturen oft nur noch anschließen können.

Wir würden also wünschen, daß Gruppen der älteren RZ dazu in der Lage wären, die eigene Geschichte selbstkritisch aufzuarbeiten (z. B. die Ursachen dafür zu suchen, daß das RZ-Konzept heute nicht massenhaft verbreitet ist) und dabei gleichzeitig Vorschläge für die interzelluläre Demokratisierung zu machen,, die natürlich an den Grenzen der Repression ihr Ende findet.

Zum zweiten haben wir mit einigen wenigen Aktionen in der RZ-Geschichte Schwierigkeiten, namentlich vor allem an der Beteiligung an der Flugzeugentführung nach Entebbe. Sicher, die Zeiten, in denen Flugzeugentführungen Mittel der militanten Linken sein konnten, sind vorüber, eine Wiederholungsgefahr besteht nicht. Trotzdem stimmt es bedenklich, wenn das einzige, was im "200 Jahre RZ"-Buch dazu steht, der Gruß an die dabei umgekommenen RZler ist. Unseres Wissens gibt es auch keinen anderen RZ-text, der sich kritisch mit dieser Aktion auseinandersetzt.

Den Bleiwüsten Taten folgen lassen

Im letzten Abschnitt soll es darum gehen, unser Konzept vorzustellen. Um nochmal kurz zusammenzufassen: Um die Linke ist es derzeit nicht gut bestellt, auch nicht um die militante. es fehlt sowohl an ihrer Massenhaftigkeit als auch an der Militanz. Wo nur auf Massenmilitanz gesetzt wird,

bildet sich schnell ein "Teufelskreislauf" heraus. es wird nichts durchgesetzt, weil es keine handlungsfähigen Massen gibt, und es gibt keine handlungsfähigen Massen, weil es keine durchsetzungsfähigen Perspektiven gibt. Hinzu kommt die postfordistische Einkreisung durch politische Integration (mittels Grüne/AL und Einkleidung linker Politikformen und -forderungen ins kapitalistische Kleid) und verstärkte Individualisierungsprozesse (verstärkter Zwang zur arbeit, Mikroelektronik, dezentrale Fabrik, "bunter" Kiez). die Rückgewinnung politischer Definitionsmacht (also der Tatsache, daß sich andere gesellschaftliche Gruppen über die Linke definieren müssen) und einer zur Durchsetzungsfähigkeit erforderlichen Militanz wird allein weder über theoretische Diskussionen noch durch "spontan" entstehende Momente von Massenmilitanz erreicht werden. Aus einer schwachen Position zu wachsen kann erreicht werden, wenn mit einer Mischung aus provokanter Aktion und theoretischer Vermittlung die Finger in ideologische Widersprüche des Gegners gelegt werden und dabei Formen gewählt werden, die weder übersehen werden können, noch uns bei denen diskreditieren, die wir erreichen wollen.

Uns ist dazu ein historisches Beispiel eingefallen: der Höhepunkt der 68er-Bewegung war nicht nur Folge theoretischer Diskussionen oder plötzlicher empörung nach den schüssen auf Rudi Dutschke. vorangegangen war zum Beispiel die Plakataktion, bei der illegale Plakate gegen den Vietnamkrieg in Westberlin geklebt wurden. Eine für uns heute lächerlich wirkende Aktion, die niemand mehr entsetzen könnte, damals aber traf sie genau den richtigen politischen Punkt: Im SDS fand über die Aktion eine Weiterentwicklung und Politisierung statt, ohne ein grundsätzliches Miteinander unmöglich zu machen. Die bürgerliche Öffentlichkeit erreichte mit ihrer geäußerten Abscheu genau die Aufmerksamkeit, die den bislang kleinen Zirkeln Zulauf brachte. gleiches gilt für die Eierwurf-Aktion auf das Amerikahaus.

Unser Projekt geht in eine ähnliche Richtung, wenn auch natürlich auf einem anderen Niveau, einer mehr als zwanzigjährigen Geschichte militanten Kampfs in der BRD/Westberlin angemessen. Uns geht es darum, die boomenden Sektoren des Postfordismus und seine ideologischen Protagonisten praktisch anzugreifen, d. h. Sachschaden anzurichten.

Wir versprechen uns mehrere Wirkungen davon:

- die Selbstverständlichkeit und politische Unangefochtenheit, mit der Mikroelektronik und Yuppie-Kultur bis weit in die Linke Einzug halten, zu durchbrechen; das mühsam verdrängte schlechte Gewissen der Linken bei ihrem Gebrauch (das in der taz in wüsten Haßtiraden auf ihre Verweigerer durchbricht) wieder auszugraben.
- in Anbetracht der Dezentralisierung in viele kleine Unternehmen können einzelne direkt zur Aufgabe gezwungen werden. Auch schon angesiedelte betriebe der "High-tech"-Branche sind wesentlich flexibler im Umzug als Unternehmen "alter" Branchen. Langfristig betrachtet würden wir gerne dazu beitragen, das wieder im Aufwind befindliche Westberliner Investitionsklima zu schwächen.
- der Perspektivlosigkeit und Handlungshemmung der Linken ein Stück weit entgegenzuwirken.

Unsere eigenen Kräfte sind dabei natürlich begrenzt. was in der Kraft einer Zelle liegt, geht über einige Aktionen im Jahr nicht hinaus. Trotdem denken wir, damit eine gewisse Wirkung erzielen zu können. Die politsichen Chancen klandestiner Aktionen sind dabei oft von ihren Trägern über- und von ihren Gegnern unterschätzt worden. Uns ist es wichtig, ein nüchternes Verhältnis zu ihnen zu haben. Klandestine Aktionen können Kontinuität bewirken, Prozesse auslösen und Gegner verunsichern, sie können aber weder politische Dynamik noch Diskussionen einer Massenbewegung ersetzen und nicht zur Entwicklung einer eigenen Kultur beitragen. Was wir können, ist immer ein Stück weiter zu gehen, als die Bewegungen bzw. die Linke als Ganzes vermögen. wenn sich dies auf den Kiez beschränkt, können wir in den Grunewald gehen, wenn sich trotz jahrelanger Diskussionen zu wenige Menschen zu einer Demo gegen gentechnologie finden, können wir schon mal vorgehen, wenn wegen ihrer Überwachung Hausbesetzern das vorgehen gegen ihre Spekulanten unmöglich ist, ist dies für uns möglich.

Problematisch dabei bleibt, daß wir uns die Verwirklichung eines solchen Konzepts erstmal nur in den linken Hochburgen Westberlin und Hamburg vorstellen können. also dort, wo klandestine Aktionen nicht isolierte Einzelakte sind, sondern breiter diskutiert werden, potentiell vermassbar sind und dadurch politischen Druck ausüben können. Ob ein solches Konzept auch dort, wo die postfordistische Umstrukturierung schon weit fortgeschritten ist, namentlich in Städten wie Stuttgart und München oder in Städten mit traditionell kleiner Szene, umzusetzen ist, wagen wir zu bezweifeln. Sicher ist aber, daß das derzeti praktizierte Im-eigenen-Sumpf-wühlen, auf Initiativen von Außen warten und Kleinst-Aktionen keine Perspektive bieten. Vielleicht hilft hier nur der Versuch, gegen eine regional umgesetzte Umstrukturierung bundesweit öffentlich aktiv zu werden und dies mit klandestinen Aktionen zu verbinden. Aber dies können wir natürlich nicht am grünen Tisch entscheiden, das muß aus der Diskussion entschieden werden. aber diese Diskussion ist überfällig.

Konzeptionell ist das genau das Gegenteil auf die Beschränkung auf die Revolution in einem Kiez (Papier "Vom Riot zur Revolution"). Es ist wichtig, Strukturen von Gegenmacht in den "eigenen" Stadtviertel aufzubauen und eine evtl. soziale Durchmischung zu verhindern. Problematisch wird es aber schon bei der Frage, ob jeder Kleinkapitalist aus dem Kiez rausgeschmissen werden kann, insbesondere dann, wenn keine Gegenstrukturen vorhanden sind.wo gehen wir denn noch einkaufen bzw. - klauen, wenn KAISERs und Plus aus SO 36 draußen sind? Schon da wird klar, daß die Entwicklung der marginalisierten Stadtteile nicht ohne die Entwicklung der reichen betrachtet werden kann. Der Angriff auf Penny im Kiez schreckt die High-tech-firmen in Charlottenburg und Wilmersdorf nicht, die Zerstörung einer Spielhalle in Kreuzberg nicht die Schöneberger Schicki-Kneipen. Was in SO 36 zu sehen ist, ist Resteverwertung und Symptom, Ursache ist die Wirtschaftsentwicklung, die sich vor allem in den Innenstädten umsetzt (die Yuppiefizierung von SO 36 und die Durchsetzung mit Spielhallen entspringt übrigens zwei verschiedenen Konzepten - "Aufwertung" bzw. "Resteverwertung" -,von denen sich auf Dauer nur eines durchsetzen wird).

Für uns sieht das dann so aus, daß wir zu jeder Aktion nochmal ein ausführliches Papier schreiben werden, in das wir alles reinpacken, was wir hier nur kurz anreißen konnten und natürlich aktuelle Entwicklungen berücksichtigen. Wbenso hoffen wir auf Reaktionen auf diese Papier, wobei wir uns über die beschriebenen schwach ausgeprägten Strukturen im klaren sind, die oft aus rein zeitlichen Gründen keine Reaktion zulassen und erst dann reagieren, wenn Aktionen Stellungnahmen einfordern. Notgedrungen ist der letzte Abschnitt etwas vage gefaßt. Was hier fehlt, wird die Praxis zeigen. Wir hoffen auf eine fruchtbare Auseinandersetzung, die uns die Ahnung eines anderen Lebens wieder ein Stück weit näher bringen wird.

Im November 1989

Revolutionäre Zelle

ERKLÄRUNG DER RAF ZUM ANSCHLAG GEGEN DEUTSCHE BANK VORSTANDSSPRECHER HERRHAUSEN

"DIE REVOLUTIONÄREN PROZESSE SIND DIE ERFAHRUNGEN, DIE AUS DER AGONIE ZWISCHEN LEBEN UND TOD HERAUS, HIN ZU EINEM ENTSCHLOSSENEN KAMPF FÜR DAS LEBEN GEFÜHRT WERDEN"

am 30.11.1989 haben wir mit dem "kommando wolfgang beer" den chef der deutschen bank, alfred herrhausen, hingerichtet: mit einer selbstgebastelten hohlladungsmine haben wir seinen gepanzerten mercedes gesprengt.

durch die geschichte der deutschen bank zieht sich die blutspur zweier weltkriege und millionenfacher ausbeutung und in dieser kontinuität regierte herrhausen an der spitze dieses machtzentrums der deutschen wirtschaft; er war der mächtigste führer in europa.

deutsche bank, das ist quer durch europa in weiten teilen der welt zum symbol für die macht und herrschaft geworden, die überall frontal mit den fundamentalen interessen der menschen nach einem leben in würde und selbstbestimmung zusammenstößt. unter herrhausens regie hat sich die deutsche bank zur europaweit größten bank aufgeschwungen und dominiert die wirtschaftliche und politische entwicklung. sie hat ihr netz über ganz westeuropa geworfen und steht an der spitze der faschistischen kapitalstruktur, gegen die sich jeder durchsetzen muß. seit jahren bereitet sie den einbruch in die länder osteuropas vor. jetzt steht sie und andere lauernd in den startlöchern, um auch die menschen dort wieder dem diktat und der logik kapitalistischer ausbeutung zu unterwerfen.

herrhausens pläne gegen die länder im trikont, die selbst in konzepte gepriesen werden, sind nichts anderes als der versuch, die bestehenden herrschafts- und ausplünderungsverhältnisse längerfristig zu sichern, sie verlängern und verschärfen noch weiter die leiden der völker.

es ist weltweit EINE destruktive entwicklung, die der imperialismus zur sicherung seiner profit- und machtpositionen produziert: völkermord, hunger, erniedrigung, existenzunsicherheit und umfassende zerstörung schafft eine im kern einheitliche situation, die überall existenzielle dimension angenommen hat, nirgends können die menschen wirklich nach ihren eigenen vorstellungen und werten leben.

aber die akteure dieses systems müssen wissen, daß ihre verbrechen ihnen erbitterte feinde geschaffen haben, daß es für sie keinen platz geben wird in der welt, an dem sie vor den angriffen revolutionärer guerilla-einheiten sicher ein können.

wir alle, die gesamte revolutionäre bewegung in westeuropa stehen vor einem neuen abschnitt.
die völlig veränderte internationale situation und die ganzen neuen entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre prozeß weiterentwickelt werden muß. daran arbeiten wir und daran wollen wir die diskussion mit allen, die schluß machen wollen mit der imperialistischen zerstörung und die für eine grundsätzlich andere, an den menschen orientierte realität kämpfen und die diese auseinandersetzung mit uns wollen.

"neuer abschnitt", das heißt für uns hier vor allem auch die neuzusammensetzung der revolutionären bewegung, was möglich ist, weil viele es wollen und es gibt die ersten schritte dahin schon. wir stellen uns das vor als einen prozeß von gemeinsamer diskussion und praxis, in dem offen über die verschiedenen erfahrungen, vorstellungen und kritiken geredet wird, um die gesamte entwicklung zusammen zu begreifen und um zu politischen bestimmungen und konkreten greifbaren vorstellungen für den umwälzungsprozess zu kommen.

in der diskussion darüber müssen die gefangenen teil sein, dafür und weil das vernichtungsprojekt gegen sie endlich gestoppt werden muß, muß jetzt ihre zusammenlegung und damit die perspektive für ihre freiheit erkämpft werden.

in dieser neuen phase müssen wir es schaffen, die vielfältige und unterschiedliche revolutionäre praxis in EINER orientierung gegen das system zu verbinden. der revolutionäre prozeß braucht eine neue dynamik und produktive wechselbeziehungen, nur zusammen können die kämpfe die nötige kraft entwickeln, um destruktive entwicklungen des imperialismus zu stoppen und überhaupt seine ganze zerstörerische entwicklungsrichtung umzudrehen – nur zusammen, als eine front gegen den imperialismus, können wir hier in westeuropa gemeinsam mit den befreiungskämpfen weltweit einen einheitlichen, internationalen und langandauernden umwälzungsprozess durchsetzen.

ZUSAMMEN KÄMPFEN !

2.12.1989
ROTE ARMEE FRAKTION

Volkssport

Wir haben in der Nacht zu Freitag, 1. 12. 89, die Schlösser von
38 Eduscho und Tchibo-Filialen zugeklebt und von 1 Läden die Scheiben eingeworfen.

Der Kaffee der in der BRD und in Westberlin von diesen und auch von anderen Kaffeekonzernen verkauft wird stammt zu großen Teilen aus El Salvador. In diesem Land versucht das Volk in den letzten Wochen verstärkt die rechtsextreme Regierung der Arena-Partei und die Oligarchie aus dem Land zu jagen. Um das zu verhindern bombardiert das Regime rücksichtslos weite Gebiete des Landes, so auch in der Hauptstadt San Salvador, und ermordet damit viele Menschen, gerade in den Vierteln der ArbeiterInnen.

Hier in der BRD und Westberlin gehen die "normalen" Geschäfte, das Profitmachen mit den Produkten der Ausbeutung dort weiter. Weit über die Hälfte der Exporteinnahmen erzielt El Salvador durch die Ausfuhr von Kaffee. Mit diesen Geldern finanzieren die Oligarchie und die Regierung ihren Luxus, aber vorallem den Krieg gegen die Bevölkerung, die Massenorganisationen und die Befreiungsorganisation FMLN! Auch Präsident Christiani ist noch Besitzer einer Kaffeeplantage und Verarbeitungsanlage, die schon mehrfach Ziel von Angriffen und Eneignungsaktionen der FMLN waren. Um die Exporte vor der sich gegen Armut und Ausbeutung wehrenden Bevölkerung zu schützen, wurden zumindest 1983 und 85 große Teile der salvodorianischen Ernte noch vor dem Verkauf im Hamburger Hafen zwischengelagert. Ermöglicht haben das die westdeutschen Kaffeekonzerne, die Hauptabnehmer des Kaffees aus El Salvador. Eduscho und Tchibo sind mit jeweils ca 20% desAnteil am westdeutschen Kaffeeumsatz die größten Profiteure hier.
Der Kaffee hier bei uns kann nur deshalb so billig verkauft werden, weil die Stundenlöhne der KaffeepflückerInnen und -VerarbeiterInnen umgerechnet unter 1DM liegt. Bei gleichen Löhnen in El Salvador wie hier würde ein Pfund Kaffee über 60DM kosten,wäre für uns hier ein Luxus, wie es die Grundnahrungsmittel für die meisten SalvadorianierInnen sind. Aber die Kaffeepreise werden noch weiter sinken. Nach Aufkündigung des Kaffeeabkommens können die westlichen Kaffeekonzerne fast jeden Preis diktieren.
Doch die Ausbeutung findet nicht nur im Trikont statt, sondern auch hier: Beispielhaft ist dafür besonders Tchibo, die noch nicht mal Gewerkschaftsmitglieder einstellen und bisher jede Selbstorganisierung der ArbeiterInnen gegen ihre Ausbeutung zu verhindern wußten.

Deswegen haben wir letzte Nacht Tchibo und Eduscho besucht, um denen zu zeigen, daß sie ihre Profite weder in El Salvador noch in der BRD und Westberlin ungestört machen können.

El Salvador - ein Volk wird siegen!

FRAUEN-SPORT

Wir haben am internationalen ♀♀-Widerstandstag den Besuchern von 3 Sex-Shops mit überzeugender, nachdrücklicher Penetranz unter die Nase gehalten, was WIR von derartigen Einrichtungen halten.

Umsatzeinbußen hatten:

Sex-Kino Potse (zwischen Pallas und Winterfeldstr.)
Sexyland Martin-Luther-Str.
Sex-Shop Joachimstaler/Ecke Kant

für einen alltäglichen Widerstand
gegen Gewalt gegen ♀♀

FÜR GEWALT VON FRAUEN !!!

SIE STINKEN UNS ⒶLLE !

Wir haben in der Nacht von Sa auf So die"Café-Bar" Wrangel Ecke Skalitzer überfallen.Dabei ging eine Fensterscheibe zu Bruch und einige Schickis fingen an zu stinken. Läden wie die"Café-Bar"sind ein Schritt zur Umstrukturierung der Kieze:Wo im letzten Jahr noch eine türkische Kneipe war,saufen jetzt Juppis und Spießer mit"linkem Anspruch"in steriler Zeitgeistathmosphäre.
Groß-Berlin läßt grüßen.Zuerst die Verdrängung gewachsener Gewerbestrukturen durch Mode-Discounter, Spielhallen und Kneipen,die die überhöhten Mieten zahlen können.Danach folgt die Abdrängung der traditionellen Bevölkerungsschichten durch mittelständische Bürgerärsche,Juppis und Touristen.
Die Öffnung der Mauer macht die Spekulation mit unseren Kiezen noch lukrativer.Deshalb muß gerade jetzt der Widerstand gegen das"Vergnügungsviertel36" oder das"Einkaufsparadies 65"auch praktisch geleistet werden.
BOYKOTTIERT IHRE LÄDEN ! SABOTIERT IHRE PLÄNE !

Einige VolxsportlerInnen.

WACKERSDORF ...UND KEIN ENDE...

Seit 2 Jahren muß sich Uwe schon vor der Staatsmacht verbergen. Dieser Zustand muß aufhören. Deshalb versuchen wir, eine Gruppe von FreundInnen und GenossInnen, seinen "Fall", der aber nur stellvertretend für viele ähnliche steht, an die Öffentlichkeit zu bringen.

Sein Untertauchen ist eine Folge der ANTI-WAA-Demonstration am 10.Oktober 1987. Sie führte von Wackersdorf zum Bauplatz der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage .
Trotz eines Demonstrationsverbots ließen es sich über 30.000 AtomkraftgegnerInnen nicht vorschreiben, wann, wo und wie es gestattet ist zu demonstrieren. Noch bevor alle TeilnehmerInnen wie geplant am Bauzaun ankamen, kam es zu Ausschreitungen der Polizei, nachdem die Stimmung in den Tagen davor von Polizei & bayerischer Regierung systematisch bis zum Siedepunkt angeheizt und die Demonstration in Verbindung mit RAF und 'terroristischem Umfeld' gebracht wurde. Bei den brutalen Knüppeleinsätzen tat sich besonders die extra aus Berlin angereiste Sondereinsatztruppe EblT hervor, was später noch für ein parlamentarisches Nachspiel sorgte.

Über 200 Demonstranten wurden zum Teil schwer verletzt. Es gab nur vereinzelt Gegenwehr. Während und nach der Demonstration kam es zu mehr als 100 Festnahmen. Einer von ihnen war Uwe.

Was ist seitdem passiert ? Wegen der allzu dreisten Übergriffe der Polizei, die eine breite Empörungswelle (auch in den Medien) auslöste, folgten parlamentarische Nachbereitungen, nicht nur im bayerischen Landtag, sondern auch hier in Berlin. Aufgrund der Augenzeugenberichte mußte die Staatsanwaltschaft über 1 Jahr warten, bis sie die Ermittlungsverfahren gegen die beteiligten Staatsdiener einstellen konnten.

Und die WAA selbst ? Die Einstellung des Projekts Wiederaufarbeitung wurde im Frühjahr dieses Jahres verkündet. Trotz der ständig beteuerten Unverzichtbarkeit wurde sie letztlich den Kapitalinteressen und einer europäischen Lösung geopfert.
Nicht ohne Einfluß auf diese Entscheidung ist sicherlich auch der breite Widerstand, der sich in vielfältiger Weise gegen dieses Atomprojekt richtete.

Uwe wurde im Anschluß an die Demonstration festgenommen. Zwei Zivilfahnder behaupten, ihn beim Steinewerfen beobachtet zu haben. Beim darauf folgenden Haftprüfungstermin wurde Uwe freigelassen. Bei den anderen Festgenommenen konnte, mit wenigen Ausnahmen, gar kein Tatvorwurf konstruiert werden.

Doch eine Woche später wird ein Haftbefehl gegen Uwe erlassen. Aufgrund des einsetzenden Rechtfertigungsdrucks, in Folge der öffentlichen Empörung über den Polizeieinsatz, mußten Straftäter, die in das Bild umherziehender Chaoten passen, aufgebaut werden. Uwe schien die dafür geeignete Person zu sein, da er noch eine acht-monatige Bewährungsstrafe offen hatte. Nachdem der Haftbefehl raus war, kamen die Bullen nicht etwa direkt zu Uwes Wohnung, die ihnen bekannt war, sondern traten in seinem Bekantenkreis auf und vermittelten die Bedrohung seiner Verhaftung. Als sie dann 2 Wochen später bei Uwe auftauchten, war dieser untergetaucht. (Uwe saß schon einmal 4 Monate in U-Haft, bevor das Verfahren eingestellt wurde). Der gewünschte Effekt war eingetreten.

Die Anklage stützt sich ausschließlich auf die beiden Zivis aus Nürnberg. Nach ihrer Vernehmung direkt auf dem Baugelände, wurden sie am gleichen Abend nochmal nach Wackersdorf zitiert. Die ersten Aussagen waren wohl noch nicht ausreichend. Nach Uwes Untertauchen kam es zu nochmaligen "Nachvernehmungen" der beiden, wobei die Vorwürfe jedesmal verschärft wurden.

Dies alles läßt nur den Schluß zu, daß hier gezielt der Versuch unternommen wird, politisch aktive Menschen von der Bildfläche verschwinden zu lassen.Alle Bemühungen des Anwalts einen Prozeßtermin zu ermöglichen ohne vorherige U-Haft für Uwe, wurden von der Staatsanwaltschaft vereitelt. Sie besteht darauf, daß er auf nicht absehbare Zeit in U-Haft sitzen soll. Auch wenn er dann nicht verurteilt wird, als Abschreckung könnte seine Inhaftierung in jedem Fall dienen.

Der Fall ruht, wie es so schön heißt. Dieser Strategie, politische Bewegungen zu kriminalisieren und Einzelne in die Illegalität zu drängen, sie von den anderen zu isolieren, gilt es offen entgegenzutreten.

Deshalb fordern wir :

* SOFORTIGE AUFHEBUNG DES HAFTBEFEHLS GEGEN UWE !
* EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN, DIE IM LERNPROZEß UM DIE BEENDIGUNG DES BRD-PROJEKTS WIEDERAUFARBEITUNG ANSTEHEN !
* AUFHEBUNG DER BEREITS ERGANGENEN URTEILE !
* SOFORTIGE WIEDERAUFFORSTUNG DES, DER INNEREN SICHERHEIT GEOPFERTEN WALDSTREIFENS UM DIE BAUSTELLE !

Für eine
WIEDERVEREINIGUNG DER LINKEN

Informationen über den Prozeß gegen Ingrid Strobl und andere § 129a - Verfahren

****

Diskussionsveranstaltung am 8. Dezember 1989 um 19.00 Uhr
in der Passionskirche am Marheinekeplatz, 1-61
mit

Christian Geissler (Schriftsteller), Edith Lunnebach (Anwältin von I.Strobl), Oliver Tolmein (Konkret- und Clockwork-Redaktion), Klaus Wagenbach (Verleger), Moderation: Jochen Wittig (Journalist)

Alle Beteiligten haben auf Honorare verzichtet. Sämtliche Einnahmen werden abzüglich der Kosten einem noch zu bestimmenden Prozeßhilfefonds gespendet.
SOLIDARITÄTSBEITRAG DM 5,-

Angesichts der vielfältigen Veränderungen in der DDR, die die Medien und die Köpfe beherrschen, sowie die daraus resultierende DEUTSCHBESOFFENHEIT und dem Wiedervereinigungsgerede, scheint es unklug, eine Veranstaltung über Repression und die Situation der Linken in der BRD und Westberlin durchzuführen. Doch gerade deshalb ist es umso notwendiger, die Zunahme staatlicher Zensur, von Ermittlungsverfahren und Verhängung von langen Gefängnisstrafen gegen oppositionelle Kräfte, der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zurückzurufen.

§ 129a Bildung terroristischer Vereinigungen
(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind,
1. Mord, Totschlag oder Völkermord (§§ 211, 212, 220a), ...
zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft. ...

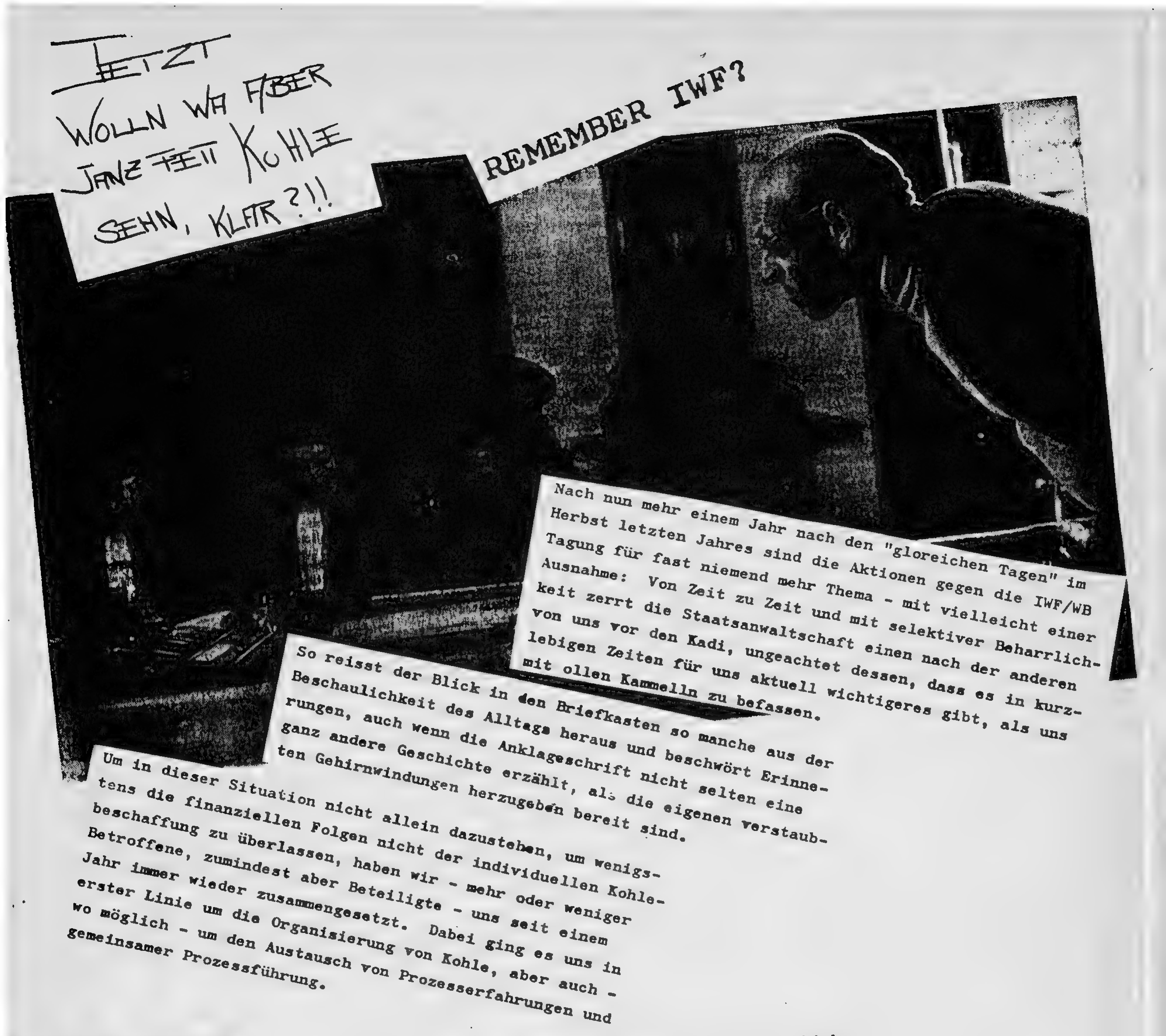
Wer glaubt, daß mit diesem Paragraphen gegen nazistische und neonazistische Vereinigungen gegen Lieferanten von U-Boot-Blaupausen nach Südafrika, gegen Firmen, die Waffen und anderes Kriegsmaterial herstellen und an kriegführende Länder liefern, ermittelt wird, irrt.
Ermittlungen und Verurteilungen im Zusammenhang dieses Gummi-paragraphen sind ein probates Mittel, massenhaft Einschüchterungen zu betreiben oder bei Verurteilungen lediglich Verdachtstrafen zu verhängen.
Mit dieser Veranstaltung wollen wir die "Beweisvereinfachungstechnik", bei Gerichtsverhandlungen mit Hilfe des § 129a beleuchten, die geschichtliche Kontinuität kurz skizzieren und über die derzeitige Anwendungspraxis informieren.
Beim Prozeß gegen I. Strobl z.B. reichte der Kauf eines Weckers sowie die Beschäftigung mit "anschlagsrelevanten" Themen, um gegen sie zu ermitteln. Strafverschärfend, wie schon seinerzeit beim "amnestieunwürdigen" Peter Jürgen Boock wirkt sich die Weigerung aus, einen Kniefall vor den Ermittlungs- und Justizbehörden zu machen, sprich, nicht zu denunzieren.
Die Diskrepanz zwischen der Anzahl der Ermittlungen sowie der Verurteilungen nach § 129a ist eklatant. So wurde 1985 in 300 Fällen ermittelt, es kam aber nur in vier Fällen zu Verurteilungen. D.h. die wesentliche Bedeutung des Paragraphen liegt im Vorfeld von Gerichtsverhandlungen. Er gibt den staatlichen Organen die Möglichkeit, Personen sehr schnell mit der Aura des Kriminellen auszustatten. Gleichzeitig besitzt der Paragraph auch noch im Vorfeld der Ermittlung eine wichtige Funktion, indem durch ihn bzw. seine abschreckende Anwendung unter oppositionellen Gruppen und Personen die Angst verbreitet wird, kriminalisiert zu werden. Schon die Korrespondenz mit inhaftierten politischen Gefangenen kann zur Folge haben, daß wg. "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" ermittelt wird. Folglich überlegen sich viele, ob sie korrespondieren, bzw. die Forderung nach Zusammenlegung unterstützen oder sich mit Sextourismus und der Ausbeutung von Frauen in der 3. Welt durch bundesdeutsche Firmen beschäftigen, denn es handelt sich hierbei um "anschlagsrelevante" Themen, wie seit dem Prozeß gegen I. Strobl "gerichtskundig" ist. In den letzten Jahren ist wiederholt demonstriert worden, wie leicht Personen der Linken hinter Gittern verschwinden können. Leider ist es nicht einmal im Fall von Ingrid Strobl gelungen, eine Protestbewegung dauerhaft zu verankern, nur noch wenige fragen nach ihrer Situation, ihr Fall ist aus den Medien vollkommen verbannt.



Die Diskussion zwischen Podium und Publikum soll keineswegs im Paragraphendschungel ersticken, sondern auch die Situation der Linken reflektieren, sowie einen Ausblick wagen auf mögliche Entwicklungen und Gegenstrategien.
Diese Aspekte dürften nicht nur für die schutzbedürftigen Meldegänger interessant sein.

V.i.S.d.P.: Matthias Reichelt, Cherusker Str. 7, 1000 Berlin 62

DIE VERANSTALTUNG WIRD UNTERSTÜTZT VON DER HUMANISTISCHEN UNION UND DER VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES, Berlin-West



Nach nun mehr einem Jahr nach den "gloreichen Tagen" im Herbst letzten Jahres sind die Aktionen gegen die IWF/WB Tagung für fast niemend mehr Thema - mit vielleicht einer Ausnahme: Von Zeit zu Zeit und mit selektiver Beharrlichkeit zerrt die Staatsanwaltschaft einen nach der anderen von uns vor den Kadi, ungeachtet dessen, dass es in kurzlebigen Zeiten für uns aktuell wichtigeres gibt, als uns mit ollen Kammelln zu befassen.

So reisst der Blick in den Briefkasten so manche aus der Beschaulichkeit des Alltags heraus und beschwört Erinnerungen, auch wenn die Anklageschrift nicht selten eine ganz andere Geschichte erzählt, als die eigenen verstaubten Gehirnwindungen herzugeben bereit sind.

Um in dieser Situation nicht allein dazustehen, um wenigstens die finanziellen Folgen nicht der individuellen Kohlebeschaffung zu überlassen, haben wir - mehr oder weniger Betroffene, zumindest aber Beteiligte - uns seit einem Jahr immer wieder zusammengesetzt. Dabei ging es uns in erster Linie um die Organisierung von Kohle, aber auch - wo möglich - um den Austausch von Prozesserfahrungen und gemeinsamer Prozessführung.

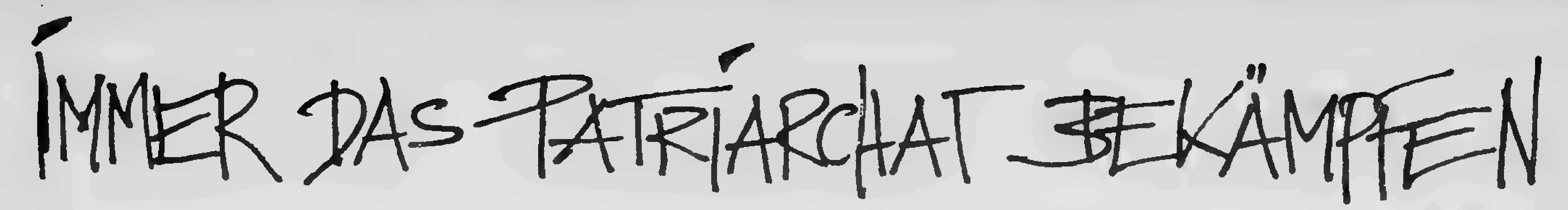
DAS IST JA ALLES SEHR NETT- NUR... WIE KANN ICH DABEI MEINEN REIBACH MACHEN ?!

Mittlerweile sehen wir kaum noch Möglichkeiten die bisher gelauf enen, noch die kommenden Prozesse halbwegs finanziell abdecken zu können, zumal sich unser Kreis in den letzten Monaten stark erweitert hat. Trotzdem rufen wir noch einmal zu einem offenen Treffen für all diejenigen auf, die sich nicht vereinzelt gegen die Justizmaschinierie stellen wollen.

Unklarheit besteht zur Zeit noch darüber, wie wir die vorhandene Kohle verteilen, aber auch, wie wir weitere Kohle auftreiben können. Darum und vieles mehr wird es am Mittwoch gehen.

Darüberhinaus sind wir Geldspenden nicht abgeneigt (Merke: am 6.Dezember ist Nikolaus!)

IWF-PROZEß - KOSTEN - TREFFEN
MITTWOCH 13. XII. 89 19^00 h
— VERSAMMLUNGSRAUM —



IMMER DAS PATRIARCHAT BEKÄMPFEN



oder: WIDER DIE PRAKTIZIERTE MÄNNERSOLIDARITÄT

ôder: WIE VERTEIDIGEN LINKE ANWÄLTE VERGEWALTIGER

Wie jetzt langsam allen klar sein sollte, muß sich die Verteidigungsstrategie in Vergewaltigungsprozessen immer gegen die Frauen richten: Ist der Angeklagte nicht geständig, muß bewiesen werden, daß überhaupt keine Vergewaltigung stattgefunden hat. Gesteht er, versucht der Verteidiger, den Täter auf Kosten der Frau zu entschuldigen. In beiden Fällen soll das Ziel dadurch erreicht werden, daß die Glaubwürdigkeit der Frau erschüttert wird. Dem Anwalt steht dafür ein reichhaltiges Repertoire zur Verfügung: Die Frau wird als Hure dargestellt; ihr Privatleben wird vor Gericht auseinander genommen und sie in den Dreck gezogen, um klarzumachen, daß sie nicht "unschuldig" sein kann: Sie hat die Tat provoziert, er wird zum Opfer seiner Triebe und u.U. des Alkohols, seiner desolaten Lebensumstände usw. Oder noch schlimmer, die Frau versucht, aus niederen Beweggründen (Eifersucht, Rache, Geldgier) seine Existenz zu zerstören.
Der linke Anwalt hingegen (Ströbele, TAZ 13.5.'88) "verständigt sich mit dem Beschuldigten auf eine Verteidigungslinie, die nicht zu Lasten der Frau geht. Eine solche Verteidigung sei für die geschädigte Frau in jedem Fall besser, als wenn der Angeklagte von einem Anwalt verteidigt werde, der sich der Problematik nicht so bewußt sei." WIE bewußt "linken" Anwälten diese Problematik ist, zeigt dann ihr Verhalten im Verfahren: Sie fahren nämlich genau die oben angeführten Strategien und beweisen sich so als Handlanger der Männerjustiz.

Zum Beispiel ELFFERDING, der mit dem EA zusammenarbeitet, zu beobachten am 1. und 5.12.89 in Moabit. Elfferding verteidigt nur, wenn er von der Unschuld eines nicht geständigen Mandanten überzeugt ist (TAZ, 10.10.89).
Diesmal gings um einen Mann, der wegen Vergewaltigung und schwerer Körperverletzung angeklagt wurde. Noch am Tatort war er nackt festgenommen worden und behauptete, sich an nichts bis auf die Annäherungsversuche der Frau erinnern zu können.
Elfferding verlautbarte nun, daß ihm erzählt wurde, die Frau würde sowieso auf Männer stehen und hätte den Angeklagten auch früher schon "angemacht". Auch wußte er zu berichten, daß die Sportmassagen, die sie gegeben hat, wohl nicht nur rein sportiven Zwecken dienten. Zu bemängeln hatte er, daß sie bei den Bullen direkt bei der ersten Ver-

nehmung angegeben hatte, sie wäre 3mal vergewaltigt worden und im Prozeß unter Tränen behauptete, es seien 5 gewesen. Ein Zeuge der Verteidigung erklärte schließlich, die Frau habe versucht Geld zu erpressen, indem sie in Aussicht stellte die Klage zurückzuziehen, die Vergewaltigung also als Grundlage für einen Erpressungsversuch erfunden.

Elfferding leitet sein Plädoyer damit ein, daß er mittlerweile davon überzeugt sei, daß sein Mandant die Frau vergewaltigt habe. Unter anderem deshalb, weil er sie nicht für "intellektuell in der Lage hält", den Tathergang so zu erfinden.

Vorgeblich interessiert daran, warum es zur Vergewaltigung kam, versucht es Elfferding dann mit folgendem "Denkmodell": Der Angeklagte sei ja schließlich aus einem anderen Kulturkreis (Türkei); er sei eventuell deshalb "im Sinne eines Machos explodiert", nachdem er sich von der Frau in "einer gewissen Weise belästigt" gefühlt habe... Jetzt soll der andere Kulturkreis dafür herhalten, daß das Opfer mal wieder zur Täterin gemacht wird. Nicht weiter verwundert waren wir dann, von Elfferding der Anwendung rechtsradikaler Methoden bezichtigt zu werden, weil wir seine diffamierenden Äußerungen angemessen kommentierten.

Auch Vergewaltiger stützen die HERRschende Ordnung!
Wer würde sich schon vom Anwalt eines Baospekulanten verteidigen lassen?

WIR ERWARTEN DESHALB:

- vom EA die Wiederaufnahme der Diskussion um die Zusammenarbeit mit Vergewaltiger-Verteidigern
- daß diese Diskussion Konsequenzen hat und nicht einschläft, wie vor 11/2 Jahren

d.h.: entweder die entsprechenden Anwälte (Elfferding, Ströbele, Eisenberg...) werden von der Liste gestrichen
oder der EA erklärt öffentlich, daß er weiterhin voll zum Nebenwiderspruchskonzept steht, also daß er glaubt Staat + Kapital bekämpfen zu können, aber nicht das Patriarchat angreifen zu wollen.

Selbstverständlich für alle sollte sein:

- Vollmachten bei o.a. Anwälten begründet (!) zurückzuziehen
- vom jeweiligen Anwalt zu verlangen, Position zu beziehen und daraus dann Konsequenzen zu ziehen.

NICHT VERHALTEN IST AUCH VERHALTEN

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE -

zum Knastkonzert in der Plötze und in Tegel

Nach einem halben Jahr Diskussion und Vorbereitungsarbeiten war es am letzten Wochenende endlich so weit: der große Lastwagen mit der Musikanlage stand auf dem Hof des Tegeler Knastes, am Nachmittag zuvor auf dem Hof der Plötze noch mit der unzensierten Aufschrift "BRD-Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt". In Tegel mußte der Spruch überklebt werden. - einer der vielen Kompromisse, die wir eingehen mußten, damit das Konzert überhaupt stattfinden konnte.
Unsere Idee war gewesen, nach dem letzten Hungerstreik und nach dem erfolgreichen Konzert vor Moabit und vor der Plötze im letzten April eine Veranstaltung zu konzipieren, die möglichst vielen Menschen die Gelegenheit gibt, in den Knast reinzukommen und mit den Gefangenen dort zusammenzutreffen, nach Möglichkeit reden zu können und vielleicht sogar die Menschen draußen durch eine Radioübertragung auch noch teilnehmen zu lassen.
Unsere ersten Vorstellungen waren noch ziemlich frei und unbelastet von den Realitäten, die die Knastleitungen setzen könnten. Wir träumten von vier Stunden Programm, von einem "Kiezchor", von Redebeiträgen, in denen wir den Gefangenen die (unsere) Realitäten draußen besser vermitteln könnten, von ner Direktübertragung von dem, was sie uns zu sagen haben, usw.
Beim ersten Besuch in Tegel und in der Plötze wurde klar, daß wir das so nicht durchkriegen. Die Verantwortlichen in Tegel hatten die größten Sorgen, daß ihr schöner Knast-Zeitplan durch so ein umfangreiches Programm durcheinanderkommt. Essensausgabe, Freistunde,Zählen, Einschluß - da mußten wir irgendwie reinpassen. Von unseren zahlenmäßigen Vorstellungen, 50 Leute und drüber, wollten sie überhaupt nichts wissen. Höflich, Anstaltsleiter in der Plötze, hatte vor allem Panik, daß irgendwas unkontrolliertes geredet werden könnte und was wir da eigentlich politisch rüberbringen wollen. Als der Radioübertragung hörte, kriegte er sofort lange Ohren.

Wir haben dann anschließend überlegt, ob wir unsere Maximalvorstellungen von der Veranstaltung politisch durchkämpfen sollen, über Öffentlichkeit usw. Das hätte aber bedeutet,daß wir von so Machtfaktoren wie AL, taz, usw. abhängig sind, bzw. daß wir das Risiko eingehen, wenn wir den Konflikt allzuweit eskalieren, daß wir uns selbst übernehmen und das ganze Projekt irgendwann platzt. Also haben wir uns entschieden erst mal kleinere Brötchen zu backen, zu gucken, wieweit wir die Bedingungen für das Konzert durch ne gelungene Mischung von Druck und Verhandlungen noch so weit verbessern können, daß unsere politisches Anliegen nicht verloren geht und daß das Konzert tatsächlich stattfinden kann. Mit der Perspektive aus den Erfahrungen in zukünftigen Veranstaltungen noch einen Schritt weiterzukommen.

Was für uns in der weiteren Planung aber immer wichtiger wurde, war eine Radioübertragung oder wenigstens ne Aufzeichnung und spätere Sendung hinzukriegen, um wenigstens darin unseren Kerngedanken zu retten, eine weitere Verbindung zwischen drinnen und draußen herzustellen, und nicht nur für ein bißchen Unterhaltung im Knast zu sorgen. Wir konnten Leute von Radio 100 dafür gewinnen. Aber genau an diesem Punkt schalteten die Knastleitungen absolut auf stur. Höflich machte sogar den Versuch, das Konzert in der Plötze ganz platzen zu lassen, indem er uns gegen zwei andere Musikgruppen auszuspielen versuchte. Ein paar Wochen vor dem geplanten Konzerttermin erfuhren wir plötzlich hintenrum, daß er den Tag für diese beiden anderen Gruppen vergeben hatte, weil ihm unser Programm eh zu politisch sei. Nachdem die Gruppen unter diesen Bedingungen ihre Zusage zurückgezogen haben und von uns und einigen Medienvertretern verschärft nachgefragt wurde, konnten wir den Konzerttermin

dann doch behalten. Aber in der Frage des Mitschnitts und auch der zugelassenen Personenzahl blieb Höflich hart. Wir durften maximal mit 22 Leuten kommen, was bedeutete, daß neben den beteiligten Gruppen (Los Espressos, Häwi Mädels, die Toten Hosen) nicht mal die ganze Vorbereitungsgruppe mit reinkonnte. In Tegel konnten wir wenigstens alle rein, aber Übertragung oder Mitschnitt lief da auch nicht mehr.
Soweit hatten sich die Knastleitungen inzwischen abgestimmt und sich auch die Rückendeckung aus dem Justizsenat geholt. Überhaupt waren sowohl die Knastleitungen alsauch ihre Chefs beim Senat ganz scharf dahinter her, da ja nichts von der Veranstaltung nach draußen dringt. Musik, Unterhaltung, ok - aber auf keinen Fall Politspektakel! Gegen Interviews mit Gefangenen kamen so schwachsinnige Argumente wie : da würden die Gefangenen ja im Genuß der Veranstaltung gestört.

Wir haben die ganzen Kämpfe um die Form der Veranstaltung, und auch unsere Diskussionen über die inhaltliche Gestaltung und unsere politischen Ansprüche zu einer kleinen Szene verarbeitet. Wir am Küchentisch, also genau unsere Vorbereitung selbst als erstes auf die Bühne gebracht. In der Plötze folgten das die Häwi Mädels, die Akrobatikgruppe Los Espressos und zum Schluß die Toten Hosen. In Tegel trat statt der Häwi Mädels die Kabarettgruppe Zweidrittel auf.

Am Freitag in der Plötze waren etwa 80 gefangene Frauen da. Das war auf der einen Seite ein etwas kleiner Rahmen, um so richtig Stimmung aufkommen zu lassen, andererseits gingen die anwesenden Frauen bei den aufkommen zu lassen. Wir haben dann aber doch auch alle zusammen getanzt. Und nach dem Schluß der Veranstaltung lief 'ne Menge an gemeinsamen Gesprächen. Es war unheimlich schade, daß wir dann gehen mußten.
In Tegel waren es etwa 250 Gefangene, die kamen. Auf unsere inhaltlichen Beiträge am Anfang, der "Küchentisch" und ein nachgemachtes satirisches Interview mit Justizsenatorin Limbach, was recht gut ankam. Auf Stichworte wie "Urlaub" oder "medizinsiche Versorgung" reagierten die Gefangenen lautstark.Auch unsere Probleme als Frauen in einen Männerknast mit den Männern locker zusammen feiren zu wollen, hatten wir in das Gespräch eingebaut, Auf das Stichwort "Gewalt gegen Frauen" reagierten sie mit heftigem Protest.
Ein paar Gefangene hatten versucht, selbst eine eigene Szene "beim Sozi" beizusteuern, aber das hatte die Knastleitung im Vorfeld abgefangen.
So spielten einige von uns diese Szene für die Gefangenen nach.
Bei Stichwort "Nikolaustag" großes Gejohle, weil für diesen Tag eine neue Arbeitsniederlegung in Tegel geplant ist. Die Knastleitung hatte uns schon vor der Veranstaltung gesteckt, daß wir darauf auf keinen Fall eingehen dürfen. Aber die Gefangenen wußten auch bei leichten Aspielungen schon, was gemeint war. Als wir zum Schluß der Veranstaltung ein paar Schokolandennikoläuse in die Menge warfen, stand sofort einer von den Knastbozen da und hat Theater gemacht. Aber da wohl weniger wegen der Anspielung als aus Angst vor irgendwelchen Schmuggeleien.
Unser großes buntes Transparent durften wir unbeanstandet auf der Bühne aufhängen.

Ein Punkt den wir Frauen als Problem auf uns zukommen sahen, und der auch zu Ärger in der Vorbereitungsgruppe geführt hatte, war der erwartete Sexismus im Männerknast Tegel. Bei dem Auftritt der gemischten Akrobatikgruppe kamen denn auch einige anmacherische Sprüche. Dadurch fühlten sich die Frauen aus der Gruppe doch wesentlich gehemmter als am Tag vorher in der Plötze.
Die Toten Hosen fanden es ganz toll. Es war für sie auch das erste Knastkonzert und sie waren vorher nicht weniger aufgeregt als wir. Mich hat die Reaktion der Gefangenen auf die Musik der "Hosen" nachdenklich gemacht. Es waren ganz wenige, die richtig begeistert mitgingen oder die sich sogar irgendwie zu der Musik zu bewegen versuchten. Die meisten saßen unbeweglich auf ihren Stühlen und zeigten kaum Reaktionen. Es kam mir fast so vor, als hätten sie irgendwas zum ruhigstellen ins Essen gekriegt. Aber dann habe ich mir überlegt, daß es für Menschen, die schon seit Jahren eingesperrt sind und die auch keine andere Perspektive haben, als noch jahrelang aushalten zu müssen, auch fast unmöglich sein muß, sich auf so ein Lebensgefühl von Freiheit und Spontaneität einzulassen,

das die "Hosen" in ihren Liedern transportieren. Das ist denn auch die Grenze von dem, was gemeinsam möglich ist. Wir gehen halt nach so einem Konzert in die Kneipe und feiern den Erfolg und sie werden in ihren Zellen eingeschlossen. Es fällt mir schwer, mich unter diesem Eindruck noch so ungebrochen über den gelungenen Ablauf der Veranstaltung freuen zu können.

Vielleicht sollten wir versuchen, auf zukünftigen Veranstaltungen uns noch stärker auf ihre Situation drinnen zu beziehen, auf ihre Realität und ihr Lebensgefühl, anstatt sie mit was mitzureißen versuchen, das für sie ja doch erst mal unerreichbar ist, und ■■ auf das sie sich deshalb schwer einlassen können.

Unser wichtigstes Anliegen war, zu zeigen, daß es viele Möglichkeiten gibt, den Kontakt zu den gefangenen Menschen über die Mauern hinweg aufrechtzuerhalten und unsere Kämpfe miteinander zu verbinden. Deshalb wünschen wir uns, daß es Leute gibt, die sich durch unsere Erfahrungen ermutigen lassen und sich selber neue Wege überlegen, wie die Kontakte in die Knäste intensiviert werden können.

"MAUERRISSE - RADIO BAMBULE"

KNASTFUNK bei RADIO 100 - UKW 103,4 ,MONTAG 21.00

Ein paar Leute aus verschiedenen politischen Zusammenhängen, zum Teil mit eigener Knasterfahrung, machen seit Oktober eine bisher zweiwöchentliche Sendung zu Knast und Repression.

Ziel dieser Sendungen soll sein, die Gefangenen in ihrem Widerstand und Selbstbehauptungswillen gegen die Bestrafungs- und Anpassungsmaschinerie zu unterstützen.

Wir wollen der weit verbreiteten Haltung "Was geht mich das alles an?" von Leuten "drinnen" und "draußen" etwas entgegensetzen, deutlich machen, daß das Thema "Bestrafung" doch nicht nur das Einsperren in Knäste betrifft. Dazu gehört auch der kritische Blick auf die Rolle der Psychiatrie und die Bedrohung durch Kriminalisierung.

In den Sendungen soll über die vielfältigen Formen staatlicher Gewalt berichtet werden und welche Rolle in diesem Zusammenhang die Justiz, die Medien und die (etablierten) Parteien im Zusammenspiel haben. Dazu gehören auch Berichte aus dem Ausland.

In der Sendung "Mauerrisse" sollen Gefangene die Möglichkeit haben, über die täglichen Kämpfe im Knastalltag zu sprechen. Das reicht von der Ausbeutung durch Arbeit, über den Kampf auf das Recht auf freie Information, den Widerstand gegen totale Entmündigung der Gefangenen. Wir werden über die verschiedenen Widerstandsformen und Aktionen in den Knästen informieren und uns mit daraus entwickelten Forderungen auseinandersetzen.

Wir wollen den Gefangenen das breite Spektrum unserer politischern Diskussionen und Aktivitäten vermittlen.

Wichtig ist uns klar zu machen, daß unsere Solidarität da ihre Grenzen hat, wo NICHT gegen bestehende faschistische, rassistische oder sexistische Verhaltensweisen vorgegangen wird.

Aus unserem politischen Selbstverständnis heraus grenzen wir uns entschieden von denResozialisierungsprogrammen ab.

Wir nehmen die Aktivitäten des Rosé-grünlichen Senats unter die Lupe und die Aknündigung der Justizsenatorin:".... Wir machen mit dem Behandlungsvollzug Ernst." D. h. nichts anderes, als eine noch stärkere Kontrolle der Gefangenen und der Versuch der Unterwerfung durch ein System von "Zuckerbrot und Peitsche", oder: differenziert angewendeter Gehirnwäsche.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, unterdrückte Nachrichten zu verbreiten, die Menschen drinnen und draußen über Ziele solcher Vorhaben aufzuklären und Öffentlichkeit herzustellen.

Wir haben vor, das Programm auch weiterhin wie folgt zu gestalten:

Ein Nachrichtenblock über Vorgänge in Berliner und westdeutschen Knästen und dem Justizapparat - unterbrochen von Musik - danach ein Infoteil über Ereignisse im Ausland.

In jeder Sendung wollen wir ein ca. 20-minütiges Schwerpunktthema angehen.

Das Ganze soll mit Musikwünschen und Grüßen von drinnen und draußen aufgelockert sein.

Es ist sehr wichtig für das Gelingen dieses Projektes, daß sich gefangene Frauen, Männer und Jugendliche daran beteiligen.

Aber auch der Leute, die meinen, Knast und Kriminalisierung seien lediglich ein Thema spontaner Betroffenheit, eine leidig-langweilende Nebenbeschäftigung einiger weniger Leute, die auf der Welle aktueller Ereignisse in den Knästen mitpaddeln.

Mit den "Mauerrisse"-Sendungen wollen wir vielmehr auf einer realistischen Basis zeigen, wie nötig wir a u c h die Beschäftigung mit den genannten Bereichen in unserem politischen Alltag empfinden.

Also: Schreibt an uns. Eure Berichte und Informationen sind ein entscheidender Bestandteil. Dadurch kann hoffentlich in Zukunft - z. B. - verhindert werden, daß unbemerkt von der Öffnetlichkeit Menschen in den Knästen geschunden werden und sterben. Dies, um nur mal einen extremen Aspekt zu benennen. Schreibt an: Radio 100, "Mauerrisse-Radio Bambule", 1 Berlin 30, Potsdamer Str. 131.

AUßERDEM: Ihr könnt Nachrichten, Grüße, etc. im Laden der "Schwarzen Seele" und "Roten Säge" in der Falckensteinstr. 46, 1/36 oder bei "BABYLONIA", Cuvrystr. 20, 1/36 abgeben. Wir haben da ein extra Radiofach eingerichtet.

UNSERE NÄCHSTEN SENDUNGEN:

11.12.89 MONTAG 21.00 UHR

Thema: medizinische Versorgung im Knast / Haftunfähigkeit am Beispiel des Gefangenen aus der **RAF - GÜNTER SONNENBERG**

24.12.89 SONNTAG

13.00-14.00 UHR (Direktanrufe ins Radio)

23.00-1.00 UHR Gruß- und Musikwünsche von drinnen nach draußenund umgekehrt!

Bullen provozieren Straßenschlacht

Was geschah am Samstag?

Auf der Demo am Samstag haben die staatlichen Ordnungshüter wieder einmal — anstatt sich zu schämen, wie einige der unvermummten DemoteilnehmerInnen ihnen empfahlen — eine massive Provokationstaktik gefahren.

Die Demo begann als Trauerkundgebung und endete als Straßenschlacht — Warum?

Zunächst formierte sich der Demozug um 13 Uhr auf dem Wilhelmsplatz. Um 13.30 Uhr gingen wir mit lauten Sprechchören („Trauer und Wut über den Mord — Kampf dem Faschismus an jedem Ort"; „Deutsche Polizisten — Mörder und Faschisten") durch die Jüdenstraße zum Weender Tor. Auf der Weender Landstraße gingen wir mehrheitlich schweigend, sahen dieses Schweigen als einzige Möglichkeit, unserer Trauer über den Tod von Conny Ausdruck zu geben.

An der Kreuzung Weender Landstraße/ Kreuzbergring schwenkten wir und konnten so den Demozug in seiner ganzen Länge beobachten: 20000 Menschen unterschiedlichster Spektren (Autonome, Kirchen, Unigruppen, Gewerkschaften, Parteien, Friedensgruppen etc.) waren auf die Straße gegangen!

Der revolutionäre Block machte dabei etwa die Hälfte des Zuges aus.

Wut und Trauer

In zwei sehr persönlich gehaltenen Redebeiträgen verabschiedeten wir uns von Conny.

Doch Trauer allein beschreibt nicht all unsere Empfindungen an diesem Ort: Conny ist nicht einfach verunglückt, sondern sie ist von der „Polizei" in wahrhaft mörderischer Manier in den Tod getrieben worden.

Die Entglasungen, die auf dem Rückweg ab Weender Tor vorgenommen wurden, sind als Reaktion auf die Bullenprovokationen im Vorfeld der Demonstration zu verstehen.

Daß dabei sowohl PassantInnen als auch DemoteilnehmerInnen verletzt wurden, ist allerdings unverantwortlich.

Über die Weender Straße zog die Demo zum neuen Rathaus am 82er Platz. Hier wurde bekannt, daß die „Polizei" am Steinsgraben eine größere Sperre errichtet und Wasserwerfer, Panzerspähwagen und Räumfahrzeuge aufgefahren hatte. Daraufhin wurde die Demoroute spontan geändert. Hier wird sichtbar, daß die Demoleitung auf deutlichen Deeskalationskurs ging. Die Route verlief nun über die Keplerstraße—David-Hilpert-Straße und mündete in die Münchhausenstraße ein. Ursprünglich war vorgesehen, in die Beethovenstraße einzubiegen und an zwei Seiten der Bullenwache vorbeizuziehen. An den Kreuzungen des Steinsgrabens (zur Münchhausenstraße einerseits, zum Friedländerweg andererseits) waren Hundertschaften und Wasserwerfer aufgefahren. Dennoch zeigten wir an diesem Ort entschlossen und kämpferisch unsere Wut und unsere Stärke. Sprechchöre skandierten: „Für die Macht der Nazis und der Reichen geht ihr über Leichen" — „Deutsche Bullen üben fleißig für ein neues 33".

Wir lassen uns nicht spalten

Am Schweinsgraben hielt die „Polizei"führung die erste Gelegenheit für gekommen, ihr Ziel zu erreichen — nämlich die Demo „plattzumachen". Bullen in Kampfausrüstung trommelten mit Knüppeln auf ihre Schilder. Die bis dahin in den Zufahrtsstraßen und auf verschiedenen Firmengeländen versteckten 100schaften und Wasserwerfer wurden in Angriffsposition gerückt. Sie hofften, durch ihr Imponiergehabe soviel Panik auszulösen, daß sich die Demo in Vermummte und Unvermummte spalten würde. Das hätte geheißen, daß die Demo dort, wo sich Autonome befanden (die autonome Spitze und das relativ ungeschützte autonome Ende), hätte eingekesselt und niedergewalzt werden können. Doch dieser Plan schlug fehl. Die erwartete Spaltung trat trotz kurzfristiger Panikaktionen nicht ein. **Denn inzwischen wissen wir — ob Maskierte oder nicht, gewaltfreie Peaceniks oder Streetfighter —, daß wir in solchen Augenblicken auf der einen Seite, die Bullerei auf der anderen Seite steht!** Und wir wissen, wir müssen die solidarisch begonnenen Aktionen gemeinsam beenden, wenn wir uns nicht wehrlos „plattmachen" lassen wollen!

Wider den „Polizei"-Terror

Am Steinsgraben vorbei — alles vorbei, dachte sich so mancEr DemoteilnehmerIn. Doch wer so dachte hatte die Bullenaktion noch nicht erfaßt: während der Abschlußkundgebung am 82er Platz zogen etliche Hundertschaften „Polizei" sowohl in der Geismarlandstraße, in der Reinhäuser Landstraße als auch in der Bürgerstraße und in der Langen Geismarstraße (Volksbank) auf. Das Ziel war klar: die Demo sollte eingekesselt werden. Flexibel wurde daraufhin von der Demoleitung in Richtung Juzi mobilisiert. Das Ende des letzten Redebeitrages dort war dann das Startsignal: eine Hundertschaft Bullen stürzte sich knüppelschwingend auf die sich auflösende Menschenmenge vor dem Juzi, während ihre Kollegen von oben und unten mit Wasserwerfern (oberhalb Juzi) und Räumpanzern und Gefangenentransportern (Bürgerstraße Richtung Groner Tor) nachrückten.

Unserer Einschätzung nach sind die angreifenden Bullen einzig und allein zum Verheizen in die Lotzestraße beordert worden, um die darauffolgenden Bullenaufmärsche und -knüppeleien zu rechtfertigen. Dabei wurde eine große Zahl KundgebungsteilnehmerInnen — auch durch Steinwürfe der Bullen aus der Lotzestraße — zum Teil ernsthaft verletzt.



Fazit

Allein das feste Zusammenstehen aller DemoteilnehmerInnen hat verhindert, daß durch die „Polizei"aktionen eine völlige Zerschlagung der Demo erreicht werden konnte. Versuche dazu gab es genug. Nicht nur die direkten Angriffe der 100schaften, sondern auch die massiven Kontrollen der Auswärtigen (Personalien wurden festgestellt, Autos durchsucht, Autowerkzeug und Reservekanister beschlagnahmt, 8 Menschen festgenommen) und der ständig dicht über unseren Köpfen kreisende Hubschrauber sind dazu zu zählen.

Wir lassen uns die Wahl unserer Mittel nicht vorschreiben!

Wandelt Wut und Trauer in Widerstand!

Organisiert Euch im Kampf gegen den Faschismus!

Politische Einschätzung

— Wie auch schon beim Tode Connys setzt die Bullerei seit Samstag ihre Lügen,Verharmlosungen und Beschwichtigungen fort. Einmal mehr hat sie ihre faschistoide Einstellung bewiesen.

— Wie notwendig solidarisches Handeln ist, mag eines der wichtigsten Erkenntnisse der Samstag-Demo sein: Eine Spaltung Autonome/Bürgerliche ist der „Polizei" nicht geglückt, und dies, obwohl sie am Steinsgraben per Megaphon mehrfach den bürgerlichen Teil der Demo aufgerufen hatte, sich aufzulösen, da „nicht mehr für ihre Sicherheit garantiert werden" könne!

— Auch die makabre Schwarzweiß-Malerei der „Polizei" — (plötzlich) „gute" göttinger Autonome gegen „böse" auswärtige auszuspielen, ist gescheitert. Wut und Verachtung für die „Polizei" verbindet (autonome) AntifaschistInnen bundesweit.

— Es ist bewährte Taktik der Rechten, Autonome zu kriminalisieren und zu diskreditieren, so wie die CDU-Politiker Süßmuth, Fischer und v.Wangenheim nach dem Wochenende. Süßmuth fordert seit Mittwoch auch wie RechtsauSSen Fischer seitt Jahren die Schließung des Juzi. Aber auch die SPD will einer Vorverurteilung der Szene nicht hinterherhinken. So ist Unterbezirksvorsitzender Oppermann der Meinung, das „Juzi müsse sich fragen lassen, warum es gewalttätige ‚Gäste' eingeladen" habe. Uns ist allerdings nicht bekannt, daß die Demoleitung zu irgendeinem Zeitpunkt Zivis eingeladen hätte.

— Auch wissen wir um die faschistische Vergangenheit des Göttinger Tageblattes. Das hier ein Kollege, der am Samstag in Duderstadt den Aufmarsch und die Aktionen von 60 Skin-Glatzen dokumentieren wollte und daraufhin auf brutalste Weise zusammengeschlagen wurde, völlig verleugnet wird, hätten nicht einmal wir für möglich gehalten. Statt dessen erlebten wir, wie die Hetztiraden gegen die autonome Szene am Montag neu aufgelegt wurden.

— Unerwähnt blieb (bis Donnerstag) auch, daß es im Anschluß an die Demo zu einem Messerangriff kam (Samstag ca. 20.30 Uhr zwischen Waageplatz und Bahnhof), bei dem ein Demoteilnehmer lebensgefährlich verletzt wurde. Zwei Demoteilnehmer wurden beim Nachhauseweg von einem mutmaßlichen Neofaschisten angegriffen, ohne daß es vorher zu einer Auseinandersetzung gekommen wäre. Dieser zückte plötzlich ein Messer und stieß es einem der beiden Demoteilnehmer in die Seite. Die „Polizei", die zu diesem Zeitpunkt die ganze Stadt belagerte und im Anschluß daran Streife fuhr, vermißte natürlich jegliche Spur des Täters. Wer beide Augen zudrückt, wenn es um Neofaschisten geht, muß sich nicht wundern, daß mensch ihn nicht nur für blind hält.

— Was die „Polizei" tatsächlich interessiert, das zeigt das nächste Beispiel deutlichst: Aus Sorge um ihre Kinder trafen sich im Vorfeld der Demo mehrere Eltern von jugendlichen „Juzis" mit der Bullerei. Schnell mußten sie enttäuscht feststellen, daß diese lediglich daran interessiert waren, ihre Namen zu erfahren.

— Neofaschisten können sich in Göttingen sicher fühlen, weil die „Polizei" schützend ihre Hand über sie hält.
Dies trägt dazu bei, daß sie weiteren Zulauf bekommen können. So entsteht ein Klima, in dem sie ohne weiteres Hakenkreuze sprühen und „Spuckis" („Conny hat's geschafft, die anderen müssen auch noch sterben") verkleben können. Daß sie auch vor Brandanschlägen nicht zurückschrecken, bewiesen sie am vergangenen Freitag, als sie in den Studentenwerkshäusern am KBR Feuer legten.

Wir geben uns nicht geschlagen!
Der Kampf gegen den Faschismus geht weiter!

Autonomes Frauen/-Lesbenreferat
Autonomes Schwulenreferat
SB Antifa im AStA

„Gruseln" machte er so manche PassantIn und BeobachterIn: der dickvermummte Schwarze Autonomenblock. ‚Vermummung' hat allerdings eine weitaus geringere martialische Bedeutung als die Kampfausrüstung der „Polizei". Aber wer nicht in tausenden von Karteien bei der Bullerei (auch Zivis) auftauchen will oder gar in der privaten Fotosammlung eines Neofaschisten, der/die tut gut daran, ihr Gesicht zu vermummen.
Nicht zuletzt hat die Demo am Samstag auch bewiesen, wie sinnvoll ebenfalls Helm und Lederjacke sein können, wenn es zu massiven Prügeleinsätzen seitens der Bullen kommt.

Wehe, wenn sie losgelassen ...



Wir fordern:

- Restlose öffentliche Aufklärung der Geschehnisse, die zu Connys Tod führten.
- Wirksame Bestrafung der Verantwortlichen.
- Auflösung des ZSK (Ziviles Streifenkommando) und die Entfernung der Beamten aus dem (Göttinger) Polizeidienst, Absetzung Lothar Wills als Polizeichef.
- Entfernung aller Beamten aus dem Polizeidienst, die Mitglieder der Republikaner sind, und all derer, die faschistisches und rassistisches Gedankengut vertreten.
- Schluß mit der Überwachung, Erfassung und Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes.
- Einstellung aller Ermittlungsverfahren.
- Erhöhung der Mittel bzw. Verfügungstellung von Mitteln für Gruppen aus dem antifaschistischen Widerstand, insbesondere des Juzis.

Wir wollen auf dem Stein, der an Connys Tod erinnert, eine Bronzeplatte mit noch näher zu bestimmender Inschrift anbringen und bitten hierfür um Spenden.

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sind wir auf Spenden angewiesen.
Spendenkonto: Kreissparkasse Göttingen, BLZ 260 501 10
Konto Nr: 125 200 675, P. Gertz, Stichwort: Nie vergessen





SHELL KAMPAGNE

VERANSTALTUNG
am 14.12.89 um 20 Uhr
MARTHA-GEMEINDESAAL
GLOGAUERSTR.22,1-36

mit Gästen von der Anti-Shell-Kampagne aus den Niederlanden
und Hans Brandscheid (medico-international)

Öl
ist die Achillesferse des Rassistenregims in Südafrika. Als reichstes Land des Kontinents besitzt es alle für die Industrie notwendigen Rohstoffe - außer Öl. 70%des Rohölbedarfs werden importiert. Das Regime selbst hat Öl als 'Munition für den Krieg' bezeichnet. Es wird nicht nur als Treibstoff für Panzer, Lastwagen und andere Fahrzeuge der Armee und Polizei verwendet, sondern auch in der Waffenproduktion, z.B. für die Herstellung von Napalm. Südafrika hat wiederholt Napalm bei Angriffen auf Angola eingesetzt.

WARUM GIBTS EINE KAMPAGNE GEGEN SHELL?

Der niederländisch/britische Multi ist der drittgrößte Konzern weltweit, der größte Saatgutersteller, an vierter Stelle weltweit in der Pstizidproduktion und - damit zusammenhängend - führend in der Gen-/Biotechnologie. Shell ist der größte in Südafrika operierende Multi. Shell liefert 14-18% des Rohölbedarfs von Südafrika, hat die Hälfte der Aktienanteile der größten Ölraffinierie des Landes, betreibt gemeinsam mit BP und Mobil Oil eine Pumanalge, über die 80% der Rohölimporte eingeführt werden. Shell hat umfangreiche Anteile in der Chemie- und Metallindustrie und ist als weltweit größter Kohlehändler der größte Exporteur südafrikanischer Kohle.
Bereits seit 1979 wird Südafrika von den OPEC-Ländern boykottiert. Dies kümmert Shell wenig. Seit einigen Jahren versucht der Konzern zwar, sich als Apartheidgegner zu profilieren und behauptet, er liefere kein Öl mehr an Südafrika. Fakt ist jedoch, daß das Öl nun über Brunei geliefert wird, wo ein Konzern das Monopol für die Erdölförderung und -vermarktung hat: Shell.
Shell spielt ferner eine Schlüsselrolle in Geschäften, bei denen südafrikanische Kohle als holländische ausgegeben wird, um so den Boykott südafrikanischer Kohle zu unterlaufen.

> "Strategisch gesehen gibt es keine bessere und keine größere Zielscheibe als Shell. Je größer die Zielscheibe ist, desto öffentlichkeitswirksamer wird ihre Kampagne sein". (John Wilson, Präsident von Shell-Südafrika)

DerWiderstand gegen Shell in den USA und Westeuropa umfasst seit Beginn der weltweiten Kampagne die verschiedensten Formen.

In den USA gelang es der sehr stark in der schwarzen Bevölkerung verankerten Anti-Apartheidbewegung zusammen mit den Kirchen und einigen Gewerkschaften eine breite Boykottbewegung gegen zunächst 12 US-Multis zu organisieren, damit sich diese aus Südafrika zurückziehen. Dabei wurden erste Erfolge erzielt, die Chase Manhatten verkaufte ihre Bankfilialen und auch Exxon verkaufte ihre Tochtergesellschaften an den südafrikanischen Multi Anglo-American.
Seit 1986 unterstützt die große US-Bewegung "Befreit Südafrika" den Shell-Boykott.
In Großbrittanien erklärte die Anti-Apartheidbewegung das Jahr 1987 'zum Jahr gegen Shell'.
Aber am umfassendsten und zugleich erfolgreichsten ist die Bewegung in den Niederlande und in Skandinavien. Von Blockaden von Shell-Tankstellen über Telefonkampagnen gegen Shell, Demonstrationen, kirchlichen Mahnwachen, Schlauchdurchschneiden, Wasser in die Tanks und Abfackeln von Shell-Tankstellen reicht die Palette des Widerstands.
Jede Gruppe, jede Organisation macht das, wozu sie sich in der Lage fühlt, was sie politisch vertreten kann - ohne sich von den anderen Gruppen in der Kampagne abzugrenzen, oder gar auszugrenzen. Diese wichtige Grundhaltung für eine große Kampagne ist bis auf wenige Ausnahmen auch eingehalten worden.
Der vorläufige Höhepunkt war die Aktion am 20.4.89. Zehntausende beteiligten sich an Aktionen, Blockaden gegen Einrichtungen von Shell rund um Amsterdam.
Für den Shell- Konzern schlug sich diese breite Widerstandsbewegung auch in den Bilanzen nieder. Der Umsatz ging um 6-7% in den skaninavischen Ländern,Großbritannien und Niederlande zurück. Insgesamt wurden in Westeuropa mehr als 120 Tankstellen beschädigt (so genau weiß das keine/r). Allein in diesem Jahr kam es bei Aktionen im Sommer in Norditalien und im Oktober in den Niederlanden zu über 50 Tankstellenbeschädigungen.
In der BRD und Westberlin ist der Widerstand bisher wenig entwickelt und koordiniert. In den letzten 2 Jahren gab es mehere Aufrufe zum Shell-Boykott und auch einige erfolgreiche Anschläge bzw sabotageaktionen gegen Shell-Niederlassungen.
Im Frühjahr dieses Jahres hat medico-international zusammen mit kirchlichen Jugendorganisationen einen Versuch gestartet eine Shell-Kampagne anzuschieben.
Wir wollen auf der Veranstaltung nach Berichten von der Shell-Kampagne aus den Niederlanden und von medico über die aktuelle Situation in Südafrika mit euch zusammen überlegen, wie wir der Shell-Kamapgne hier in der Stadt endlich wirkungsvoll auf die Beine helfen können.
KILL THE MULTI!
Die Vorbereitungsgruppe

(Die Veranstaltung wird unterstützt von der SJV Karl -Liebknecht, der Stiftung Umverteilen, Afrika und Lateinamerika AG)

Donnerstag, 7. 12.

17.00 "Mujere für Export" + "Die gekaufte Braut", Videos zum Frauenhandel. Im El Locco, Kreuzbergstr. 43

19.00 Häuserkampf + MieterInnen-plenum in der Remise Dankelmannstr. 53a.

19.00 "Dark Spring", ist ein Film über Liebesutopien von Frauen. Es wird das "Deja-vu"-Erlebnis einer Frau gezeigt, die am Ende einer fixierten und am Anfang einer utopischen Liebesbeziehung steht. Im El Locco.

21.00 "Die Macht der Gefühle", Film von Alexander Kluge, im El Locco.

21.00 + 23.00 "Maschinenträume", Dokumentarfilm von Peter Krieg über den Mythos der Vorstellung von der Technik als einem primär rationalen Unterfangen, im Polit-Kino im K.O.B, Potsdamerstr. 159, 1-30.

jeden Donnerstag

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Freitag, 8. 12.

18.00 Infoveranstaltung: 2 Jahre Intifada, 22 Jahre PFLP. In der Alten TU-Mensa, Hardenbergstr.

19.00 Antifa-Kiezpalaver Wedding im Café Oromo Olayaana, Prinzenallee 80.

19.00 Das Urteil gegen Ingrid Strobl und andere §129a-Verfahren oder wie kriminalisiert der Staat? Mit Christian Geissler, Edith Lunnenbach, Oliver Tolmein, Klaus Wagenbach. Unterstützt von der Humanistischen Union und der VVN-Westberlin, in der Passionskirche, Marheinikeplatz. Solibeitrag 5DM.

20.00 Vorbereitungstreffen für den bösartig-satirischen Umtrieb für ein **Unheilbares Deutschland**, im Büro für ungewöhnliche Maßnahmen", im Kerngehäuse, Cuvrystr. 20. Siehe interim Nr 81, S. 40.

ab 21.00 Frauen-/Lesben-Disco im Steps, Großbeerenstr.

21.00 Solifete für die Lübbener. Kiezdisco gegen Wohnungsnot im Ex, Gneisenaustr. 2a

21.00 "The Mayan", Lesung mit La Loca (Pamala Karol) aus Los Angeles, USA. Im El Locco.

23.00 "Dark Spring", siehe Do. 19.00. Im El Locco.

Samstag, 9. 12

Sa +So 10.00 - 18.00 Seminar zu **EGBinnenmarkt und "Dritte Welt"**, im Baz Oranienstr. 159

12.00 Demo "2 Jahre Intifada". Es rufen auf der Paläst. Studentenverein + Paläst. Arbeiter Verein + Paläst. Ing. Verein. Am Adenauerplatz.

13.00 Demo gegen die Kapitalisierung der DDR: "Unheilbares Deutschland", am Adenauerplatz. Siehe interim Nr. 81, S. 40

ca. 15.00 nach der Demo: **Einführende Diskussion über die Auseinandersetzung in der DDR, im Verhältnis zu imperialistischen Perspektiven der Vereinnahmung.** Im Mehringhof. Evt. auch So. Siehe interim Nr. 81, S. 37

ab 20.00 Kiezdisco fürs Waffenkonto mit Filmen, Infos, Fotos, der neuen ProWo und viel Musik in der SfE, Gneisenaustr. 2a.

21.00 "Der Pornojäger", Dokumentarvideo. Ein Sittenporträt des Österreichers Martin Huber, der nachts auf die Piste geht und den Sexshops, Pornobars, Peepshows und alles was mit Nacktheit zu tun hat seinen unermüdlichen Kampf ansagt. Der Staatsanwalt kann sich kaum noch retten vor den Anzeigen des selbsternannten Saubermanns. Eine Realsatire und Beobachtung des Moralapostels, des Gegenspielers und Pornoverlegers Jamisch und den Pornoladenbesitzern, in ihrem stinkbürgerlichen, gnadenlosen Kampf. Im El Locco.

22.00 Prozeßkostenfete mit rattle rats, V-Man Joe, van Anderen und Steady vary. Eintritt frei. Im Drugstore, Potsdamerstr. 180.

23.00 "Die Macht der Gefühle", Film von Alexander Kluge, im El Locco.

jeden Samstag

Frauentag und ab **18.00 FrauenKiezcafe** im Infoladen **Lunte**, Weisestr. 53.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 10.12.

16.00 Kiezcafe der *jugendantifa spandau* im Paul-Schneider-haus, Schönwalderstr.24, 1-20.

18.00 Weddinger Kiezküche über die Kiezküche, in der Fabrik, Osloerstr. 12

17.00 "Mujere für Export" + "Die gekaufte Braut", Videos zum Frauenhandel. Im El Locco.

19.00 "Was heißt hier Liebe", Video nach dem "Aufklärungstück" der "Roten Grütze". Im El Locco.

21.00 "10 Tage die die Welt erschüttern", Video, UdSSR. Die Tage nach der Oktoberrevolution 1917 in Rußland. Im El Locco.

jeden Sonntag

13.00 - 17.00 Frauentag in der M 99, Manteuffelstr. 99

14.00 Neuköllner Kiezküche im Syndikat, Weisestr.

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. Diesmal: **"Nachbereitung der Aktionen am Widerstandstag gegen Gewalt gegen Frauen"** für alle Frauen, die mitgemacht haben und danach **Vorbereitung zum Frauenblock auf der Kiezdemo am 16. 12.. Kinder sind erwünscht.**

ab 18.00 Kiezküche im Anfall, Gneisenaustr.64

19.00 Gegen die Langeweile auf Demos und Festen machen wir einen **Chor. Mach mit.** In der Yorckstr. 59, HH., 2.OG.

20.00 Film im EX, diesmal zur Intifada in Palästina: **"Schlacht um Jerusalem"**, Gneisenaustr. 2a

Montag, 11. 12.

19.00 VV zur Kiezdemo am 16. 12.. Im Mehringhof. Siehe auch Schrieb in diesem Heft.

19.00 Offenes Plenum der **Roten Hilfe**, jeden 2. Montag im Monat. Diesmal: **Repression gegen Antifas** im Cafe in der Fabrik Osloer Str. 12

21.00 Knastfunk "Mauerrisse-Radio Bambule", Themen: -Medizinische Versorgung - Haftunfähigkeit des Gefangenen aus der RAF Günter Sonnenberg - Nachrichten + + + - Hinweise auf die Gruß- und Musiksendung am 24.12.. Auf Radio 100, UKW 103,4 Mhz.

jeden Montag

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Dienstag, 12. 12.

19.00 "Beans on toast", Video, Austria, '87 The unofficial story of Liverpool. Im El Locco.

20.00 Informationsabend mit dem polnischen Sozialrat: Überleben oder besser Leben - Polen in Berlin, veranstaltet von Netzwerk und Radio Hundert im Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a

20.00 Die Klimakatastrophe - Ein Segen für die Atomwirtschaft! Veranstaltung mit W. Ehmke im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14.

21.00 "Ich kam von einem Ort, den es in Wirklichkeit nicht gibt", Video, Uruguay, '89. Nach elf Jahren Militärdiktatur Rückkehr aus dem Exil. Im El Locco.

jeden Dienstag

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 Film &&&, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Mittwoch, 13. 12.

17.00 "Stern ohne Himmel". In den letzten Kriegstagen finden vier etwa 15 jährige Jungen und Mädchen in ihrem geheimen Nahrungsmitteldepot einen jüdischen Jungen der aus dem KZ entflohen ist. Was tun? Es kommt zum Streit, Willi, der überzeugte Hitlerjunge erstattet Anzeige. Die anderen versuchen Abiram zu retten. Im El Locco.

19.00 IWF-Prozeßkosten-Treffen im Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a.

19.00 Neuköllner MieterInnenversammlung, gegen Mietausbeutung, Spekulantentum und Stadtteilzerstörung. Mit Ton-Dia-Show zu selbigem Thema im Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53

19.00 "Das Gefolge der Schwarzen Feder" Film von '76 aus der Tschechoslowakei, der im Jahre 1917 spielt. Eine Jungenbande steigt in eine Waffenfabrik ein und überschwemmt dabei den ganzen Fabrikraum... Im El Locco.

21.00 "Berlin Alexanderplatz", Film von 1931 nach dem Roman von Alfred Döblin. Im El Locco

Mi + Do 21.00 + 23.00 "Freiheit unter dem Schleier", Dokumentarfilm über Frauen in der islamischen Republik Iran. Im Kino im K.O.B, Potsdamerstr. 157.

jeden Mittwoch

16.00 - 19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin", Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

Donnerstag, 14. 12.

Kundgebungen gegen Wohnungsnot:

17.00 Rathaus Neukölln.

17.30 Karl-Marx-Platz.

18.00 Werrablock.

17.00 "Was wäre, wenn die ganze Bundesrepublik verkabelt sein wird?" Der fiktive Videofilm aus der nahen Zukunft spielt auf satirische Weise die Folgen der Verkabelung durch. Im El Locco.

19.00 "Berlin Alexanderplatz", Film von 1931 nach sem Roman von Alfred Döblin. Im El Locco

20.00 Shell-Boykottveranstaltung mit Gästen von der Anti-Shell-Kampagne aus den Niederlanden und einem Vertreter von Medico international. In der Martha-Gemeinde, Glogauerstr. 22.

21.00 "Das Gefolge der Schwarzen Feder". Siehe Mi. 19.00 im El Locco.

Samstag, 16. 12.

14.00 Kiezdemo am Schlesischen Tor. Siehe auch Schrieb in diesem Heft.

Titanic

DAS ENDGÜLTIGE SATIREMAGAZIN

Januar 1990

Banken-Alfred (59) im Glück (Himmel):

Meine erste Ananas

Ab Heilig Abend an Ihrem Kiosk